

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fern:
Dass Brot und Arbeit uns gerührt seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheidkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-55
Ganzjährlich „ 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Nr. 29.

Wien, den 10. Oktober 1911.

19. Jahrg.

Schüsse im Parlament.

Am Donnerstag bei der Eröffnungssitzung des österreichischen Parlaments hat ein junger Mann auf den Justizminister Ritter v. Sodenburger geschossen. Biermal feuerte von der zweiten Galerie des Hauses ein aus Dalmatien zugereister Tischlergehilfe gegen die Ministerbank, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Der Mann gab bei seiner Verhaftung an, er sei Sozialist und er wolle den Justizminister erschließen. Die Tat, so wahrhaftig, so aller logischen Zusammenhänge entbehrend, wie sie ist, qualifiziert sich für jeden Vernünftigen als die Handlung eines Wahnsinnigen, mit dessen Gemüts- und Seelenverfassung sich die psychiatrische Wissenschaft noch zu befassen haben wird.

Aber schon hat die Reaktion den Versuch gemacht, die Tat des Mannes, der eben erst nach Wien gekommen ist, der Sozialdemokratie an die Rockschöße zu hängen und der Ministerpräsident Baron Gautsch war es, der als erster die unerhörte Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie — nein, nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen Dr. Adler im besonderen erhob, die Schuld an der Tat zu haben. Weil der wahnsinnige Attentäter während Adlers Rede seine Schüsse abfeuerte, erklärte sich Gautsch, die Tat mit der „aufreizenden“ Rede Dr. Adlers in Zusammenhang zu bringen! Und er hatte weiters die Vermessenheit, zum Beweis dafür eine Rede zu zitieren, die Adler in Favoriten gehalten hat. Mit schreiender Stimme verlas er aus der „Arbeiter-Zeitung“ folgende Sätze Adlers: „Das Bezeichnende und das Wichtige ist, daß wir leider sehen, daß Tausende und Hunderttausende von Menschen in Gefahr sind, einfach von Verzweiflung ergriffen zu werden; daß Hunderttausende von Menschen anfangen, sich zu fragen: Was ist uns das Leben wert? Bevor wir verhungern, verrecken, wollen wir wenigstens Rache nehmen an unserem Feinde!“ Wohlgerne, nicht als seine eigene Äußerung hatte das Adler verbracht, sondern als die Stimmung weiter Kreise, die er ausdrücklich als Gefahr bezeichnete! Aber Gautsch glitt über die ihm nicht passenden Worte, ging über das „leider“ und über „die Gefahr“ rasch hinweg und schrie freischend in das Haus die letzten Worte dieses Satzes. Als ob Adler geraten hätte, Rache zu nehmen. Und dann fügte er noch stolz hinzu, daß er sich nicht fürchte und daß die Autorität des Staates nicht weichen werde. Aber sofort stellten die Sozialdemokraten in Zwischenrufen fest, daß Gautsch nicht nur den von ihm zitierten Satz entstellt habe, sondern daß er mit Bewußtsein den so entscheidenden darauffolgenden Satz unterschlagen. Während die deutschnational-christlichsoziale Meute dem Ministerpräsidenten zu seiner Festrede gratulierte und ihm wie besessen applaudierte, schrien ihm die Sozialdemokraten zu: „Weiterlesen! Lesen Sie auch den nächsten Satz vor! Fälscher! Fälscher!“ Aber Baron Gautsch war nicht dazu zu bewegen, die Wahrheit zu sagen. . . .

Wörtlich steht nämlich im nächsten Satze: „Ich teile diese Gefühle nicht und Sie sollen sie auch nicht teilen.“ Und dann weiter: „Denn der Verstand muß Ihnen sagen, daß nach jedem Tage der Explosion ein weiterer Tag kommt und daß mit solchen Explosionen nichts gewonnen ist und manches mitunter eingebüßt wird an Kraft, an Bereitschaft und vor allem an Erziehung, die wir am notwendigsten brauchen.“ Jeder, der unseren Adler kennt, weiß, daß er nicht zu denen gehört, die selbst im Polizeisinne „aufreizen“. Und weiß, daß es seine bewußte Infamie des Baron Gautsch war, die Vorstellung erwecken zu wollen, als ob die Revolvergeschüsse des Mannes aus Sebenico mit Adlers Rede irgendwie zusammenhängen.

Aber die Schüsse vom Donnerstag kamen der Reaktion gerade recht. Die christlichsoziale und deutschnationale Presse wütet wie besessen gegen die Partei der Arbeiter, und möchte gerne, daß die ganze Feuerungsbewegung durch Ausnahmsgesetze erstickt werde. Das ist doppelt unklug von den Leuten, in deren Reihen Fanatiker aus nationalen und religiösen Motiven wiederholt sich zu verbrecherischem Wahnsinn verleiten ließen. Ist doch erst vor wenigen Jahren der polnische Statthalter Graf Potocki einem Attentat eines nationalistischen ruthenischen Studenten zum Opfer gefallen. Und wie in Oesterreich, so auch anderwärts, so selbst in Deutschland. Wir erinnern nur an das Attentat, das der christlichsoziale Böttchergeselle Kullmann im Jahre 1874 auf Bismarck als den Urheber des Kulturkampfgesetzes verübte. Auch damals suchte Bismarck das Zentrum für den Attentäter verantwortlich zu machen. Hatte doch Kullmann das Zentrum als seine Partei bezeichnet und auf die Frage nach den Ursachen des Attentats geantwortet, er wolle Bismarck „wegen der Kirchengesetze“ töten. Als damals Bismarck im Reichstag erklärte: „Ja, meine Herren vom Zentrum, verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße“, da antwortete ihm das „Puu!“ des Grafen Vallestrom. Und Windhorst erklärte:

„Ich bringe nun den Fall des unglücklichen Kullmann zur Sprache. (Rufe links: Unglücklich?) Ja, jeder Verbrecher ist in meinen Augen ein Unglücklicher. Jedes menschliche Gefühl, jedes deutsche Herz muß die Tat verdammen, denn sie ist ein Schandstück vor ganz Deutschland. Wenn in den schweren Kämpfen, die uns bewegen, mit solchen Waffen gefochten wird, so sage ich, ist genug des Unglücks über Deutschland gekommen, aber die Tat mit bestimmten Parteien und Persönlichkeiten in Verbindung zu bringen, das geht entschieden zu weit. Kullmanns Tat war schändlich, schändlich aber auch das Verfahren der offiziellen Presse, und die Minister des Innern und der Justiz sind gegen diese Ausschreitungen nicht nur nicht eingeschritten, sondern sie haben im Gegenteil sofort ihre berüchtigten Rundschreiben erlassen.“

Und noch weniger als damals dem Zentrum kann man diese Tat der österreichischen Sozialdemokratie anhängen. Der Attentäter war vor drei Tagen aus Sebenico in Dalmatien nach Wien gekommen. In dem entlegenen Städtchen existiert überhaupt keine sozialdemokratische Organisation, wie ja in ganz Dalmatien kaum Anfänge einer Parteibewegung vorhanden sind. Ein unglücklicher Zufall machte es überhaupt erst möglich, daß er eine Karte ins Parlament bekam.

Der eraltierte Wursche, der den Lärm angerichtet hat — Schlimmeres ist ja zum Glück nicht geschehen — kommt den bürgerlichen Parteien recht gelegen. Sie, die Schuldigen an der Teuerung und allen ihren Folgen, glauben jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben, die Aufmerksamkeit des Volkes von ihren Sünden abzulenken. Es ist die alte Geschichte. Je unerträglicher die Not, je größer die Erregung im Volke, desto begieriger suchen die Herrschenden eine Heise gegen die Sozialdemokratie, die Anklägerin und Feindin ihrer Ausbeutungsgelüste, zu inszenieren. Schuldig an dem Attentat sind allein diejenigen, welche die Not der österreichischen Bevölkerung bis zu einem Grade gesteigert haben, daß Unreife und Halbverrückte zu solchen Untaten sich verleiten lassen.

Die Schuldigen möchten nun gerne die Nutznießer des Attentats werden. Aber der Rauch dieser Schüsse wird rasch verfliegen sein. Das Proletariat läßt sich in seinem Kampf gegen die Teuerung nicht beirren, weder durch die verbrecherische Dummheit eines einzelnen, noch durch die interessierte Lügtenkampagne, die die Herrschenden jetzt gerne entfesseln möchten. Die Zeiten sind vorbei, wo solche Mittel verfangen haben. Das hungerrnde Volk will Brot und Arbeit, es durch-

schaut seine Feinde und weiß, daß es nur einen zuverlässigen und unerschütterlichen Freund hat, seine Partei, die Sozialdemokratie.

Die Regierungsvorlage für die Staatsangestellten.

Zugeständnisse der Regierung an die Eisenbahner. — Die neuen Steuervorlagen als Junktim.

Das Rezept, womit die Regierung die Erregung unter den Eisenbahnern zu meistern gedenkt, ist also fertig und liegt nunmehr der Öffentlichkeit vor. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Freitag den 6. d. M. hat der Finanzminister gleichzeitig mit vier neuen Steuervorlagen, die als Junktim gelten, einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten und Diener dem Hause übermitteln, durch welchen „die wesentlichsten Wünsche des Staatsbahnpersonals“ erfüllt werden sollen. Die „wesentlichsten Wünsche der Staatsbahnbediensteten“ sollten, wenn man den Wortlaut der Regierungserklärung vom 27. September d. J. nachliest, nach den Absichten der Regierung befriedigt werden.

Wie also stellt sich die Regierung die Erfüllung dieser wesentlichsten Wünsche vor? Nach dem in der Regierungsvorlage niedergelegten Plan stellt sich der beabsichtigte und für das Jahr 1912 budgetierte Mehraufwand aus folgenden Posten zusammen:

Für die Staatsbeamten	10,045,000
Für die Angestellten der Staatsbahnen, die nicht Staatsbeamte und Staatsdiener sind	14,000,000
Für die Diener und Unterbeamten des Staates einschließlich der Sicherheitswache	2,820,000
Für ähnliche Maßnahmen für gewisse Kategorien von Bediensteten der Post- und Telegraphenanstalt, Kanzleioffizianten, Kanzleigehilfen, Aushilfsdiener und andere vertragsmäßig Angestellte sowie Arbeiter	5,100,000
Für die Gendarmerie	560,000
Für die Finanzwachmannschaft	480,000
Gesamtaufwand	rund 33,000,000
Die Bedeckung erfolgt in nachstehender Weise:	
1. Durch den präliminierten Mehrertrag des Personalsteuergesetzes	15,000,000
2. Gebühren von Versicherungsbeiträgen und Versorgungsbeiträgen, veranschlagt	3,400,000
3. Gebühren von Lokaltaxen und Buchmachereibeiträgen sowie Maßregeln zur Unterdrückung des Winkeltwettwessens, veranschlagt	4,000,000
Gesamtertrag	23,400,000
Der Rest von	10,600,000

Soll im Eisenbahnressort durch tarifarische Maßregeln und Ersparungen im Betrieb und in der Verwaltung beschafft werden. Von den für das Personal der Staatsbahnen in Rechnung gestellten 14 Millionen Kronen sollen nach den Darlegungen des Finanzministeriums die Erhöhungen der Quartiergelder der Staatsbahnbeamten (veranschlagt mit zirka 3 Millionen Kronen), Unterbeamten und Diener (veranschlagt mit zirka 6 Millionen Kronen), ferner der ortsklassenmäßigen Zulagen der Bahnoffiziantinnen und der Tagelöhner der Manipulantinnen (veranschlagt mit zirka 60,000 Kr.) und schließlich der Tagelöhner der Arbeiter der österreichischen Staatsbahnen (veranschlagt mit zirka 5 Millionen Kronen) zur Durchführung gebracht werden; natürlich werden die Tagelöhner nicht in Bausch und Bogen erhöht werden, sondern das wird sich „den individuellen Verhältnissen anpassen müssen“.

Daß diese 14 Millionen Kronen, die die Regierung für die Staatsbahner hergeben will, nicht im entferntesten an deren als dringlich zu betrachtende Wünsche heranreichen, ist klar. 14 Millionen Kronen sind, in ihrer Totalität betrachtet, sicherlich eine ganz nette Summe. Aber was will man damit richten?

wenn es sich um die Not von mehr als 200.000 Leuten handelt, die unter dem Druck der furchtbaren Teuerung leiden und die sich nur durch eine entsprechende Erhöhung ihres Einkommens retten können? Das kann natürlich mit einer Gesamtsumme von 14 Millionen Kronen auf keinen Fall bewerkstelligt werden und es kann von einer Befriedigung der unaussprechbaren Forderungen mit so billigen Mitteln keine Rede sein.

Wie unzulänglich sich die genannte Summe für die Durchführung der dringlichst notwendig gewordenen Maßnahmen erweist, mag sich an folgender Aufstellung erweisen lassen. Eine 20prozentige Lohnaufbesserung für die Arbeiter allein kostet 13 Millionen Kronen, wozu noch die Automatik für dieselben mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Kronen kommt. Die Erweiterung der Nebenbezüge ist mit 12 Millionen Kronen zu veranschlagen, die Verbesserung der Vorrückungsfristen für Diener mit 1 Million Kronen, die Kosten des Ausgleichs der bestehenden Gärten mit 5 Millionen Kronen und schließlich eine 25prozentige Quartiergelderhöhung für Unterbeamte und Diener mit 7 Millionen Kronen u. s. w., was zusammen weit über den eingestellten Betrag hinausreicht. Mit diesem Zugeständnis, das weit hinter den dringlichsten Notwendigkeiten zurückbleibt, kann also die sozialpolitische Einsicht der Regierung wohl kaum erschöpft sein. Der Weg, der beschritten werden muß, wenn die Ruhe unter den Eisenbahnern endlich einkehren soll, ist in dem von den Abgeordneten Tomšič und Dr. Ellenbogen im Parlament eingebrachten Antrag mit aller Deutlichkeit vorgezeichnet. Er lautet:

„Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungen hat die Lage des gesamten Personals der Staatsbahnen überaus verschlechtert. Die Erfüllung der Forderungen, die die organisierten Eisenbahnbediensteten an die Staatsbahnverwaltung gestellt haben, ist um so dringender notwendig, als eine passive Resistenz oder gar ein Ausstand auf den Eisenbahnen der ganzen Volkswirtschaft empfindlichen Schaden zufügen würde. An Mitteln, die Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen, kann es dem Staate nicht fehlen. Vor wenigen Monaten erst hat der Finanzminister im Heeresauschuß der Delegation in Budapest auseinandergesetzt, daß das Budget „elastisch“ sei und neue Belastungen sehr wohl ertragen könne. Hat die Mehrheit der Delegationen 812 Millionen für neue Kriegsschiffe bewilligt, so kann die Regierung die beschriebenen Forderungen der Staatseisenbahnbediensteten nicht ablehnen. Die Erfüllung dieser Forderungen würde gewiß weniger kosten als ein einziger Dreadnought. Uebrigens ist es — wenn die Regierung eine besondere Bedeutung für die Erfüllung dieser Forderungen beansprucht — un schwer möglich, ohne Belastung der Volksmassen neue Steuerquellen zu erschließen. Das Parlament wird gewiß bereit sein, zu diesem Zwecke die Personaleinkommensteuer derjenigen Steuerträger, die ein Jahreseinkommen von mehr als 210.000 Kr. haben, zu erhöhen, die Befreiung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses und der Offiziere von der Einkommensteuer aufzuheben, die Grundsteuer in eine progressive Steuer vom landwirtschaftlichen Ertrag zu verwandeln und aus der Mehrbelastung des Großgrundbesitzes dem Staate viele Millionen zuzuführen. Auch durch Ersparungen nicht nur im Herrwesen, sondern auch in der übrigen Verwaltung einschließlich der Staatsbahnverwaltung selbst und durch Entziehung der den Kapitalisten und Agrariern aus dem Staatschatz gewährten

Vergünstigungen — wir vertreiben nur auf die Liebesgaben an die Spiritusbrenner — könnten viele Millionen für die Erfüllung der Bedürfnisse des Staatsbahnpersonals frei werden. In keinem Falle aber kann man dem Staatsbahnpersonal zumuten, daß es deshalb auf die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verzichten müsse, weil die Regierung gerückt in der Zeit des Konfortates die Staatsbahnen um lächerlich niedrige Beträge an das Großkapital verschleudert und sie dann nach Jahrzehnten bei der Rückzahlung überzahlt hat.“

Es werden dann die bereits bekannten Forderungen der Eisenbahner aufgezählt, worauf es im Antrage weiter heißt: „Wir halten die Erfüllung der Forderungen der organisierten Eisenbahner für notwendig und stellen darum den Antrag:

Die Regierung wird aufgefordert, diese Forderungen der organisierten Eisenbahner vollständig, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1911 ab, zu erfüllen.“

Mit den 14 Millionen Kronen, die die Regierung geben will, kann also nur der Anfang zu einer sozialpolitischen Tat gemacht sein. Und deshalb werden sich sowohl die Regierung wie die bürgerlichen Parteien schon jetzt mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß von unseren Genossen im Parlament die entsprechenden Verbesserungsanträge zu der Vorlage der Regierung gestellt werden, wozu schon jetzt mit allem Nachdruck erklärt werden muß, daß es bei der in der Regierungsvorlage niedergelegten Brosamenpolitik nicht bleiben kann und nicht bleiben darf.

Bemerkenswert ist es, daß bei dieser Unzulänglichkeit einer sozialen Fürsorgeaktion für die bürgerliche Presse jetzt schon das Junktim die brennendste Sorge bildet. Die „Neue Freie Presse“ voran erklärt, daß die Regierung die ihr drohende passive Resistenz zu einer Waffe benütze, um vom Mittelstand neue Steuern zu erpressen, und kategorisch fordert sie, „daß das Junktim fallen müsse“. Da die Regierung aber für den Fall, als die Steuervorlagen nicht akzeptiert werden, auch die Vorlagen für die Staatsangestellten zurückziehen würde, so muß diese Haltung, die nicht allein von der kapitalistischen „Neuen Freien Presse“, sondern auch von dem Nationalverband nahe stehenden Blättern, wie zum Beispiel der „Zeit“ und dem „Neuen Wiener Journal“, eingenommen wird, zum besonderem Gedächtnis aller Staatsangestellten wohl vermerkt werden. Es ist ja wahr, daß der Regierung noch andere Quellen offen stehen, woher sie Geld für die Bedeckung nehmen könnte, und die sozialdemokratischen Anträge haben diese Quellen wiederholt aufgezeigt — aber schließlich treffen die neuen Steuern, die die Regierung für die Bedeckung der Kosten der Staatsangestelltenvorlage plant, durchaus nicht die Armen. Die Personaleinkommensteuer soll von einem Jahreseinkommen von 10.000 Kr. aufwärts in entsprechend steigender Progression bei größeren Einkommen erhöht werden, wobei die Mehrleistung von einem Einkommen von 10.000 bis 11.000 Kr. ganze 7 Kr. ausmacht. Dieses Mittel, das bei 10.000 Kr. aufwärts anfängt, ist also wohl doch zu verdächtig, als daß man die „neue Belastung, die dem Mittelstand droht“, ernst nehmen könnte. Jedenfalls kann man nach der Haltung der bürgerlichen Presse zu schließen um so mehr begierig auf die Haltung der bürgerlichen Volksvertreter sein. Sie haben bisher mit Versprechungen und radikalen Zusicherungen nicht gezeigt.

Sie werden nun auch bald zeigen müssen, ob sie auch dafür zu haben sind, die Mittel zu beschaffen und die Regierung zu zwingen, durch eine ernste sozialpolitische Tat die Notlage der Eisenbahner endlich zu mildern!

Die Versammlung der Wiener Eisenbahner vor der Parlamentsöffnung.

Es war eine ernste, eindrucksvolle Demonstration. In langen, geordneten Zügen kamen am Abend des Mittwochs den 4. Oktober, die Eisenbahner aus den einzelnen Stadtteilen zur Versammlung in den Sofienböden angerückt, die zu dem Communiqué der Regierung Stellung nehmen sollte. Schon um halb 8 Uhr waren Saal und Galerien überfüllt und noch immer kamen neue Scharen, die sich auf den Stiegen stauten. Von Abgeordneten nahmen Dr. Ellenbogen, Kieger, Max Winter und Grigorovici an der Versammlung teil.

Uebte schon der Massenbesuch der Versammlung einen mächtigen Eindruck, so wurde er noch verstärkt durch den imponierenden Verlauf. Nachdruckvoll, kräftig, ernst und dabei jedes Wort überlegt waren die Ausführungen der Redner, und mit sichtlichem Ernst und tiefem Verständnis wurden trotz aller Erregung die Reden von den Versammelten aufgenommen, was besonders bei den Ausführungen über die Taktik auffiel. Wer diese Versammlung mitmachte, fühlte: diese erregten Leute sind sich ihrer Kraft und ihrer Verantwortung bewußt; sie werden nicht leichtfertig zum Außersten greifen, aber wenn man ihrem Elend nicht rechtzeitig ein Ende macht, sind sie zu allem entschlossen und werden den Kampf mit der Ueberlegenheit und der Schlagfertigkeit eines wohl disziplinierten Heeres liefern. Regierung und Parlament werden gut tun, diese Versammlung mit dem ernststen Mahnruf der Eisenbahner zu beachten.

Telegramme und Begrüßungsschreiben hatten gesendet: die organisierten Eisenbahner von Oberhollabrunn, die am 3. Oktober stattgefundenen Eisenbahnerversammlung in Reichenberg, die organisierten Eisenbahner von Gmünd, die gleichzeitig mit derselben Tagesordnung tagende Eisenbahnerversammlung in Bodenbach, die organisierten Eisenbahner von Weiskirchitz und die Werkmeister der Werkstätte Gmünd.

Abgeordneter Tomšič begrüßte die Versammlung im Namen der koalitierten Vereine und schlug für das Präsidium vor: Karl Kühn (Lokomotivführerverein), Johann Lögel (Konduktörverein), Konrad Höfer (Werk- und Maschinenmeisterverein), Franz Brandl (Wahnmeisterverein), Berthold König (Zentralverein der österreichischen Eisenbahnbeamten) und Josef Schwab (Gewerkschaft). Die Vorgesetzten wurden einstimmig gewählt.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Genosse Tomšič:

Geehrte Anwesende! Genossen! Wie Ihnen allen ja lebhaft in Erinnerung ist, hat die sozialdemokratische Gewerkschaft und die mit ihr koalitierten Organisationen die jetzige Eisenbahnerbewegung, besser gesagt Aktion zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner, welche durch die Teuerung trottsch geworden ist, am 3. September 1911 durch die Reichskonferenz und am 4. September 1911 durch die große Versammlung beim Wimmerberger eingeleitet; das muß hier konstatiert werden, da es Leute gibt, die sich jetzt, nachdem wir die Bewegung eingeleitet haben, gerne als die Herren der Situation aufspielen möchten. (Heiterkeit bei den Versammelten.)

Wir haben Ihnen, werthe Genossen, bei der Wimmerberger Versammlung eine Resolution vorgelegt, in welcher klar zum Ausdruck kam, daß wir die Regierung auf den

Feuilleton.

Hungerpolitik.

Dem Satten ist das Herz verstopft
Wer hungert, dem ist alles schnuppe.
Ihr habt sie selber eingebracht,
Nun löffelt aus die Bettlersuppe!

Sie bauen wirklich Barrikaden!
Der Herr Geheimrat werden blaß;
Der Sprecher wimmert: „Guer Gnaden,
Ich bit! Sie: Derffen sie denn das?

Das Gas erlischt in Ottakring.
Der Herr Minister kriegt die Kolik.
Fürwahr, es ist ein eigen Ding
Um österreichische Symbolik.

Herr Christus predigte Erbarmen —
Das ist zweitausend Jahre her.
Wir stillen den Hunger mit Gendarmen
Und, ist er groß, mit Militär.

Der Junker bläst jetzt in die Kohlen:
„Die Sozi sind es!“ Herr, vergib!
Du weicht: Ein jeder, der gestohlen,
Rennt hinterdrein und hascht den Dieb!

(E. Steiger im „Simplicissimus“.)

Deutsche Eisenbahner in der Dschungel Siams.

Im Norden Siams, fern von aller westländischen Zivilisation, zwischen hohen, mit undurchdringlichem Urwald bedeckten Bergen, mitten in der Dschungel, ist, so schreibt ein Spezialkorrespondent des Berliner „Tag“, heute der vorläufige Endpunkt der Eisenbahn, die unsere deutschen Ingenieure erbaut haben. Als Wahrzeichen deutschen Könnens zieht sich heute der eiserne Strang durch das noch so wenig erschlossene, kaum zu einem Zehntel seiner Gesamtoberfläche angebaute hinterindische Königreich, dessen Hauptverkehrsader bisher der Menamstrom bildete.

Auf ihm wurden die Naturschätze und Erzeugnisse des Landes, besonders das kostbare Teakholz und der Reis, während und kurz nach der Regenzeit, wenn der Fluß genügend

Wasser hatte, zu Tal gebracht. Nur in diesen Monaten herrschte ein lebhafter Verkehr auf dem Fluße. In den übrigen Monaten des Jahres stockte der Verkehr fast ganz und der ins Innere gehende Europäer und Chinese hatte eine Reise von Monaten vor sich, um nach einem wenige hundert Kilometer entfernten Orte zu gelangen. Die beiden mächtigen Nachbarn, Frankreich und England, rückten Siam von Osten und Westen mehr und mehr auf den Leib und für seine Herrscher wurde die Ausgestaltung des Reiches zu einem modernen Staatswesen zur Pflicht der Selbsterhaltung und damit der Ausbau seiner Verkehrswege zur gebieterischen Forderung. Die Jahre, in denen in Siam die Zeit noch nicht Geld war, sind auch hier endgültig vorüber. Heute hat auch der Bauer im Gebiete der unterworfenen Laos den Wert der Eisenbahn kennen und schätzen gelernt.

Jeder der Laosfürsten im Norden des Landes weiß, daß ihn die Reise „zu Hofe“ nach Bangkok heute mit der Eisenbahn zehnmal weniger kostet als früher, und in Bangkok selbst weiß man, daß die schnelle Verbindungsmöglichkeit Zentralisierung und Stärkung der Macht bedeutet.

Auf seiner ersten Europareise hatte der König, für sein Volk viel zu früh verstorbene König Chulalongkorn in Europa selbst die verschiedenen Völker in ihren Ländern studiert, und es waren wohl in der Hauptsache politische Gründe, die den König bei dem internationalen Wettstreit veranlaßten, den Deutschen als neutralem Element den Bau in die Hand zu geben.

So kam der deutsche Ingenieur ins Land und hat sich in langer, mühevoller Arbeit durch deutsche Gewissenhaftigkeit auch hier den geachteten Namen geschaffen, den er heute auf der ganzen Welt hat. So mancher dieser Tapferen ruht heute in siamesischer Erde als Opfer seines Berufes.

Sommer und Winter glüht hier die tropische Sonne erbarmungslos vom Himmel herab, den Körper des Nordländers ermatend. Es ist ein entbehrungsreiches und verantwortungsvolles Dasein, das der deutsche Ingenieur hier führt. Von Früh bis Abend muß er auf der Strede sein, seine einfache Wohnung ist das Zelt oder das auf hohen Pfählen auf einer Anhöhe des tropischen Urwaldes oder einer Lichtung der Grassteppe erbaute Tropenhäuser, das aus Brettern und auf dünnem Gerüst befestigten Strohmatten besteht. Oft genug geraten die Termiten hinein, fressen die mannstarken Pfosten durch, daß sie wie Mehl zerfallen, und vernichten

hinterlistig Kleider und Vorräte; der mit rasender Geschwindigkeit nahende Steppenbrand, dessen Wüten im trockenen Bambus wie Maschinengewehrfeuer knattert, bedroht ihn, und wenn die tropischen Regen kommen, wohnt er in einem Miasmen ausströmenden Sumpfe, der das tobdringende Fieber zur Folge hat.

Jeder Tag bringt neue, unvorhergesehene Schwierigkeiten, von denen sich die Schulweisheit unserer Hörsäle daheim nichts hat träumen lassen, und es gilt oft, Entscheidungen zu fällen, die einen ganzen Mann erfordern. Und nicht nur das, von allen Seiten drohen hier die Gefahren. Der deutsche Ingenieur muß standhaft und unbeirrt seinen Weg gehen, die Augen Tausender seiner Arbeiter sind auf ihn gerichtet, und nur sein Beispiel, sein persönlicher Mut hatten das ganze Unternehmen aufrecht.

Aus eigener Kraft hätte das eingeborne Volk niemals das Land zu erschließen vermocht. Wie alle Tropenvölker, sind die Siamesen lässig, die reiche Natur gibt fast von selbst alles zum Leben Notwendige her, und auch die Aussicht auf Gelddienst vermochte die Landeskiner nicht zur anstrengenden Arbeit zu bewegen. Man brauchte die Intelligenz und Energie des Fremden und mußte die Chinesen als Arbeiter ins Land rufen. Die Gelben aus dem Süden des großen Reiches sind nicht gerade die besten Kinder ihres Landes. So mancher Desperado ist darunter, der daheim schon ein langes Sündenregister hatte, viele sind Opiumraucher, alle Spieler. Doch alle sind straff organisiert in den hier im äußersten Süden des asiatischen Kontinents besonders tätigen geheimen Gesellschaften des Landes; und wenn der Weiße nur einmal die Kerben verliert oder Krankheit ihn ans Bett fesselt, so ist es aus mit ihm und seiner Autorität, alles würde brunter und drüber gehen, Zehntausende an Wert verloren sein und das ganze Unternehmen wahrscheinlich zum Stillstand gelangen.

Wenn der schwere, jungfräuliche Boden umgegraben wird, so stellt sich als ungebeter Gast das Fieber ein und Hunderte von Arbeitern werden oft dahingerafft. Noch heute geht die Lebensart im Lande: „Unter jeder Schwelle der Koratbahn liegt ein toter Chinese.“ Ein Graufen vor den bösen Geistern erfährt oft genug die Uebrigbleibenden und so mancher kehrt voll Entsetzen dem Lande den Rücken.

Tag und Nacht brennen die Lampen auf den Altären in den leichten Wohnschuppen der chinesischen Arbeiter, um die

Ernst der Situation aufmerksam machen und daß wir die Regierung mahnen, die Geduld des gesamten Personals nicht länger zu mißbrauchen, da sonst die Eisenbahner, gezwungen durch die Notlage, zum Außersten getrieben würden.

Ferner wurde die Zentraleitung (sowie koalierter Vereine), die gewählten Vertrauensmänner, Personalkommissionsmitglieder, Arbeiterausschüsse sowie die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses, Parteileitung und Gewerkschaftskommission beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen herbeizuführen, damit der furchtbaren Notlage abgeholfen werde. (Lebhafte Beifall.)

Der massenhafte Besuch der Versammlung beim Ministerberg sowie die Erregung der Eisenbahner hat damals schon der Regierung gezeigt, daß diesmal die Sache nicht so einfach ist. Was tat die Regierung nun? Sie veröffentlichte am 16. oder 17. September in den Zeitungen eine Art Communiqué, in welchem sie zuerst unsere Behauptung zu widerlegen versuchte, daß sie die den Eisenbahner schon früher gemachten Zugeständnisse trotz aller ernstlichen Vorstellungen, noch nicht vollständig durchgeführt hat, indem sie erklärte, sie habe seit dem Jahre 1905 35 Millionen (Große Bewegung und Rufe: Wir haben nichts davon!) aufgewendet, um die gemachten Zugeständnisse durchzuführen und die Lage der Eisenbahner zu verbessern.

Was die nicht durchgeführten oder nicht eingehaltenen Zugeständnisse betrifft, ist unsere Behauptung richtig, und zwar ist ausständig die Erfüllung der Zugeständnisse betreffend die allgemeine Einführung im günstigsten Sinne geregelter Lohnrückzahlungssysteme, die Gewährung von Urlauben an Arbeiter, die Einführung von Arbeitsordnungen und Regelung der Arbeitszeit der Arbeiter, die Einführung des zwölf- bis vierundzwanzigstündigen Dienstturnusses für Kohlenarbeiter, die schrittweise Einführung des zwölf- bis vierundzwanzigstündigen Turnusses im eisenbahn Diensten in größeren Stationen und für Maschinen- und Werkmeister, die Nichtverschlechterung der Dienstturnusse des Fahrpersonals, die Erziehung von Bedienstetenwohngebäuden, die Verbesserung der Postnormierung sowie die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Unterbeamten- und Dienerposten und betreffend die Einführung der Minimallohnprämie.

Nun stimmt aber auch die Rechnung mit den 35 Millionen nicht. Ich will da nur einen großen Umstand hervorheben, und das ist eine Summe von 75 Millionen Kronen, welche man sofort von den 35 Millionen in Abzug bringen muß und welche die Regierung als eine Ausgabe zur Aufbesserung der Lage der Eisenbahner gerechnet hat. Diese 75 Millionen Kronen betreffen den Personalaufbau. (Rufe: Das sind doch unsere Fondsgelder! Dieses Geld müssen wir doch verzinsen!) Diese Summe wurde von der Regierung als eine Ausgabe gerechnet, obwohl sie nur eine Investition bedeutet. Der Grundanbau und der Häuserbau kann doch beim besten Willen nicht als eine effektive Ausgabe gerechnet werden. Es verringern sich also diese 35 Millionen sofort auf 27,5 Millionen. Nach unserer Rechnung hat die Regierung im Jahre 1905 und 1906 5 Millionen, im Jahre 1908 und 1909 14 Millionen und im Jahre 1911 zur Automatik der Beamten 700.000 Kr., sagen wir also zusammen rund 20 Millionen Kronen verwendet. Es besteht also zwischen der Rechnung der Regierung und unserer Rechnung eine Differenz von 7,5 Millionen Kronen. Wir geben zu, daß die Einführung der erhöhten Anfangsgehälter, Verkürzung der Vorruhefristen und Einreichung der Wächter in die Dienerkategorie und der folgenden Abnennungen gegenüber dem Zustand vor dem Jahre 1906 auch einige Millionen, bei dem großen Personalstand nichts Unglaubliches, gekostet haben wird. Ob dies nun 7,5 Millionen ausmacht, läßt sich von uns schwer nachrechnen. Nehmen wir aber an, die Summe von 27,5 Millionen stimmt. Nun frage ich, was bedeutet das bei dem großen Personalstand von 200.000 Mann, den die Regierung in ihrem Communiqué selbst anführt? Diese Aufbesserung beträgt durchschnittlich per Kopf und Jahr Kr. 137-50. Wenn wir nun die enorme Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise ins Auge fassen, welche seit dem Jahre 1905 eingetreten ist, so muß doch jeder einsichtige Mensch sagen, daß ist ein Pappentitel. Nicht nur diese Kr. 137-50, sondern viel mehr wurde den Eisenbahner durch die Teuerung aus dem Sacke gestohlen. Man kann ruhig sagen, das Doppelte. (Weifall und Rufe: Sehr richtig! Wir spüren's! Wir müssen jetzt hungern!)

Geister zu hassen. Der skeptische Sohn des himmlischen Reiches, der sonst fast nur zum allmächtigen Dollar betet, wird hier fast fromm, wenn sich seine Frömmigkeit auch nur in besonders tristem Aberglauben äußert.

Der deutsche Ingenieur harzt aus, bis er zusammenbricht, ein glänzendes Beispiel der Pflichttreue für alle Nationen. Unbeirrt streift sich unter seiner Leitung der eiserne Strang immer weiter hinein ins Land. Wo noch vor kurzem das gefräßige Krokodil faul im Sumpfe lag, wo der Tiger ungestört dem Storch und Wildschwein nachging, wo unzählige Affen morgens und abends die Luft mit ihrem Geschrei erfüllen, wo die seltensten bunten Vögel und Schmetterlinge in der Luft gaukelten, da pfeift heute die Lokomotive.

Gärten und Dörfer entstehen dort, wo noch vor kurzem unabherrschbarer Urwald war, der Chinese läßt sich nieder und bleibt im Lande, in dem er ein gewisses Ansehen genießt. Er nimmt sich die landeseingeborne Siamesin oder ein Laosmädchen zur Frau, die ihm, dem Arbeitsamen, gern von den Eltern gegeben wird, er hält sie und ihre zahlreiche Nachkommenschaft gut, wird bald bodenständig und gelangt zu einer gewissen Wohlhabenheit. Die gelbe Flut dringt auch hier unaufhaltsam vorwärts und eine neue Rasse ist im Entstehen begriffen. Wo die Klugheit und Energie des Weißen das Land erschließt, hat der Chinese den unmittelbaren Nutzen davon. Und die denkenden Führer des siamesischen Volkes sehen die erfreuliche Erschließung des bisher fast verschlossenen Landes mit Genugtuung vor sich gehen, sie wissen, daß das ständig vorwärtsdringende Dampfproß Zentralisierung der Macht, Mehreinnahmen des Staatsfiskus und endgültiges Ende der Selbständigkeitsgelüste der innerhalb der Landesgrenzen wohnenden fremden Volksstämme bedeutet.

Aber eine gewisse Besorgnis beschleicht sie doch bei dem Gedanken, daß der unermüdete bezopfte gelbe Nachbar numerisch immer stärker im Lande wird und daß im gleichen Maße auch sein Selbstbewußtsein steigt. Nicht umsonst hat Siam im vergangenen Jahrzehnt ein modernes Volkstheater geschaffen und eine ganze Reihe seiner Prinzen und anderer jungen Leute zur militärischen Ausbildung ins Ausland geschickt. Durch eigene Kraft ist es ihm nicht möglich, sein an Schätzen aller Art reiches Land zu erschließen; nun gilt es, die sich ansiedelnden fremden Elemente im Zaum zu halten.

Daß ihm das gelingt, beweist die schnelle Niederschlagung der von den geheimen chinesischen Gesellschaften als

Was ist also den Eisenbahner von der Aufbesserung geblieben? Nichts! Allerdings müssen wir sagen, wenn wir diese Aufbesserung nicht durchgeführt hätten, wieviel schlechter wäre es noch um die Lage der Eisenbahner bestellt?

Wenn nun die Regierung heute mit diesen 27,5 Millionen Aufbesserung in die Öffentlichkeit rückt, als ob das ihr Verdienst wäre, so müssen wir daran erinnern, welche harte Kämpfe, wieviel Maßregelungen es gekostet hat, bis die Regierung mit diesen wenigen Millionen herausgerückt ist. Ich erinnere hier nur an das Jahr 1908, wo wir im Budgetausschuß unseren bekannten 20 Millionen-Antrag gestellt hatten, wie die Regierung und die bürgerlichen Parteien im Parlament gegen diesen Antrag losgezogen und diesen niedergestimmt haben. (Ruf: Schande!) Welche schwere Mühe es uns kostete, endlich anstatt 20 Millionen 14 Millionen zu erreichen.

Was sagt nun die Regierung in diesem Communiqué weiter? Sie erklärt, die Staatsbahnverwaltung muß sich, da eine Aktion für das Gesamtpersonal viele Millionen erfordern würde, zunächst darauf beschränken, wenigstens den in den ungünstigen Entlohnungsverhältnissen stehenden und von der Teuerung am empfindlichsten getroffenen Kategorien die Lebensführung zu erleichtern. Es sollen die Arbeitslöhne ab 1. Oktober 1911 aufgebessert, die Lohnautomatik durchgeführt werden. Nach Zulänglichkeit der Mittel wird auch weiterhin mit der Verbesserung der materiellen Lage der untersten Bedienstetenkategorien fortgefahren werden. Die Wohnungs- und Versorgungstätigkeit soll in großzügiger Weise und möglichst beschleunigt werden. Die Beschaffung der Lebensmittel soll dadurch erleichtert werden, daß sie bis zu einem bestimmten Höchstgewicht lebensmittel freischiefelungsfrei beziehen können. (Rufe: Wo sind denn billige Lebensmittel zu haben? Wer gibt uns das Geld für Lebensmittel?) Es soll eine Erweiterung des Bezugsrechtes auf freifahrtscheine zum Einkauf von Lebensmitteln eintreten. Für Arbeiter soll das Bezugsrecht von ein auf ein halbes Jahr herabgesetzt werden. Die Erholungsurlaube sollen vom stabilen Personal noch in diesem Jahre ausgenutzt werden, und es sollen Erholungsurlaube für Arbeiter unter Fortbezug des Tagelohnes gewährt werden. Die Herausgabe der Arbeitsordnungen soll am 1. Jänner 1912 stattfinden.

Nun hören Sie und staunen Sie. Als wir fragten, welcher Betrag auf Grund dieses Communiqués für die Arbeitslohnserhöhung und Lohnautomatik in Aussicht genommen sei, so hieß es: 1 Million Kronen. (Lebhafte Entrüstungsrufe.)

Wenn wir nun die anderen auf Grund dieses Communiqués in Aussicht genommenen Aufbesserungen ins Kalkül ziehen, so können wir sie, wenn wir splendid sind, ebenfalls mit 1 Million Kronen bemessen. Die Wohnungsfürsorge ist natürlich nicht mitzurechnen, da sie die Staatsbahnverwaltung so lange nichts kostet, als diese nicht auf die 4prozentige Verzinsung des Investitionskapitals verzichtet, respektive die Zinsen an die Fonds, aus denen die Gelder genommen werden, aus Betriebsmitteln deckt.

Es war also von der Regierung vor dem 17. September nur eine Aufbesserung von zirka 2 Millionen Kronen geplant, da man vorgab, keine Mittel zu finden. Die Regierung hatte also vor dem 17. September noch nicht den Ernst der Situation erfaßt und war der Meinung, die Sache mit ein paar lumpigen Millionen abtun zu können.

Nach dem 17. September ist der Regierung doch ein Licht aufgegangen, daß diesmal die Bewegung der Eisenbahner nicht so leicht abzufertigen ist. Die Erregung herrscht nicht nur allein bei den Eisenbahner, sondern auch unter der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Die Regierung mußte auch einsehen, daß infolgedessen die Bewegung der Eisenbahner mit Gewaltmitteln nicht so leicht zu unterdrücken ist.

Am 18. September sprachen ich und Abgeordneter Dr. Ellenbogen beim Leiter des Eisenbahnministeriums vor, um mit ihm die Vorgesprache der Vertreter der koalitierten Vereine (Gewerkschaft, Lokomotivführer-, Kondukteur-, Wagenmeister-, Werk- und Maschinenmeisterverein, und Zentralverein der Eisenbahnbeamten) zu besprechen. Bei dieser Besprechung äußerte sich der Sektionschef Ritter v. Böll, daß er die Abgeordneten mit den Bedienstetenvertretern zugleich nicht empfangen könne, da der bekannte Wienerische Erlaß ihm dies nicht gestatte. Er empfange die Abgeordneten allein und die Bedienstetenvertreter allein. Auf das hin erklärte ich, daß dieses getrennte Vorgespräch bei einer Vorführung durch Abgeordnete keinen Sinn habe, da es leicht zu Mißverständnissen

Protest gegen die Kopffsteuer im Jahre 1910 angezettelten offenen Revolte. Der Asiate zeigte bei dieser Gelegenheit, daß er es immer noch am besten versteht, den Siaten zu behandeln. Mißrätiger Humanitätsdünkel gehört nicht zu den Charaktereigenschaften des Siamesen. Der herrschende Siamese versucht in jeder Weise, den Chinesen im Lande zum wahren Siamesen zu machen; so muß der im Lande geborne Chinese seinen Kopf abschneiden und seine Jahre im Heere abgeben. Eine sehr gesunde Maßregel.

Auf seinem exponierten Posten steht heute der siamesische Gendarm dem deutschen Ingenieur treu zur Seite. Es gibt hier Zeiten, in denen der Ingenieur nicht ohne Waffe das Haus verlassen kann und wie der Soldat auf Vorposten im Feindesland ausfahren muß, auf der Hut vor dem Chinesen. Dann fühlt man so recht den großen Unterschied zwischen China und dem kulturell diesem in vieler Beziehung überlegenen Siam. Hier hat jeder Siamese den Nutzen und Wert der Eisenbahn erkannt; hier hemmt keine Korruption und systematische Volksverhetzung den einmal begonnenen Eisenbahnbau; hier wird die Eisenbahn allgemein mit Freuden begrüßt. Die Fürsten der unterworfenen Stämme des Landes, die, abgelöst durch hohe Pensionen, gleichsam als Grandseigneurs unter ihren ehemaligen Untertanen leben und hohes Ansehen genießen, machen gern von der Eisenbahn Gebrauch, haben die Verbilligung und die damit verbundene Annehmlichkeit der Reise voll erkannt und sind erst kürzlich in Bangkok für den augenblicklich in Frage stehenden Weiterbau der Bahn eingetreten.

Vor einiger Zeit war ich Ohrenzeuge, wie der Tschan von Schiangmai, der mächtigste der Vasallen des Königs von Siam, als er feuchend von der bequemen Eisenbahn auf seinen Reizelefanten stieg, dem nun schon viele Jahre als Vorkämpfer in der Dschungel arbeitenden bahnrischen Landmann Ingenieur C. sagte: „Bitte, bringen Sie mich doch gleich weiter nach Schiangmai!“

Unaufhaltsam hält so die größte Erfindung des Verkehrszeitalters, die Eisenbahn, ihren Einzug in die unzugänglichen Tropengebiete, und wir können daheim stolz darauf sein, daß es deutsche Landesfinder sind, die hier in ausopfernder Arbeit Vorbildliches als Ingenieure und Träger weltlicher Kultur leisten und deutscher Gewissenhaftigkeit und deutschem Fleiß zu neuem Ruhm verhelfen.

führen kann. Mir ist es in diesem Falle lieber, wenn die Vertreter der koalitierten Vereine allein vortreten. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß die Vorführung durch Abgeordnete nicht viel fruchtet, wenn die Bedienstetenvertreter nicht imstande sind, bei der Vorgesprache die Sache der Eisenbahner auch selbst zu vertreten. Die Hauptsache ist doch die Organisation, die hinter den Bedienstetenvertretern und hinter den Abgeordneten steht, ohne diese können die Bedienstetenvertreter und auch die Abgeordneten nichts richten. (Lebhafte Zustimmungsrufe.)

Entschuldigen Sie, daß ich Sie, meine Versammlung, mit solchen Nebensächlichkeiten belästige, aber es muß sein, da die nationale Koalition nach dem bekannten Nichtempfang ihrer Deputation, der sich der Abgeordnete Burska mit aller Macht aufdrängen wollte, in den Blättern die Nachricht veröffentlichte, daß ich dem Leiter des Eisenbahnministeriums gegenüber erklärt hätte, daß es mir lieber ist, wenn ich allein empfangen würde. Was mit der Absicht veröffentlicht wurde, mich bei den Eisenbahner zu verdrängen. Ich habe hierauf eine Notiz in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht, in welcher die Sache richtiggestellt wurde. Trotzdem hatte der Präsident der Eisenbahnbeamten, Herr Richter die Geschmacklosigkeit, diese Lüge der nationalen Koalition in der deutschnationalen Versammlung in der Volkshalle, welche vorigen Samstag stattfand, zu wiederholen. Der Zweck ist Verleumdung. (Rufe: Das sind die nationalen Ehrenmänner! Rufe!) Die Herren wurtet es eben, daß sie nicht die Herren der Situation sind.

Am 20. September haben nun die Vertreter unserer Koalition die Forderungen des Gesamtpersonals überreicht. Sie haben die Sache sehr kurz gemacht, indem sie die Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam machten und ersuchten, daß man den Forderungen ehebaldigt Rechnung tragen soll.

Am 26. September hat nun die Regierung ein neuerliches Communiqué von sich gegeben (Weiterkeit in der Versammlung), in welchem sie erklärt, daß von ihr eine Erhöhung der Quartiergelder der Beamten, Unterbeamten und Diener, Erhöhung der Arbeitslöhne unter gleichzeitiger Regelung der Lohnautomatik, sowie eine Aufbesserung der Offiziantinnen und Manipulantinnen geplant ist. Zum Schluß wird vor der passiven Resistenz gewarnt. Ueberhaupt wurde von der Regierung bisher mehr gewarnt als gegeben.

Als ich und Abgeordneter Genosse Dr. Ellenbogen uns hierauf im Eisenbahnministerium über die Höhe der Summe, die zu den Aufbesserungen verwendet werden sollen, erkundigten, hieß es, die Höhe der Summe könne vorläufig nicht bekanntgegeben werden. Es werden Vorlagen im Parlament eingebracht werden, es handle sich um viele Millionen, da auch eine Aufbesserung der Lage der Staatsbediensteten im allgemeinen geplant sei, und daher die Bededungsfrage im Parlament auch zur Sprache komme.

Als hierauf am nächsten Tag ich und die Abgeordneten Genossen Dr. Adler, Dr. Ellenbogen und Seitz bei dem Ministerpräsidenten vorgeprochen, erfuhren wir, sowie die Herren Nationalen, das will ich hier betonen, über die Höhe der Summe nichts. Allerdings erklärte der Herr Ministerpräsident, daß er sich des Ernstes der Lage bewußt sei, daß die Regierung etwas Ausgiebiges machen wolle und daß ein Junktim zwischen Forderung und Bededung geplant ist. Allerdings sei damit nicht der allgemeine Finanzplan gemeint, sondern es sei nur geplant, neben dem Aufbesserungsentwurf für die Bediensteten einige kleine Wesentourne bezüglich der Bededung dem Parlament vorzulegen, und zwar in der ersten Hälfte des Monats Oktober. Allerdings müsse er auch hinzufügen, daß nicht alle Forderungen erfüllt werden können, da die Summe, die da notwendig wäre, für die Eisenbahner allein 70 Millionen ausmachen würde. Es werden nun die Forderungen der Eisenbahner im Parlament, welches von morgen an wieder Sitzungen hält, in kürzester Zeit zur Sprache kommen und da die Regierung erklärt, daß sie sich des Ernstes bewußt ist, mit dem die Eisenbahner an ihren berechtigten Forderungen festhalten, so erwarten wir, daß die Regierung in ihrer Vorlage etwas Ausgiebiges bringt, denn die Situation würde ernster als je zuvor sein, wenn sich die Eisenbahner in ihren den Verhältnissen entsprechenden Erwartungen enttäuscht sehen würden. (Rufe: Sehr richtig! Dann kommt zur Explosion!)

Darüber, daß die sozialdemokratische Fraktion im Parlament alles Zwedentsprechende vorkehren wird, um die Forderungen der Eisenbahner sachgemäß und mit ganzer Kraft zu vertreten, glaube ich kein Wort verlieren zu müssen. Ob das selbe auch vom deutschen Nationalverband sowie von den anderen bürgerlichen Parteien zu erwarten ist, wollen wir vorläufig abwarten. Die Herren haben zwar außerhalb des Parlamentes versprochen, dies zu tun. Was sie aber im Parlament halten werden, können wir vorläufig nicht sagen. Das Vertrauen zu den Herren scheint bei der nationalen Koalition selbst nicht groß zu sein. Hoffen wir, daß sich auch diese Herren des deutschen Nationalverbandes ihrer Verantwortung bewußt werden, und daß sie die Sache der Eisenbahner nicht verraten.

Ueber die Taktik der nationalen Koalition, deren Drohung mit dem Ultimatum und passiver Resistenz auf Raten und über ihr jegiges Aufblähen, als ob ihr Ultimatum die Regierung gezwungen hätte, etwas Ernstes zu tun, will ich im gegenwärtigen Augenblick, wo es die Einheit der Aktion der Eisenbahner gilt, nur so viel sagen, daß die Herren mit ihrem aufgeblasenen Rabulistikums nicht das Verdienst haben, daß die Regierung sich des Ernstes der Situation bewußt würde. Der 17. September war es, welcher der Regierung die Erregung der Gesamtbevölkerung deutlich zum Bewußtsein brachte und sie auf den Ernst der gegenwärtigen Lage aufmerksam machte. (Stürmische Rufe: So ist's! Da war kein Nationaler darunter!)

Wenn Sie sich heute so massenhaft hier versammelten, so zeigt dies, daß Sie Laten, nicht Verprechungen sehen wollen, und der Eindrud Ihrer heutigen mächtigen Demonstration wird seine Wirkung tun. Unsere Versammlung ist eine ernste Mahnung, die den Herren die Entschlossenheit der Eisenbahner zeigt, für ihre Forderungen einzustehen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Abgeordneter Genosse Dr. Ellenbogen führte sodann nachstehendes aus:

In dieser Eisenbahnerbewegung hat die Frage, welche Taktik die Organisation zu befolgen hat, die größte Rolle gespielt. Wir meinen, daß, wenn eine Körperschaft, wie es die mehr als 200.000 Eisenbahner darstellen, Forderungen erhebt, so sind vor allem Geschlossenheit und Einigkeit und Disziplin notwendig, mehr Disziplin noch als im Dienste. (Beifall.) Die Eisenbahner sind in einer äußerst schwierigen Lage, weil sie, wenn sie den Verkehr lahmlegen, nicht nur ihren Unternehmer treffen, sondern alle Bürger. Wer einen Krieg führen will und nicht vorher alle Gefahren erwägt, der verdient, schon vorher erschossen zu werden. (Stürmische Zustimmung.) Die passive Resistenz ist eine blutigernste Sache und die muß überlegt werden. Wir machen ja nicht passive Resistenz um jeden Preis, und wenn sie uns eripart werden kann, so ist es niemandem lieber als uns. (Lebhafte Beifall.)

Wozu haben wir denn ein Parlament? Das soll sein die Verantwortung übernehmen. (Lofender Beifall.) Wir greifen zur passiven Resistenz, wenn es sich gezeigt hat, daß es mit anderen Mitteln nicht geht. Aber solange die anderen Mittel nicht erschöpft sind, hat man mit ihr zu sparen. Da gibt es aber Superradikale, die sich in Szene setzen möchten und die gleich mit der passiven Resistenz beginnen wollen. Es ist ein Verbrechen an der Eisenbahnerschaft, Spaltungen herbeizuführen. (Weifall und Aufe: Die werden ja dafür bezahlt!) Wir wollen, daß die Regierung aus unserem Vorgehen erzieht: Das sind Leute mit Verantwortlichkeitsgefühl, die gehen nicht leichtfertig los, aber wenn sie losgehen, dann ist's gefährlich. (Stürmischer Beifall.) Die Regierung muß sich über den Ernst der Situation klar sein und muß wissen, daß mit Drohungen die Frage nicht zu lösen ist und auch nicht mit Polizeigewalt und Flintenkugeln. (Bravo! So ist es!) Wir haben unseren Zwanzig-Millionen-Antrag gestellt zu einer Zeit, da der Staat einen Ueberschuß hatte. Damals nannte man ihn einen „demagogischen“ und jetzt sind wir den Herren, die unseren Antrag niedergestimmt haben, zu bescheiden, und sie überbieten uns an Radikalismus. Gut, wir Sozialdemokraten sind die Minderzahl und so dürfen wir den Radikalen der Nationalen vielleicht sagen: Zogete, geh du voran! (Lofender Beifall.) Hoffentlich haben sie auch große Stiefel und nicht nur das große Maul. Wir werden sehen; aber es macht sehr den Eindruck, daß es den Abgeordneten vielleicht angenehmer wäre, wenn die Eisenbahner ihre Haut zu Markte trügen, damit sie im Parlament nichts zu tun brauchen. Im Parlament muß gepiffen werden. Die Radikalen sollen nur so radikal sein als sie wollen; sie können uns gegenüber jede Schmutzkonfurrenz treiben. Nur vorwärts! Wenn sie voran stehen, wir werden schon hinten tückisch nachschießen! (Brausender Beifall.) Wir stehen der Sache kühl und ruhig und im vollen Gefühl unserer Verantwortlichkeit gegenüber; aber sollte uns der Kampf aufgezungen werden — ich hoffe, daß es nicht notwendig sein wird — dann werden wir ihn mit der alten Entschlossenheit, mit dem alten Opfermut und hoffentlich auch mit voller Steifigkeit führen. Jetzt aber heißt es die Verhandlung des Parlaments abwarten und ruhig Blut behalten. (Stürmischer, sich immer erneuernder Beifall.)

Hierauf sprach das Vorstandsmitglied des Zentralvereines österreichischer Eisenbahnbeamten Genosse Pröll: Unsere Vertrauensmänner haben der Regierung wiederholt die Not der Eisenbahner geschilbert. Man hat sie nicht gehört. Das Volk ist am 17. September dann wegen der Not auf die Straße gestiegen und wir mit ihm. (Stürmischer Beifall.) Es sind auch Opfer gefallen. Ehre ihrem Andenken! (Brausender Beifall.) Die Regierung hat zuerst vertrauliche Maßregeln gegen unsere Not ergriffen: Drohungen mit Maßregelungen. (Heiterkeit und Aufe: Damit geht's nicht!) Man wird unsere Forderungen erfüllen müssen: es ist das Notwendigste, was wir gefordert haben, da kann nichts abgezwängt werden, wenn das Glend nicht weiter bleiben soll. (Aufe: Da gibt's nichts zu handeln!)

Zum Schluß der Versammlung ergriff nochmals Abgeordneter Genosse Tomshil das Wort, um auszuführen:

Der niederösterreichische Landtag hat den Landeseisenbahnern jetzt Forderungen bewilligt — freilich erst, nachdem die Christlichsozialen am Wahltag geprügelt worden sind. Wir möchten die Nationalverbändler daran erinnern und ihnen ganz selbstlos raten, daß sie vor Prügeln ihre Pflicht den Eisenbahnern gegenüber erfüllen. Die Eisenbahner werden auf ihrem Rechte aufs Leben bestehen. Ich empfehle Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

Die heute am 4. Oktober in den Sophiensälen in Wien tagende Massenversammlung der Eisenbahner aller Kategorien erklärt, an den von den koalitierten Vereinen überreichten Forderungen festzuhalten, und erwartet sowohl von der Regierung als auch von den bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses ihre ehebaldigste Erfüllung. Sie erklärt, daß die bisher von der Regierung abgegebenen Erklärungen, so lange darüber nichts Näheres bekannt ist, in keiner Weise als befriedigend zu betrachten sind und daß dieselben schon mit Rücksicht auf ihren unklaren und zurückhaltenden Wortlaut keineswegs geeignet sind, die immer weitergreifende Erregung unter dem Personal irgendwie abzuschwächen. Die Versammelten erklären, daß die unausgeseheltere Teuerung der Lebensmittel und Wohnungen rasche Hilfe zu einem Gebot unausweichlicher Notwendigkeit gemacht hat, und erwarten insbesondere von allen Parteien des Parlaments, daß sie ihrem Versprechen gemäß nunmehr auch die wirklichen Daten folgen lassen. Schließlich erklären die Versammelten, in entschlossener kampfbereiter Haltung zuzuwarten und jederzeit in disziplinierter Eintracht den Weisungen ihrer Vertrauensmänner Folge zu leisten.

Die Resolution wird unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Schwab mahnt noch, sich auf der Straße nicht provozieren zu lassen und des Rufes der Vertrauensmänner zu späteren Aktionen gewärtig zu sein, und schließt dann die imposante Versammlung.

Der Abmarsch.

Nach der Versammlung wälzte sich eine unübersehbare Menschenmenge durch die Marxergasse. Auf der Straße war überflüssig viel Polizei aufgeboden, die aber nichts zu tun bekam. Bei der Marxerbrücke ließen die dort stehenden Wachorgane nur einen Teil der Abziehenden, die zwischen den locker stehenden Wachleuten durchmarschieren konnten, durch und lenkten den anderen in die Lastenstraße ab. In der Großmarkthalle allein waren dreihundert Wachleute untergebracht. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Aus der Provinz.

Eisenbahnerversammlung in Innsbruck.

Innsbruck ist eine der Hauptstätten der nationalen Eisenbahnerdemagogie. Der dortige Leiter der deutschnationalen Eisenbahnerorganisation, ein sicherer Ingenieur S u s t e, benützt nicht nur die jetzige Bewegung zu selbst für unsere Verhältnisse beispiellosen Verleumdungen und Lügen gegen die sozialdemokratischen Führer, sondern hat sogar gegen den Wunsch seiner eigenen Koalition noch nach deren Abblasen am 1. Oktober als Termin für die Resistenz festgehalten. Dieser maßlos eitle, jedes Verantwortungsgefühls bare Herr kann seinen Durchfall bei der letzten Reichsratswahl nicht verwinden und benützt nun jede Gelegenheit, um seinen siegreichen Gegner, Genossen N. Müller, in der Öffentlichkeit herabzusetzen und für sich eine anwidernde Reklame zu machen. In einer am 2. d. M. in den Stadtsälen abgehaltenen überaus zahlreich besuchten Eisenbahnerversammlung wurde nun mit der Ligentatistik dieses Herrn gründlich abgerechnet. Nach einer der Forderungen des Personals zergliedernden Darlegung des Genossen N. Müller und einer für die widerspruchsvolle und verlogene Taktik des S u s t e vernichtend zersäfernden Kritik der Genossen Dr. Ellenbogen und M. v. v. wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 2. Oktober in Innsbruck massenhaft versammelten Eisenbahner aller Kategorien protestieren energisch gegen die herrschende Teuerung. Sie erklären, daß es ihnen nicht mehr möglich ist, noch länger unter den durch die Teuerung herbeigeführten elenden Verhältnissen zu leben. Die Versammelten verlangen von der Regierung energisch eine entsprechende Milderung der Teuerung einerseits, andererseits die sofortige Erfüllung der von der Organisation überreichten Forderungen. Sie erklären sich nach Anhörung ihrer Vertrauensmänner bereit, vorläufig mit dem Beginn des Kampfes zu warten, bis sie von ihren Vertrauensmännern das Signal zum Kampfe erhalten. Selbstverständlich erwarten die Versammelten, daß ihre von Verantwortungsgefühl getragene Haltung gewürdigt wird, indem die Regierung sofort bei der Parlamentsöffnung eine den Forderungen entsprechende Vorlage dem Parlament unterbreitet, und daß auch die bürgerlichen Abgeordneten im Parlament für die durch die Teuerung mehr als je berechtigten Forderungen der Eisenbahner nicht nur reden, sondern auch stimmen. Die Versammelten erwarten somit, daß Regierung und Parlament die Einsicht aufbringen werden, den Ausbruch des Kampfes unnötig zu machen. Sollte diese Einsicht fehlen, so sind die Versammelten bereit, auf Beschluß ihrer Vertrauensmänner den ihnen so aufgezwungenen Kampf furchtlos und entschieden aufzunehmen.

Eine Demonstrationversammlung in Reichenberg.

Dienstag den 3. d. M. tagte im Schützenhaus eine Versammlung der Eisenbahner, deren Tagesordnung einen einzigen Punkt, nämlich „Die Teuerung und die Eisenbahner“ umfaßte. Genosse Jritsch eröffnete der Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Ins Präsidium wurden die Genossen Rannila, Jritsch und Richter gewählt. Der Vorsitzende erteilt dem Genossen Grinzner, Sekretär aus Bodenbach, das Wort, der in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede die gegenwärtige Bewegung unter den Eisenbahner sowie die immense Teuerung besprach.

Ein Telegramm vom Abgeordneten Schäfer ist eingelaufen; er entschuldigt sein Ausbleiben durch dringende Sitzungen in Wien und wünscht der Bewegung vollen Erfolg. Ein Eisenbahner ergreift dann das Wort, der in drastischer Weise das bittere Los einer mehrköpfigen Familie schildert. Genosse M a c o u n verweist die Versammlung auf die zwei Wege, auf denen das Proletariat zu einer Verbesserung seiner gegenwärtigen Lage kommen muß, den politischen und gewerkschaftlichen Kampf. Schon in der nächsten Zeit werden Lohnkämpfe von gigantischem Umfang ausbrechen, wie sie Oesterreich noch nicht erlebt hat. Er versichert die Eisenbahner der Sympathie der übrigen Eisenbahner. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit dem Appell, das Gehörte zu beherzigen, an die organisatorische Arbeit zu gehen und — erschallt der Ruf — sich vollständig zu versammeln.

Oberbauarbeiterversammlung in Steiermark.

In letzter Zeit veranstaltete die Ortsgruppe Pettau eine Reihe von Versammlungen, um die Oberbauarbeiter über den gegenwärtigen Stand der Situation aufzuklären. Am 8. September sprach in einer gut besuchten Versammlung Genosse P l e s c h in Groß-Sonntag. Am 10. September derselbe Referent in Poltrau. Einen besonders starken Besuch und erfreulichen Verlauf hat die am 30. September in Sternthal abgehaltene Versammlung zu verzeichnen. In all diesen Versammlungen wurden die Ursachen der Teuerung besprochen und auf die erforderlichen Abwehrmaßnahmen hingewiesen.

Bodenbach a. d. Elbe.

Am 4. d. M. tagte in der Volkshalle eine von Genossen Schiller einberufene Eisenbahnerversammlung. Der beifällig begrüßte Sekretär der Eisenbahner, Genosse Grinzner, besprach in einem ausführlichen Referat die Ursachen der Teuerung und all die seit 1905 um bessere Existenzbedingungen geführten Kämpfe der Eisenbahner, die notwendig wurden, weil einerseits die Regierung und die Privatbahnen die gemachten Versprechungen nicht hielten, andererseits aber die Teuerung das Glend der Eisenbahner fortwährend steigerte. Der Redner geißelte unter allseitiger Zustimmung der Versammelten die arbeiterfeindliche Haltung der bürgerlichen Abgeordneten bei Stellung der sozialdemokratischen Anträge zugunsten der Eisenbahner und tat dar, wie sehr die Vorschläge der Personalkommissionen bisher mißachtet wurden. Bezüglich der einzuschlagenden Taktik beschloß die Reichskonferenz der Eisenbahner vom 3. September im Einvernehmen mit der Gewerkschaftskommission und Parteileitung zuerst auf parlamentarischem Wege die Erfüllung der am 20. September der Regierung vorgelegten Forderung zu versuchen. Die bürgerlichen Parteien müssen nun Farbe bekennen. (Stürmische Zustimmung.) Das ist ihnen unangenehm und deshalb hat der Obmann des Reichsbundes versucht, die Sache außerparlamentarisch zu „berainigen“. Die Haltung der nationalen Eisenbahner einer scharfen Kritik unterziehend (Pfeifrufe), bemerkte dann der Referent, daß die bisher seitens der Regierung bekanntgemachten „Zustandbnisse“ absolut nicht genügen. (Demonstrativer Beifall.) Wohl wissend, daß ein den Eisenbahnern aufgezwungener Kampf die ernstesten Folgen (Arbeitslosigkeit und Hungerrevolten) nach sich ziehen könnte, werden deshalb die Regierung und das Parlament wohl einlenken — wenn nicht: wir stehen parat! (Riesiger Applaus.) Wiederholten tosenden Beifall erntete auch der folgende Redner Genosse S c h a d e, der an der Hand der in der Dresdener Hygieneausstellung bezüglich der Ernährung der Menschen aufgestellten Statistik die Unterernährung der österreichischen Eisenbahner schlagend nachwies. Die Lebensmittel allein, die der Mensch nach den Lehren der Wissenschaft jährlich verbrauchen soll, kosten 1800 Kr., wobei Butter, Eier, Gewürz, Kohle u. f. w. noch gar nicht eingerechnet sind. Die Wohnungsmiete in Bodenbach mit einbezogen, würden für das nackte Leben allein 2143 Kr. gebraucht — der Werkstättenarbeiter bezieht aber im ganzen nur 1280 Kr., so daß schon hier ein Defizit von 863 Kr. resultiert, noch ärger ist beim Tagelohnarbeiter mit seinen 840 Kr. Jahresverdienst, da kommen gleich 1303 Kr. zum fehlen! Sollten die Eisenbahner nach den Regeln der Wissenschaft leben, müßten sie einen Anfangslohn von mindestens 7 Kr. statt Kr. 2.80 haben. Das Wohnungsgeld in Bodenbach näher schilbernd, die Deutschnationalen, darunter den Bodenbacher Rechtsritrosch scharf geißelnd, schloß er unter stürmischem Beifall mit einem Appell an die Geschlossenheit der Eisenbahner. Genosse Schiller erklärte unter großem Beifall, daß diese Versammlung ein lechtes Warnungssignal sei und die Geduld der Eisenbahner zu Ende gehe. Von morgen 11 Uhr vormittags an, so sagte er unter brausender Zustimmung, beginnt anlässlich des Zusammentritts des Parlaments unter Wachdienst. Die imposante Versammlung endete schließlich mit der Annahme einer im Sinne der Redner gehaltenen Resolution.

St. Pölten.

Am 25. und 26. September fanden hier gutbesuchte Versammlungen des Versuchspersonals statt, in welcher über die Forderungen der genannten Kategorie beraten und beschlossen wurde, darauf zu beharren, daß die vom Versuchspersonal aufgestellten Forderungen unbedingt durchgesetzt werden müssen. Die Versammlung erwartet von der Regierung, daß sie diesmal ansehts der drückenden Notlage der Arbeiter und Diener, vor allem diese Kategorien, entsprechend

berücksichtigen wird. Andernfalls sind die Versammelten bereit, im gegebenen Moment furchtlos in den Kampf einzutreten und denselben durchzuführen.

Saalfelden.

Am Dienstag den 3. Oktober, abends 1/8 Uhr, fand im Gasthaus des Herrn Friz Egger eine freie Eisenbahnerversammlung statt, die massenhaft besucht war. Als Referent war Genosse Adolf Müller aus Wien erschienen. Seine von tiefem Ernst durchdrungenen Ausführungen fanden stürmische Zustimmung und die zum Schluß zur Abstimmung gebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Auch das demagogische Verhalten dieser sogenannten nationalen internationalen Koalition kam zur Sprache. Zum Schluß seiner Ausführungen geißelte Genosse Müller auch die schmähliche Schreibweise und gemeinen Beschimpfungen der Arbeiterschaft durch die christlichsoziale und deutschnationalen Presse. Das Referat des Genossen Müller gipfelte in dem Satz: Wir wollen nicht den Kampf um jeden Preis, aber wir werden ihn führen, wenn er uns auszuzeichnen wird und in diesem Sinn werden auch die Eisenbahner Saalfeldens ihr weiteres Verhalten einzurichten wissen und mit den übrigen Bediensteten Solidarität halten.

Prärgarten bei Linz.

Am Sonntag den 1. Oktober fand hier in Herrn Lumebergers Gasthaus eine Eisenbahnerversammlung statt, welche derart besucht war, daß viele Kollegen im Vorhaus stehen mußten. Das Referat erstattete Genosse Weiser aus Linz in sehr eindrucksvoller Weise. Der großartige Besuch zeigte, mit welchem Interesse die Eisenbahner auch am flachen Lande die gegenwärtige Bewegung verfolgen, und aus der Stimmung der Versammlung war zu erkennen, daß die Kollegen zum eventuellen Kampfe fest entschlossen sind. Der beste Agitator ist die ungeheure Teuerung, welche sich am Lande ebenso fühlbar macht, wie in der Stadt. Ja, seit der passiven Resistenz im Jahre 1905 ist in unserem schwarzen Mühlviertel gar vieles anders geworden! Unsere Organisation ist erfreulicherweise im steten Wachsen begriffen, jeder einzelne beginnt den Wert derselben kennen zu lernen. Auch auf politischem Gebiet geht es vorwärts. Unser Tagblatt „Wahrheit!“ findet immer mehr Abonnenten, das hat man bei der Versammlung erfahren, wie sich die Genossen von der Nachbarschaft zwei und drei zusammenfanden und unsere Presse abonnierten, da es bei der gegenwärtigen Teuerung nicht jedem einzelnen möglich ist. Nur so vorwärts und der Sieg ist unser!

Teichstatt.

Samstag den 30. September l. J. fand im Gasthaus „zum Steinbruch“ eine sehr stark besuchte Eisenbahnerversammlung statt. Trotzdem die Versammlung öffentlich war, hatten es die Herren vom Reichsbund deutscher Eisenbahner für gut befunden, derselben fernzubleiben. (Vielleicht deshalb, weil es in unseren Versammlungen kein Freibier gibt.) Aber trotzdem war das Lokal bis auf das letzte Plätzchen besetzt. Daß Genosse Grinzner in seinem Referat allen so richtig aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der langanhaltende Beifall, der ihm gezollt wurde. Zum Schluß verlas Genosse Jaak eine Resolution, welche einstimmig angenommen wurde.

Brud an der Mur.

Mittwoch den 27. September fand abends im Hotel „Post“ in Brud an der Mur eine äußerst stark besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in der mehrere Delegierte von der Reichskonferenz in Wien und der Versammlung am 24. September in Marburg den Bericht brachten. Die Versammlung gestaltete sich zu einer erregten Kundgebung für die aufgestellten Forderungen.

Marburg.

Am 5. und 6. September fanden in Marburg in Duschs Gasthaus Versammlungen des Zugbegleitungspersonals und der übrigen Verkehrsbediensteten statt, in welchen Genosse Reichstädter über die Reichskonferenz vom 3. September und über die Protestversammlung vom 4. September in Wien berichtete. Die Genossen erklärten sich vollkommen mit den l. l. Staatsbahnbediensteten solidarisch und protestierten auf das entschiedenste gegen die Auffassung der bürgerlichen Wähler, denen zufolge die ganze Aktion nur eine Wiener Angelegenheit sei. Eine gleiche Versammlung fand am 5. September, abends 8 Uhr, in Spielfeld statt, in welcher ebenfalls Genosse Reichstädter Bericht über die Konferenz erstattete. Am 12. September fand eine Zugbegleiterversammlung statt, in welcher ebenfalls Genosse Reichstädter über die Vorgesprache der Zugbegleiterdeputation beim Herrn Generaldirektor Ritter v. Weeber berichtete. Auch hier kam klar und deutlich zum Ausdruck, daß die Lage des Eisenbahnpersonals eine unhaltbare ist und durchgreifende Reformen notwendig sind, soll es nicht zum äußersten Widerstand des gesamten Bahnpersonals kommen.

Bewegung des Personals der Salzkammergutlokalbahn.

Am 30. September fand in Salzburg eine sehr stark besuchte Versammlung des Personals aller Kategorien der Salzkammergutlokalbahn-Attiengeellschaft statt, die von der Ortsgruppe der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation einberufen wurde, damit das Personal zu dem vorläufigen Ergebnis der mit der Direktion gepflogenen Verhandlungen Stellung nehmen könne. Unter dem Gesamtpersonal dieser Bahn herrscht schon seit längerer Zeit eine tiefgehende Erregung, da es die Verwaltung bisher nicht der Mühe wert fand, auf die minimalen Forderungen, die die Vertrauensmänner bereits im April dieses Jahres der Verwaltung überreicht hatten, eine befriedigende Antwort zu geben. Die Erregung über diese Verschleppungstaktik der Verwaltung kam auch in der Versammlung elementar zum Ausdruck, so daß es der größten Anstrengung der Vertrauensmänner bedurfte, das Personal vom sofortigen Eintritt in den Kampf abzuhalten.

Zu der Versammlung war von der Zentrale Genosse Adolf Müller erschienen. Aus den Berichten der Vertrauensmänner war zu entnehmen, daß die Verwaltung außer einigen Änderungen der Dienstvorschriften, die natürlich nichts kosten, von einer Verbesserung der Gehalts- und Versorgungsverhältnisse der Unterbeamten und Diener nichts wissen wolle. Das Personal dieser Lokalbahn hat die schlechtesten Entlohnungsverhältnisse aller Lokalbahnen Oesterreichs. Es wäre daher nur billig, wenn entsprechende Reformen durchgeführt würden. Das scheint um so dringender, als die zweite Salzburger Lokalbahn, die Eisenbahn- und Tramwaygesellschaft, ihrem Personal bereits im Sommer dieses Jahres in loyaler Weise nennenswerte Verbesserungen gewährt hat. Unter dem Personal herrschte große Not, vor allem bei den besonders schlecht entlohnten Bediensteten der unteren Kategorien. Viele leiden buchstäblich Hunger. Es ist die höchste Zeit, daß die Verwaltung endlich durchgreifende Verbesserungen gewährt, soll es nicht zum äußersten kommen. Die Versammlung beauftragte die Vertrauensmänner, am nächsten Tage neuerlich bei der Direktion vorzusprechen und ihr den Ernst der Situation klarzumachen. Sollte auch dies ergebnislos sein, so werden sich die Vertrauensmänner zum Präsidium des Verwaltungsrates nach München begeben. Die Zentrale der Organisation wurde ersucht, eventuell dem Eisenbahnministerium nahezu legen, als Aufsichtsbehörde seinen Einfluß bei der Lokalbahn geltend zu machen. Das Personal

hat alles versucht, um im friedlichen Wege die Bewilligung der bescheidenen und berechtigten Forderungen zu erreichen. Sollte dies nichts fruchten, so wird es eben zum Kampfe kommen, für dessen Folgen die Verwaltung allein die Verantwortung treffen würde.

Eine freche deutschnationale Verleumdung.

Die schon zum Ueberdruß bekannte und bombastisch aufgebaute Geschichte von der „nicht empfangenen Deputation“ benützt der „Deutsche Eisenbahner“ in seiner Folge vom 1. d. M. zu einem gegen uns gerichteten Verleumdungsangriff. Obwohl die Lüge, Abgeordneter Tomšik hätte sich geäußert, „es sei ihm lieber, wenn er im Eisenbahnministerium allein empfangen werde“, schon vor dem Erscheinen des „Deutschen Eisenbahner“ eingehend ihre Widerlegung in der „Arbeiter-Zeitung“ gefunden hatte, wird sie dennoch von dem Reichsbundblatt wiederholt, das also damit in bewußter Absicht verleumdet.

Geradezu blödsinnig dumm ist aber der Vorwurf, wir hätten dadurch, daß unsere Abgeordneten nicht darauf bestanden, gleichzeitig mit der Deputation des Personals empfangen zu werden, die im Jahre 1905 erlangene Anerkennung der Organisation preisgegeben. Daß die Herren um die Preisgabe unseres Organisationsrechtes unbesorgt sein können, dafür dürfte ihnen schon die Tatsache genügen, daß unsere Deputation im Eisenbahnministerium aus lauter Vertretern der mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft koalitierten Organisationen bestanden hat. Daß die Herren Deutschnationalen justament auf den Pöbel Bärival bestanden, zeigt freilich nur, daß dieser Konflikt geradezu gemacht wurde. Die Herren Deutschnationalen hätten eben früher „ihrem“ Wienerth verbieten sollen, den Erlaß, der heute gehandhabt wird, herauszugeben. Sie nahmen ihn aber damals ruhig hin und überließen den Protest dagegen uns allein. Uebrigens — die Schöpfer des Zuchthausparagrafen als Hüter des Koalitionsrechtes — auch ein Bild zum Krankflachen!

Eine Versammlung des sozialdemokratischen Aktionskomitees.

Am Sonntag den 8. Oktober 1911 waren die Aktionskomiteemitglieder der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation und der mit ihr koalitierten Vereine im Arbeiterheim in Favoriten zu einer Konferenz zusammengetreten, um zu der von der Regierung geplanten Verbesserung der Bezüge des Staatsbahnpersonals Stellung zu nehmen. Bekanntlich hatte die am 3. September 1911 stattgefundene Reichskonferenz, die von über 500 Delegierten aus ganz Oesterreich besucht war, aus jedem Direktionsbezirk Delegierte gewählt, denen die Stellungnahme zum weiteren Verlauf der Bewegung übertragen wurde. Die damals gewählten Delegierten waren vollzählig erschienen. Es waren anwesend: 46 Delegierte aus den Direktionen der k. k. Staatsbahnen und der Privatbahnen, der Zentralausschuß der Personalkommission und des Arbeiterausschusses der k. k. Staatsbahnen, die Exekutive der Personalkommission der Südbahn, vom Zentralverein der österreichischen Eisenbahnbeamten 4 Vertreter und 1 Vertreterin für die Beamtinnen, vom Lokomotivführerverein 5, vom Lokomotivführerverein für Böhmen 1, vom Bahnmesserverein 2, vom Konduktorenverein 4 und vom Werkmeisterverein 5 Vertreter. Ferner waren anwesend: die gesamte Exekutive der Gewerkschaft, die Funktionäre der Zentrale und der Sekretariate, Abgeordneter Genosse Tomšik und in Vertretung der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament und der Parteivertretung Abgeordneter Genosse Dr. Ellenbogen.

Bei Eröffnung der Konferenz widmete der Vorsitzende Genosse Schwab dem durch einen Unfall vor einigen Tagen getöteten Personalkommissionsmitglied Oberversteher Genossen Piras in Pilfen einen warmen Nachruf; die Delegierten drückten ihr Beileid durch Erheben von den Sätzen aus.

Das Referat erstattete Abgeordneter Genosse Tomšik. Er besprach in eingehender Weise die von den koalitierten Organisationen aufgestellten Forderungen und die Schritte, die bisher zur Erreichung dieser Forderungen unternommen wurden. Das Resultat der bisherigen Bemühungen ist die von der Regierung im Parlament eingebrachte Vorlage, wonach zur Verbesserung der Bezüge aller Kategorien des Staatsbahnpersonals der Betrag von 14 Millionen Kronen in Aussicht genommen ist. Von diesem Betrag sollen für die Beamten und Beamtinnen 3 Millionen, für die Unterbeamten und Diener 6 Millionen und für die Arbeiter 5 Millionen aufgewendet werden. Bei der großen Notlage des Personals ist es begreiflich, daß das Gesamtpersonal ohne Unterschied der Meinung ist, daß dieser Betrag viel zu gering ist und daher entschieden noch weitere Verbesserungen gemährt werden müssen. Es sei Aufgabe der heutigen Konferenz, zu der Regierungsvorlage Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion im Parlament werde so wie immer auch diesmal mit ganzer Kraft für die Forderungen der Eisenbahner eintreten. (Großer Beifall.)

An der hierauf folgenden Debatte beteiligten sich fast sämtliche Delegierten. Ihre Ausführungen lauteten übereinstimmend dahin, daß sich das Personal mit diesem Betrag unter keinen Umständen zufrieden geben könne und an den aufgestellten Forderungen festgehalten werden müsse. Die Regierung verkenne die Situation, wenn sie glaubt mit den 14 Millionen das notleidende Personal, das ist über 200.000 Bedienstete, zufriedenzustellen zu können. So groß die Summe für die Deffektivität erscheinen möge, so ist sie mit Rücksicht auf den großen Personalstand und die durch die Teuerung herbeigeführte Notlage unter dem Personal lächerlich gering und nicht geeignet, die Ruhe unter dem Personal herbeizuführen. Das Gesamtpersonal stehe nach wie vor kampfbereit und die Vertrauensmänner müssen jede Verantwortung für die Folgen ablehnen, wenn die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht einsehen sollten, daß diesmal in Anbetracht der enormen Teuerung mehr geschehen muß. Die Vorlage der Regierung habe unter dem Gesamtpersonal große Enttäuschung hervorgerufen und die Vertrauensmänner sind nicht in der Lage, das er-

regte Personal zu überzeugen, daß es mit einem solchen Pappentitel zufrieden sein soll.

Die Vertreter der koalitierten Vereine sprachen in gleichem Sinne und versicherten das übrige Personal auch fernerhin ihrer Solidarität.

Abgeordneter Genosse Dr. Ellenbogen erklärte der Konferenz, daß die sozialdemokratische Fraktion im Parlament entsprechend dem Verlangen der Eisenbahner für die Gewährung weiterer Verbesserungen mit ganzer Kraft eintreten wird. Die Regierung habe auch die Möglichkeit, noch weitere Verbesserungen zu gewähren. Die Frage stehe jetzt so, ob auch die bürgerlichen Abgeordneten ihre den Eisenbahnern gemachten Versprechungen einhalten und im Parlament auch für die Forderungen stimmen werden. Er mache darauf aufmerksam, daß die bürgerlichen Zeitungen schon jetzt gegen die von der Regierung vorgeschlagene Steuererhöhung der Einkommen über 10.000 Kr. Stellung nehme und daher die Gefahr bestehe, daß die bürgerlichen Abgeordneten auch diesmal umfallen. Jedenfalls müssen die Eisenbahner aufmerksam den zu erwartenden Verhandlungen folgen, die sozialdemokratischen Abgeordneten werden auch diesmal, so wie immer, für die Interessen der arbeitenden Klassen zu haben sein. (Lebhafter Beifall.)

Im Schlußwort reasumiert Abgeordneter Genosse Tomšik die Ausführungen der Delegierten. Einstimmig sei von der Konferenz ausgesprochen worden, daß an den gestellten Forderungen festgehalten werden müsse. Nun gilt es, die Beratungen im Parlament abzuwarten. Wir werden alles aufbieten, damit die Verhandlungen nicht veräußert werden. Wir können deshalb auch den von den nationalen Vereinigungen eingeschlagenen Weg nicht betreten. Wir dürfen im Interesse der Eisenbahner die Demagogie der Nationalen nicht mitmachen. Sie haben zuerst den 1. Oktober als Termin bestimmt, um ihren Abgeordneten im Parlament die Stellungnahme zu erparieren und mußten dann von diesem Termin zurücktreten. Jetzt haben sie den 15. Oktober als Termin bestimmt. Ihre eigenen Abgeordneten müssen im Parlament zur Vorlage der Regierung und daher zu den Forderungen der Eisenbahner Stellung nehmen, und wenn am 15. Oktober die Verhandlungen im Parlament noch nicht beendet sind, werden sie wahrscheinlich noch einen weiteren Termin erfinden. Wir können diese widerliche Demagogie nicht mitmachen. Entweder gibt es Verhandlungen oder gibt es keine. Falls die Zugeständnisse zu gering sind und das Personal damit nicht zufrieden ist, werden wir zusammentreten und den Kampf beschließen und ist dann das Ultimatum gegeben, wann es nicht mehr anders geht. Wir kennen die Verantwortung, die auf uns lastet, und wir werden stets im Interesse der Sache unser Verhalten darnach einrichten. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nun folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution:

„Die heute den 8. Oktober 1911 im Arbeiterheim Wien X tagende Aktionskomiteesitzung des gewerkschaftlich organisierten Personals aller Kategorien und der koalitierten Vereine erklärt, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten, da die von der Regierung bisher geplanten Verbesserungen durchaus nicht geeignet erscheinen, dem Gesamtpersonal jene materielle Vorsehung zu gewähren, die unbedingt notwendig erscheint, um die durch die Teuerung herbeigeführte Notlage unter dem Personal einigermaßen zu lindern. Aus der heutigen Konferenz ist ein engeres Exekutivkomitee zu wählen, bestehend aus den Vertretern sämtlicher Kategorien, welches die Aufgabe hat, die Verhandlungen gemeinsam mit der Exekutive der Organisation, der koalitierten Vereinen, mit der sozialdemokratischen Fraktion und der Gewerkschaftskommission und im weiteren Sinne mit dem Eisenbahnministerium und der Regierung zu pflegen. Diesem Exekutivkomitee wird die Aufgabe obliegen, sofern die Zugeständnisse der Regierung keine Befriedigung gewähren können, die entscheidenden Beschlüsse zu fassen.“

Menschenleben und Fensterischeiben.

Ein Beitrag zur Erkenntnis österreichischer Rechtspflege.

Am 3. Mai hat in Wintersgrün bei Karlsbad in Böhmen der Maschinenbautechniker Bettr den Arbeiter Mörthler erschossen. Sechs Schüsse aus einem Browning haben ein Menschenleben vernichtet. Und nicht im offenen Kampfe, Mann gegen Mann, ist es geschehen, sondern von rückwärts ist dem fliehenden Arbeiter die Todeswunde beigebracht worden.

Am 25. September stand Bettr darum vor den Geschworenen in Eger. Und in der Verhandlung ist durch eine Reihe einwandfreier Zeugen nachgewiesen worden, daß der Angeklagte ein Revolverheld in des Wortes wahrster Bedeutung ist. Ist nachgewiesen worden, daß Bettr schon öfter Personen mit dem Revolver bedrohte, daß er einem Arbeiter zurief, wenn er sich rühre, liege sein Hirn auf der Erde, daß er seinem Kutscher drohte, er werde ihn vom Bock herunter schießen und ähnliches mehr.

Allerdings wies man auch dem getöteten Arbeiter nach, daß er dem Bergverwalter „unsympathisch“ war und ihn „nachlässig grüßte“ und schon einmal — vor 40 Jahren — einen Kaufhandel hatte.

Dieser Arbeiter soll mit einem stumpfen Instrument — vielleicht mit einem Stock? — nach dem Bettr geschlagen haben, worauf Bettr nach ihm schoß und dem Fliehenden noch fünf Schüsse nachschickte. Dann ließ der Herr neue Patronen holen und meinte: „So, jetzt kann ich wieder laden.“

Die Tötung eines Menschen aber erfordert Sühne, selbst wenn der Getötete „nur ein Arbeiter“ ist. Die Richter aus dem Volke und die gelehrten Richter kamen zu dem Ergebnis, daß für das Niederknallen eines Arbeiters

drei Monate Kerker

gerechte und ausreichende Strafe sei.

Am 17. September demonstrierten in Wien hunderttausend Menschen gegen die Teuerungspolitik. Diese Hunderttausend waren „nur Arbeiter“, arme Menschen, in deren Stuben das Glend wohnt, arme Menschen, die für die Millionenprofite der Grund- und Industriemagnaten ihre Gesundheit und ihr letztes bißchen Familienglück opfern müssen. Nur

durch ihre Zahl wollten sie demonstrieren gegen ein System, das die Bereicherung Weniger und die Aus-hungerung der Massen bedingt.

Die Regierung hatte anders beschlossen. Ein Massenaufgebot von Militär wurde an allen Ecken und Enden so postiert, daß es recht in die Augen fiel und schließlich kam es auch wirklich zu recht stürmischen Ausbrüchen des Volkszornes. Es wurden Fenster eingeschlagen und in einem Vororte benützten undisziplinierte Leute die Gelegenheit, um ihren Haß gegen die Stadtvertretung und die Staatsgewalt an öffentlichen Gebäuden auszutoben. Es wurde ein Sachschaden von einigen zehntausend Kronen verursacht.

Heilig, dreimal heilig ist das Eigentum. Und die Beschädigung fremden Eigentums fordert gebieterisch Sühne.

Und nun findet gegen die Beschädiger fremden Eigentums beim Landesgericht in Wien eine Reihe von Prozessen statt.

Die Reihe der Verhandlungen ist noch nicht beendet. Aber bisher sind bereits viele Jahre schweren Kerkers für die Sachbeschädiger festgesetzt worden.

Ein 20jähriger Zimmergehilfe hat eine Laterne zertrümmert. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß dafür ein Jahr schwerer Kerker gerechte Strafe sei.

Ein Anstreichergehilfe soll Steine geworfen haben — Strafe 15 Monate.

Ein junger Mann, der die Glasscheibe einer Straßlaterne zertrümmerte, wird dieses Verbrechen mit sechs Monaten schweren Kerkers büßen.

Ein Schneidergehilfe hat das Fenster eines Tramwaywagens eingeworfen — ein Jahr schweren Kerkers.

Ein 24jähriger Schlossergehilfe soll Fenster eingeschlagen haben — 15 Monate schweren Kerker.

Ein Hilfsarbeiter soll auch ein Fenster der „Elektrischen“ eingeschlagen haben. Es ist sehr anzuzweifeln, daß er es getan, da Zeugen dafür vorhanden sind, daß der Angeklagte sogar zur Ruhe mahnte. Trotzdem — ein Jahr schweren Kerkers.

Wozu die Liste weiterführen? Es sprechen ja die angezogenen Beispiele schon eine sehr deutliche Sprache.

Die Gerechtigkeit will, daß das Einschlagen einer Fensterscheibe mit durchschnittlich einem Jahre schweren Kerkers geühnt werde.

Und dieselbe Gerechtigkeit hat die Ermordung eines Arbeiters mit drei Monaten Kerker bestraft. Eine Fensterscheibe — ein Jahr.

Das Leben eines Arbeiters — ein Vierteljahr.

Es gibt Leute, die meinen, das komme daher, weil Frau Justitia blind sei. O, wie sie irren!

Wenn die Frau Justitia im Klassenstaat ist nicht blind. Nein, sie sieht sogar sehr gut und weiß, was sie zu sehen hat. Sie sieht genau, ob der Kopf des Angeklagten aus feinem Stoffe oder aus grobem Zeuge gearbeitet. . . . Und sie sieht dem Angeklagten bis in den tiefsten Grund der Seele und sieht genau, ob er ein verdammenswerter Unstürzler ist, oder ob ihm eine „gute“ Gesinnung eignet.

Sie sieht sehr hell und irrt auch nie und ist eine Grundlage des Klassenstaates.

Eine sehr verlässliche Grundlage des heutigen Staates, die sehr gut beurteilt den Unterschied der Werte und zu dem sehr richtigen Ergebnis kommt, daß die Fensterscheibe eines Reichen viermal so viel wert ist als das Leben eines Armen.

Wie lange noch?

Die christliche Kirche und der Krieg.

In diesen Tagen, wo die italienische Regierungsbereiberbande ihren kapitalistischen Beutezug um Tripolis injeniert hat, darf eine Meldung, die aus dem Vatikan kommt, nicht übersehen werden. In den vatikanischen Kreisen wird nämlich die Aussicht auf die Festsetzung Italiens in der afrikanischen Provinz mit Befriedigung begrüßt. Man beurteilt die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt, daß der Uebergang von Tripolis unter der Herrschaft Italiens den Interessen der christlichen Zivilisation im genannten Gebiete und insbesondere der Entwicklung der katholischen Missionen nur große Förderung bringen kann. Der vatikanische Korrespondent des „Secolo“ versichert, Papst Pius sei ein begeisterter Anspröcher der Unternehmung von Tripolis. Er hätte seinen Gefühlen gerne öffentlichen Ausdruck verliehen, Kardinal Staatssekretär Merry del Val habe jedoch ver-mocht, ihn daran zu hindern. Der greise Papst habe aber darauf bestanden, daß wenigstens der „Osservatore Romano“ das Unternehmen nicht bekämpfe, und dieser Wunsch habe ihm erfüllt werden müssen. Der Papst, das „unfehlbare“ kirchliche Oberhaupt, ist also von der Menschenfälschei in Tripolis ganz begeistert! Freilich, jenes Christentum, das noch unverfälscht die Lehre des Nazareners kündigt, das Urchristentum war ein entschiedener Widerjacher nicht nur des Krieges, sondern auch des Kriegsdienstes. Jenes Christentum stand fest auf der Idee des ewigen Friedens. Unter der Herrschaft des Kreuzes, des Erlösungssymbols, sollte das Reich des Friedens errichtet werden. Aufhören sollten in der Welt jede Gewalt und Unterjochung. Der Segensspruch: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ sollte den Krieg, den Streit, den Haß und die Leidenschaften der Menschheit bannen.

Zahlreiche Aussprüche der hervorragendsten Kirchenlehrer und von der Kirche heilig gesprochenen Männer bestätigen den grundsätzlichen Widerspruch der alten

Kirche gegen den Krieg und als kriegerische Wesen, selbst gegen den Soldatendienst. Nur einige wenige solcher Aussprüche wollen wir hier anführen:

So sagt: St. Zenobius (um 140 bis 202) nach Christi, daß „die Christen ihre Schwerter und Lanzen in Friedenswerkzeuge gewandelt haben, und daß sie nichts mehr vom Kampfe verstünden“.

Clemens von Alexandria, dessen Werke am Ende des zweiten und zu Beginn des dritten Jahrhunderts verfaßt sind, schreibt: „Die Anhänger Christi machen keinen Gebrauch von den Werkzeugen des Krieges.“

Tertullian (150 bis 230 nach Christi) fragt: „Wie kann ein Christ in den Krieg ziehen, wie darf er Waffen tragen in Friedenszeiten, da der Herr uns das Schwert verboten hat? Jesus Christus hatte alle Soldaten entwaffnet, als er St. Petrus die Waffe entzog.“ „Der Fahnenreißer und das Lausgelübde widerstreiten sich, denn dieser ist das Kennzeichen Christi, jener das des Teufels.“ „Kann der Gebrauch des Schwertes als den Lehren und Geheßen gemäß angesehen werden, da doch der Herr verkündet, wer sich des Schwertes bedient, soll durch das Schwert umkommen.“

Origenes (185 bis 254 nach Christi) sagt: „Nicht länger ergreifen wir (Christen) die Waffen gegen irgendeine Masse oder gegen uns in einem Krieg einzulassen, da wir zu Söhnen des Friedens durch Jesus geschaffen sind, dem wir als Führer folgen.“

Lactantius, der zu Beginn des vierten Jahrhunderts schrieb, eifert gegen die Menschenhätigkeit, indem er ausruft: „Das ist also euer Weg zur Unsterblichkeit. Städte zerstören, Landschaften verwüsten, freie Völkern ausrotten oder in Sklaverei führen! Je mehr ihr vernichtet, geräubert und Menschen ermordet habt, desto mehr glaubt ihr Ehren und Ruhm erworben zu haben.“

St. Augustinus (354 bis 430 nach Christi) hält dafür, daß „nur Verteidigungskriege mit der Gerechtigkeit und dem Gesetz in Beziehung gesetzt werden können; nur in solchen kann es den Soldaten erlaubt sein, zu töten und zwar dann, wenn er anders seine Vaterstadt und seine Brüder nicht schützen kann“.

Ibidorus von Pelusium (370 bis 450 nach Christi) ist nicht weniger entschieden: „Ich sage euch, wenn auch das Niedermeßeln der Feinde im Kriege euch nach dem Gesetz erscheint, wenn auch Siegesmäler errichtet werden, die von glorreichen Verbrechen erzählen, so sind sie (die Kriegführenden) nicht frei von Sünde, wenn man das unelugbare und höchste Gesetz der Brüderlichkeit aller Menschen in Betracht zieht.“

Von dem Zeitpunkt an aber, wo die Interessen der Kirche sich mit denen der weltlichen Macht verbanden und sie selbst ein irdischer Machtfaktor wurde, hat sich die Kirchenlehre in der entgegengesetzten Richtung entwickelt. Bald lehrte sie, der Kriegsdienst sei nicht nur erlaubt, sondern sogar notwendig. Konzilienbeschlüsse schrieben den Fahnenreißer vor und verhängten über fahnenflüchtige Soldaten den Kirchenbann. Die mittelalterlich-christliche Zeit heiligte geradezu das Kriegshandwerk; das kriegerische Rittertum wurde zu einem „christlichen Stand“. Aus dem Gotte der Liebe wurde der „Gott der Schlachten“ gemacht. Gott und die Heiligen selbst kämpften mit in der Schlacht. Fahnen und Waffen wurden gesegnet. Ja, die Herrschaft der Kirche führte zu furchtbarsten Glaubenskriegen, in denen Ströme menschlichen Blutes vergossen wurden.

Ein Teil unserer Zeitgenossen hat die letzten Kriege seit der Mitte des verfloffenen Jahrhunderts noch miterlebt. Nichts haben bei diesen Kriegen die Kirchen getan, sie zu verhindern. Die katholische wie die protestantische Geistlichkeit jedes der kriegführenden Länder war stets mit ihren Gebeten zum „Herrn der Heerführer“ um Sieg auf Seite der Macht, der sie untertan und deren Interessen sie verbunden waren. Es gibt keine großere Neuerung der Religiosität, als wenn die Pfaffen und ihre Schäferlein vor dem durchaus internationalen und alle Menschen mit gleicher Liebe umfassenden „einigen Gotte des Christentums“ auf den Knien liegen und von ihm für die Kriegsmacht ihres Landes den Sieg und die Niederlage für die Gegner erleben. Wenn die Heiden zu ihrem „Nationalgott“ oder gar speziellen Kriegsgott um Blüthe Vorbeeren beten, so steck darin noch Logik. Aber wo bleibt die Gottheitsidee und ihre Logik bei den christlichen Kirchenmännern?

Die Theologen und „Diener Gottes“ der christlichen Kirche sind, von seltenen Ausnahmen abgesehen, durchaus „gutgesinnte, höchst patriotische“, das heißt mit den herrschenden Machtfaktoren harmonisch denkende und fühlende Leute. Solchen Patrioten würde es übel anstehen, sich gegen den Krieg und den Militarismus und seine Ursachen zu erklären. Kommt dann ein Krieg mit all seinen furchtlichen Schrecknissen, so finden sie sich in der denkbar einfachsten und bequemsten Weise damit ab — der Krieg ist eine „Schickung Gottes“ und wider das, was „Gott schickt“, soll der Mensch nicht murren; das muß er in Geduld, ja sogar freudig ertragen.

Die Sozialdemokratie aber, die den Frieden will, wird von den Befürwortern der Religion, deren Stifter man die Verkündiger des Evangeliums der Nächstenliebe und des Friedens zugeschrieben hat, als gottlos und unchristlich verleumdet und verfolgt.

Das Sparsystem auf den k. k. Staatsbahnen und seine Rückwirkung auf die Verkehrssicherheit.

Am 14. Februar 1898 hat das k. k. Eisenbahnministerium unter Zahl 2725 den Erlaß betreffend die Bemessung der Dienst- und Ruhezeit im exekutiven Betriebsdienst der k. k. Staatsbahnen herausgegeben. Der Erlaß bedeutete, wenn auch viele Halbheiten enthalten sind, gegen den früheren Zustand, der auf den Staatsbahnen herrschte, einen Fortschritt, und es ist notwendig, auf die Ursachen hinzuweisen, welche das Ministerium damals veranlaßt haben, diese Reform in Angriff zu nehmen. Wir brauchen hierzu nur die Begründung und Erläuterung anzuführen, die das Eisenbahnministerium dem Erlaß vorausschickte und es lohnt sich wirklich, jetzt nach mehr als 13 Jahren, auf diese zurückzukommen und

der Vergessenheit zu entreißen. Wir wollen sie im nachstehenden auszugsweise anführen („Arbeiter-Zeitung“ 1898, Nr. 45):

Die österreichische Staatsbahnverwaltung steht im Begriff, eine Maßnahme zu treffen, die bestimmt ist, die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs in erhöhtem Maß zu verbürgen und die zugleich das durch Rücksicht der Humanität vorgezeichnete Ziel verfolgt, einer Ueberbürdung des im exekutiven Betriebsdienst verwendeten Personals zunächst bezüglich jener Kategorien desselben entgegenzutreten, die vermöge der Art ihrer dienstlichen Beschäftigung der Gefahr übermäßiger dienstlicher Anstrengung am meisten ausgesetzt sind. Durch die zu erlassenden Normen über die Dienstdauer und Ruhezeit im exekutiven Betriebsdienst der österreichischen Staatsbahnen nach dem Vorbild anderer Staaten, wo die gleichartigen Verhältnisse schon längst teils im Gesetzgebungsweg, teils durch Verwaltungsnormen genau geregelt sind, wird eine Lücke in unseren Eisenbahnvorschriften ausgefüllt und eine Aktion zur praktischen Durchführung gebracht, deren Anfänge in frühe Zeit zurückreichen, damals jedoch an finanziellen Bedenken der Staatsbahnverwaltung einem unübersteiglichen Hindernis begegneten.

Erst der durch die Unfallsperiode des verfloffenen Sommers gezeitigten Erkenntnis, daß die eigentliche Gefahrquelle der Ueberbürdung des Personals durch eine zweifellos mit namhaften Kosten verbundene Personalvermehrung beseitigt werden müsse, blieb es vorbehalten, die entgegenstehenden Bedenken zu überwinden und dank einer erleuchteten Auffassung der finanziellen Seite des Gegenstandes die Erlangung der materiellen Mittel zur Durchführung der geplanten Maßnahme in sichere Aussicht gestellt zu sehen.

Der bisherige Mangel normierender Vorschriften auf diesem Gebiet bei den österreichischen Staatsbahnen, beziehungsweise bei den österreichischen Eisenbahnen überhaupt hat, wie wohl die einzelnen Bahnverwaltungen bestrebt waren, durch interne Anordnungen fallweise vorzujagen, für mehrfach wahrgenommene Unzulänglichkeiten Raum gelassen. Es sind Fälle vorgekommen, in denen die dienstlichen an das exekutive Betriebspersonal gestellten Anforderungen zweifellos über die durchschnittliche Leistungsfähigkeit desselben hinausgingen; teils erschien die Ruhezeit zu lang bemessen, teils folgte einer übermäßig langen Dienstreise, in der die Bediensteten bis zur Uebermüdung festgehalten wurden, eine relativ wohl ausgebeutete, jedoch zur vollständigen Erholung nach der vorangegangenen Anstrengung ungenügende Ruhezeit.

Die im Zugdienst verwendeten Bediensteten (Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal) werden in langandauernden, ununterbrochenen Fahrten bis zur Ueberanstrengung beschäftigt. Kontinuierliche, durch vorkommende Verspätungen noch mehr erschwerte Dienstreisen von 18 bis 20 Stunden gehören nicht zu den Seltenheiten, und wenn auch eine solche Dienstdauer mit einer längeren Ruhezeit abwechselte, so kann hierdurch doch die während der Fahrt selbst mitunter eintretende Erschöpfung des Personals nicht verhindert werden. Oft bildet bei diesen Angestellten das Bestreben, einen ausgiebigeren Verdienst an Kilometer- oder Stundengeldern zu erzielen, den Anreiz, freiwillig und unaufgefordert größere Leistungen auf sich zu nehmen. Da die internen Vorschriften einer dergleichen zu erweitern, durch kurze Ruhezeit ununterbrochenen Dienstdauer keine Schranken setzen, so wird solchen Wünschen unbedenklich entsprochen, ohne der Gefahren zu gedenken, die ein übermäßig angestrebter Verdienst für sich selbst und für die Sicherheit des Verkehrs heraufzubehaupten geeignet ist.

Wie bereits erwähnt, gaben die zahlreichen auf den heimischen und ausländischen Bahnen im Verlauf des letzten Sommers und Herbstes in rascher Aufeinanderfolge vorgekommenen Unfälle den entscheidenden Anstoß, die seinerzeit vom k. k. Handelsministerium eingeleiteten Verhandlungen über die nunmehr als unaufschieblich erkannte, als Gewähr für die Herstellung der bedrohten Verkehrssicherheit geforderte Regelung der Dienst- und Ruhezeiten wieder aufzunehmen und mit allem Nachdruck zum Abschluß zu bringen.

Mit der fortschreitenden Verdichtung des Verkehrs mußten die dem Betriebspersonal zugemuteten Leistungen eine um so fühlbarere Steigerung erfahren, als die Einschlebung neuer Kräfte mit dem Arbeitszuwachs selten gleichen Schritt hielt.

Um eine feste Grundlage für die zu erlassenden Normen zu gewinnen, wurde ein höherer Fachbeamter des Eisenbahnministeriums nach Berlin entsendet, um dort die praktische Handhabung und den Erfolg der am 1. April 1895 erlassenen Vorschriften zu studieren.

Der Grundzug der preussischen Vorschriften liegt in der Festsetzung einer zeitlich beschränkten Dienstreise zwischen zwei ebenso bemessenen völlig dienstfreien Zeitabschnitten.

Diese Dienstordnung bietet die sichere Garantie dafür, daß das Personal während seiner Dienstleistung nur innerhalb der Grenzen seiner geistigen und physischen Leistungsfähigkeit bei sorgfältigster Vermeidung jeder Ueberbürdung in Anspruch genommen wird. Mit Strenge wird darauf geachtet, daß die Ruhezeit durch keinerlei, welchen Namen immer tragende dienstliche Verrichtung unterbrochen wird.

Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß den herausgegebenen Vorschriften obiger Gedanke zugrunde liegt und dieses Prinzip dort auch festgelegt erscheint. Dann folgt eine Besprechung der Vorschriften selbst, welche wir nicht anführen brauchen, da die Vorschriften vom Jahre 1898 ohnehin allgemein bekannt sind. Erwähnenswert ist noch folgender Absatz. Nach der Besprechung der Vorschriften für das Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal heißt es: „Auch die diesem Personal einzuräumenden Ruhezeiten sind genau begrenzt, so daß jede Ueberanstrengung im Dienste künftighin ausgeschlossen erscheint.“

Vor allem anderen fällt einem an dieser Begründung und Erläuterung wohlthuend auf, daß es damals beim Eisenbahnministerium, beim grünen Tisch, doch Leute gegeben haben muß, die hübsch weit in das Getriebe hineingeblickt haben. Ob es solche heute noch dort gibt, ist recht zweifelhaft.

In erster Linie gab im obigen die Staatsbahnverwaltung zu, daß nicht das Wohlwollen für das Personal, sondern hauptsächlich die Sicherheit des Verkehrs der Antrieb war, diese Vorschriften herauszugeben.

Es war damals jene Zeit, wo man bereits jeden Tag von einem Eisenbahnunglück hörte oder las, und die Richter, zu ihrer Ehre sei es gesagt, die zahlreichen

Eisenbahner, die als „Schuldtragende“ angeklagt waren, in der Regel freisprachen, also indirekt die Verwaltungen als die Schuldigen erkannten.

Wenn wir uns nun fragen, ob die Verhältnisse auf den Eisenbahnen in Bezug auf die Ueberbürdung jetzt viel besser sind als vor mehr als 13 Jahren, so können wir ruhig sagen, nicht viel.

Wenn auch Dienstzeitverlängerungen vorgenommen wurden, so ist der Dienst selbst noch immer anstrengend genug. Zwar die Bestimmung in den Vorschriften, daß die tägliche Dienstdauer für das Lokomotiv- und Zugpersonal im monatlichen Durchschnitt elf Stunden betragen soll, ist einerseits, dank der unablässigen Arbeit der Organisation und der Turnusvertrauensmänner, andererseits durch ihre Undurchführbarkeit selbst, wohl nie so recht zum Ausdruck gekommen, und mußten die Direktoren handeln lassen. Das jetzt herrschende Sparsystem bringt es aber mit sich, daß überall geklagt wird. Bei jeder Neuerstellung der Turnusse werden alle Mittel angewendet, sie zusammenzuschrauben und ist dieses dort und da schon gelungen. Aber nicht einmal die erstellten Turnusse werden eingehalten. Dort wird eine Tour hineingeführt, da eine frühere Rückfahrt angeordnet, und das Personal wird, als ob es gar keine Vorschriften über Dienst- und Ruhezeiten gäbe, „in langandauernden, ununterbrochenen Fahrten bis zur Ueberanstrengung beschäftigt“, genau so wie früher. „Kontinuierliche, durch vorkommende Verspätungen noch mehr erschwerte Dienstreisen von 18 oder 20 Stunden“, wie es oben aus dem Jahre 1898 so schön heißt, gehören auch im Jahre 1911 nicht zu den Seltenheiten, und es sind, in den Personalkommissionen schon Fälle vorgebracht worden, in welchen das Lokomotiv- oder Zugpersonal 24, 28, ja 30 und mehr Stunden, ohne entsprechende Ruhezeit inzwischen, im Dienst war. Das bringt alles die Sparwirtschaft mit sich. Das Personal ist zu wenig und die Lüge sollen auch nicht stehen bleiben. Wo bleibt da die Verkehrssicherheit?

Auch jetzt, wo die Lebensmittelsteuer den Eisenbahnern das Mark aus den Knochen frißt, bildet manchmal das Bestreben, „einen ausgiebigeren Verdienst an Kilometer- und Stundengeldern zu erzielen, den Anreiz, größere Leistungen auf sich zu nehmen“; auch derzeit „wird solchen Wünschen unbedenklich entsprochen“, trotz der Vorschriften, „ohne der Gefahren zu gedenken, die ein übermäßig angestrebter Verdienst für sich selbst und für die Sicherheit des Verkehrs heraufzubehaupten geeignet ist“. Auch jetzt noch kann einer fahren, so lange er will — je mehr Dienst er macht, um so „braver“ ist er — und die Fälle werden wohl sehr, sehr vereinzelt dastehen, in welchen man zu einem bis aufs äußerste angestrebten Verdienste gesagt hat: „Bis hierher und nicht weiter.“ Heute ist wieder alles erlaubt, man will sparen mit allen Mitteln, auch auf Kosten der Verkehrssicherheit. Meistens wird ja das Personal mit allen, auch den vernünftigsten Mitteln zu diesen Dienstleistungen gezwungen.

Junge Beamte, von denen viele nicht einmal eine blasse Ahnung davon haben, daß es überhaupt so etwas, wie eine Vorschrift über die Bemessung der Dienst- und Ruhezeit im exekutiven Dienst, gibt, kommandieren Dienstleistungen, die einfach haarsträubend sind.

Weigert sich das Lokomotiv- oder Zugpersonal zu fahren, dann spielt der Herr in der Regel vor allem einmal die gefränkte Leberwurst und bemerkt, daß man ihm einen Koffen spielen will, bis er mit schwererem Gesicht auffährt. Es muß unbedingt noch bis zur nächsten Dispositionsstation gehen, dort wird ohnehin Ablösung sein, der Zug wird aufgelöst u. s. w. Fällt das Personal auf diese Versicherung hinein, dann geht das arnuttige Spiel mit Leben und Gesundheit der Bediensteten in dieser Station aufs neue an. Es ist jedem Beamten nur darum zu tun, den Zug aus seiner Station, beziehungsweise Dispositionsstrecke, hinauszubringen. Geht es dann, wie es will. Weiter denkt er gar nicht.

Wird die Dienstleistung im Auftrag oder mündlich durch die betreffende Dienststelle selbst, welcher die Bediensteten unterstehen, verlangt und sie verweigern dieselbe, so reagiert der Dienstkommandierende darauf, je nach seiner Individualität. Er spielt entweder auch, wie oben, den Koffen oder schimpft, frozelt, höhnt und dergleichen mehr. Das gewöhnliche ist dann der Gedanke, wir werden „diesen Kerlen“ schon helfen, und zwar dadurch, daß man ihnen den Brotkorb höher hängt.

In großen Heizhäusern und Domizilstationen des Zugbegleitungspersonals geht es ja leicht, daß man „diesen Kerlen“ schlechtere Touren ansucht, bei welchen mehr Arbeit und weniger Verdienst herauskommt. Dabei fängt man zwei Fliegen auf einem Schlag. Man küßt sein Mißgön an diesen Rebellen und, da man die schlechten Touren von diesen machen läßt, zügelst man sich für die besseren Touren einen getrennten Stamm von Kilometerfressern oder wie man sie heißen will. Es gibt leider noch Leute, die, wenn es nach ihnen allein ginge, zu Hause überhaupt kein Bett brauchen würden.

Beim Lokomotivpersonal sind diese Zustände vielleicht noch schlechter als beim Zugbegleitungspersonal. Die verschiedenen Lokomotivserien machen verschiedene Turnusgruppen notwendig und ist Arbeitsleistung und Verdienst dieser Gruppen manchmal auch nicht annähernd gleichartig. Die Lokomotiven sind auch verschieden und es kann ein Führer oder Heizer leicht zu einer schlechteren kommen. Diese Umstände und noch andere bringen es mit sich, daß eine Einigkeit unter dem Maschinenpersonal viel schwerer herzustellen ist, wie überall.

Zu allem kommt noch als Hauptfaktor, der zur Unterdrückung das meiste beiträgt, die Lantienwirtschaft in den Heizhäusern, an welcher die Antreiber, vom Heizhausleiter bis zum Maschinenmeister, als der Lantien einheimische Teil, beteiligt sind; die Lokomotivführer, Heizer u. s. w. aber, bis zum letzten Ruher oder Kohlenarbeiter, bestimmt sind, so viel als möglich zu roboten, daß große Lantien herauskommen.

(Schluß folgt)

Gefesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Rein Klassenstandpunkt!

Was ist nun das Programm der „Deutschen Arbeiterpartei“? Drei ganze Abgeordnete sind sie im Parlament — drei von 516 Abgeordneten, oder 3 von 233 Deutschen — und mit Hilfe aller möglichen anderen Parteien haben sie 31.110 Stimmen aufgebracht — 31.000 von rund anderthalb Millionen deutschen Stimmen, das ist ein Achtzehntel der deutschen sozialdemokratischen Stimmen oder nicht einmal ein Fünftel aller abgegebenen deutschen Stimmen! — also ein kleines Häuflein Leute, das sich wirklich, wenn es sich als eine Partei aufspielt, unsicher auch über die wichtigsten Grundlagen ihres Programms einigen könnte. Es ist ja wirklich nicht viel verlangt, wenn man verlangt, daß eine Partei, die sich eine Arbeiterpartei nennt, sich wenigstens darüber klar sei, wie sie über das Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie denkt. Aber da müssen wir jetzt fortwährend hören, daß selbst die drei Mann sich über diesen wichtigsten Grundsatz nicht klar sind. Eigentlich ganz genau erfährt man auch das nicht, daß sie sich darüber nicht klar sind; sie scheinen sich vielmehr nicht einmal darüber klar zu sein, daß sie sich über ihr Programm nicht klar sind. Bisher haben sich Herr Knirsch und Herr Fahrner seit ihrer Wahl noch nicht recht zu äußern entschlossen, ob sie ihre Partei, die „Deutsche Arbeiterpartei“, für eine Klassenpartei ansehen, als eine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse gegen die ausbeutenden Klassen vertreten will, aber immerhin gibt es einige Leute, die das behaupten; dafür aber hören wir von den Leuten des Dritten im Bunde, daß Herr Seidl „nicht auf dem Klassenstandpunkt“ stehe, daß er also nicht der Ansicht sei, daß die Deutsche „Arbeiterpartei“ die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten habe — so daß man sich also fragen muß, warum sie sich dann Arbeiterpartei nennt.

Dieser komische Konflikt innerhalb der komischen „Arbeiterpartei“ — der darin besteht, daß diese Arbeiterpartei nicht weiß, ob sie eine Arbeiterpartei ist — hat nun einen noch komischeren Ausdruck gefunden in einem Streit zwischen einem westböhmischen Gantag und einem schlesischen Vollzugsausschuß dieser Partei. Jener westböhmische Gantag hatte nämlich vor kurzem beschlossen, die Reichsparteileitung zu ersuchen, „dem Abgeordneten Ferdinand Seidl nahezu legen, sein Mandat nicht mehr namens der Deutschen Arbeiterpartei auszuüben, da seine Haltung mit den Grundsätzen der Partei nicht in Übereinstimmung zu bringen“ sei. Ganz klar war ja in dieser Rundgebung nicht ausgesprochen, was die Partei für Grundsätze habe. Aber die bloße Nennung des Wortes „Grundsätze“ hat genügt, um das dritte Drittel der Partei in die größte Wut zu versetzen. „Der Vollzugsausschuß der Deutschen Arbeiterpartei Schlesiens nimmt mit Entrüstung gegen diesen gehässigen Ausfall einiger — bekanntlich auf dem nacktesten Klassenstandpunkt stehenden — böhmischer Parteigenossen wider unseren Parteivorsitzenden Abgeordneten Seidl Stellung.“ Und weil sie schon im Protestieren sind, so protestieren sie gleich in aller Ausführlichkeit gegen diese ganze Richtung, die sich auf Grundsätze berufen möchte. Der Vollzugsausschuß erklärt, daß er heute ebenso wie gleich nach dem Teplitzer Parteitag „die Politik des Klassenhasses unbedingt verwirft“ — natürlich, wie kann man denn die Fabrikanten, die das Geld hergeben, hassen! — und „sich jegliches Diktat der Herren Dr. Niehl und dergleichen in Bezug auf die schlesische Landespolitik im besonderen und die Haltung des Abgeordneten Seidl im allgemeinen energisch verbitten muß“. Und nun kommt das Schönste:

Darin, daß Abgeordneter Seidl auch auf seine bäuerlichen Wähler die gebotene Rücksicht nimmt, und darin, daß Abgeordneter Seidl in Sachen der freien Schule keine den Religionsunterricht als solchen betreffenden feindseligen Aktionen zu unternehmen oder zu unterstützen sich verpflichtet — und mehr ist nicht geschehen — sieht der Vollzugsausschuß der Deutschen Arbeiterpartei Schlesiens nicht nur keine Verletzung der Grundsätze unserer Partei, sondern ein diesen vollkommen entsprechendes Verhalten.“

Eigentlich haben sie ja ganz recht. Das Vorgehen Seidls entspricht vollkommen den Grundsätzen der „Deutschen Arbeiterpartei“. Was hat er denn getan? Er hat in einer Frage, die eine eminenteste Arbeiterfrage ist, in der Frage der Fleischeinfuhr, das Interesse der Arbeiter auf das schmächtigste verraten, indem er auf die Interessen der Agrarier Rücksicht nahm: Wie kann jemand behaupten, daß er die Grundsätze der „Deutschen Arbeiterpartei“ verletzt habe! Verrät die Partei nicht grundsätzlich Tag für Tag die Interessen der Arbeiter, bald an die Agrarier, bald an die Fabrikanten? Nimmt die Partei nicht immer „Rücksicht“ auf irgend eine Gruppe von Wählern und Geldgebern, wenn diese Gruppe auch den Arbeitern entgegengesetzte Interessen hat? Warum soll bloß das Konsumenteninteresse der Arbeiter an die Agrarier nicht verraten werden, nachdem ihr Produzenteninteresse so oft an die Fabrikanten verraten wurde? Und daß Seidl um ein Mandat die Arbeiter nicht nur an die Fabrikanten und an die Agrarier, sondern auch an die Klerikalen verflopfte, das kann doch nicht als so bedeutsam angesehen werden, daß es den Ausschluß aus der Partei rechtfertigt! Was den „Klassenstandpunkt“ betrifft, so haben die Knirsch und Fahrner dem Seidl wirklich nichts vorzuwerfen. Der ist höchstens etwas offener als sie und gibt zu, daß es ein Schwindel ist, wenn die Deutschgelben den Arbeitern einreden wollen, daß sie eine Arbeiterpartei seien.

Aber die schlesische „Deutsche Arbeiterpartei“ wird sich das nicht gefallen lassen. Der Vollzugsausschuß der Deutschen Arbeiterpartei Schlesiens fordert daher Herr Seidl auf,

„in dem Falle, als sich die Reichsparteileitung mit der Nichtenstädter Rundgebung identifizieren sollte, aus dem parlamentarischen Klub der Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs auszutreten und unter Verbleib im Deutschen Nationalverband sein Mandat als selbständiger Deutscher Arbeiterpartei auszuüben, in welchem Falle die Deutsche Arbeiterpartei Schlesiens

auf dem diesjährigen Landesparteitag die gleiche Sonderstellung gegenüber der Reichspartei zu beziehen gezwungen wäre.“

Die Drohung wird wohl wirken und die Reichsparteileitung wird wohl davor zurückschrecken, gleich ein ganzes Drittel der parlamentarischen Vertretung zu opfern. Wenn aber nicht, dann empfehlen wir Herrn Seidl und seiner Partei folgende Parteititel: „Deutsche Arbeiterpartei ohne Klassenstandpunkt“ oder, wenn die Agrarier, Fabrikanten und Klerikalen damit nicht zufrieden sein sollten: „Deutsche Arbeiterpartei mit Rücksicht auf die anderen Wähler“ Dieser Partei könnten dann auch die Knirsch und Fahrner beitreten, womit die so notwendige Einigkeit der Partei wieder hergestellt wäre.

Von der Eisenbahn Wien-Aspang.

Wir berichteten in der letzten Nummer des „Eisenbahner“ über die Vorprache der Deputation der Personal der Eisenbahn Wien-Aspang beim Betriebsdirektor dieser Bahn Herrn Regierungsrat Johann Herrdegen. Der Herr Regierungsrat nahm das die Wünsche des Personals enthaltende Memorandum entgegen und erklärte, daß die Erledigung desselben in der Personalkommission und dem Arbeiterausschuß stattfinden werde. Die Sitzung der Personalkommission hat bereits stattgefunden und die Vertrauensmänner wurden bereits von der Herausgabe nachstehender Dienstverordnung verständigt:

Bl. 9340 vom 4. Oktober 1911.

Erhöhung der Bezüge der definitiven Bediensteten, des Hilfspersonals und der Arbeiter (mit Ausnahme der Beamtenaspiranten, Volontäre und Unterbeamtenaspiranten) aus Anlaß der Teuerungverhältnisse.

In Berücksichtigung der bestehenden Teuerungverhältnisse hat sich der gesellschaftliche Verwaltungsrat über Antrag der Direktion bestimmt gefunden, mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1911 unter der am Schluß dieser Dienstverordnung ausgesprochenen Bedingung die Bezüge der definitiven Bediensteten, des Hilfspersonals und der Arbeiter der I. I. privilegierten Eisenbahn Wien-Aspang in nachfolgender Weise zu erhöhen:

I.

Für die Beamten der Dienstklassen X bis einschließlich VII eine Teuerungszulage von jährlich 200 Kr.
Für die definitiven Beamtinnen eine Teuerungszulage von jährlich 100 Kr.

Der Verwaltungsrat behält sich vor, an Stelle dieser Teuerungszulagen in einem späteren Zeitpunkt eine dem Ausmaß derselben entsprechende systemmäßige Erhöhung der Bezüge der Beamten und Beamtinnen treten zu lassen. Ausgeschlossen von der Zuerkennung einer Teuerungszulage sind die mit oder nach dem 1. Jänner 1911 ernannten Beamten, nachdem mit deren Ernennung zu Assistenten ohnedies eine nahezu 100prozentige Erhöhung ihrer Bezüge verbunden war.

II.

Für die Unterbeamten sowie für die Diener der Kategorien A und B eine 25prozentige Erhöhung der Wohnungsgebühren.

III.

Für das im Tag- oder im Monatslohn stehende, der Arbeiterkategorie nicht angehörige Hilfspersonal sowie für die ständigen Arbeiter aller Dienstzweige eine Wohnungszulage:

Bei mindestens einjähriger ununterbrochener Dienstzeit von monatlich 10 Kr.;

Bei mindestens fünfjähriger ununterbrochener Dienstzeit von monatlich 15 Kr. für Wien und für die übrigen Stationsorte in der für die Wohnungsgebühr der definitiven Bediensteten jeweils festgesetzten prozentuellen Abstufung.

Auf die nicht in unmittelbarem Dienste der Eisenbahn Wien-Aspang stehenden Gepäckträger und Wagenshülfsarbeiter in den Stationen Wien und Simmering finden die vorstehenden Bestimmungen hinsichtlich einer Wohnungszulage keine Anwendung.

Die Teuerungszulage der Beamten und Beamtinnen, die Wohnungszulagen für das Hilfspersonal und für die ständigen Arbeiter sowie vorläufig auch die erhöhten Wohnungsgebühren für die Unterbeamten und Diener (Kategorie A und B), werden ab Oktober 1911 monatlich im nachhinein zur Auszahlung gelangen.

Arbeiter, welche im Bezug einer Wohnungszulage stehen und aus dem Dienste der Gesellschaft treten, erhalten den auf die geleisteten Tagesschichten entfallenden Anteil der Wohnungszulagen angewiesen.

Alle in den Punkten I bis III angeführten Aufbesserungen an Teuerungszulagen, Wohnungsgebühren und Wohnungszulagen werden vom Verwaltungsrat der Eisenbahn Wien-Aspang nur unter der Voraussetzung zugestanden, daß die anstandslos normale Abwicklung des Dienstes in allen Dienstzweigen durch das Personal keine Unterbrechung oder Störung erfährt, und bleiben selbe für alle Kategorien von Bediensteten sowie für die Arbeiter auch nur insoweit in Kraft, als die angeführte Voraussetzung vollständig zutrifft.

Außer den vorstehenden Erhöhungen der Bezüge der definitiven Bediensteten hat der Verwaltungsrat auf Grund der in der Personalkommission eingebrachten Anträge genehmigt:

1. Für die Beamten die Ausdehnung der automatischen Vorrückung auf die Dienstklasse VIII mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1912 für den Status I und mit 1. Jänner 1913 für den Status II, weiters mit Wirksamkeit von den gleichen Zeitpunkten die Kürzung der Vorrückungsfristen in den Dienstklassen IX und VIII von je drei auf je zwei Jahre.

2. Für Unterbeamte die Ausdehnung der um ein Jahr gekürzten Vorrückungsfristen auf alle jene Unterbeamten, welche vor oder mit 1. Jänner 1909 zu Unterbeamten ernannt worden sind, ohne Beschränkung dahin, ob sie aus dem Dienstanstand herabgegangen sind oder nicht, mit Wirksamkeit vom 1. Oktober 1911, unter Anrechnung der zweijährigen Vorrückungsfristen vom Zeitpunkt der letzten Vorrückung.

3. Gewährung von Nachdienstzulagen nach den hiefür zu erlassenden Bestimmungen.

Die Vorschriften der vorliegenden Dienstverordnung finden auf diejenigen Bediensteten keine Anwendung, welche bereits vor dem 1. Oktober 1911 das Dienstverhältnis selbst gekündigt haben oder denen es vor diesem Termin von seiten der Gesellschaft gekündigt worden ist.

Die Sitzung des Arbeiterausschusses findet zu der Zeit statt, als die vorliegende Nummer des „Eisenbahner“ in Druck ist und nach dieser Sitzung wird sofort das Personal dieser Bahn zu den erreichten Zugeständnissen

Stellung nehmen. Wir wollen der Stellungnahme dieser Versammlung, über deren Verlauf wir eingehend berichten werden, nicht vorgreifen, bemerken aber, daß obige Dienstverordnung eine Reihe gerechter Forderungen unersüllt läßt.

Das Personal der E. W. A. ist äußerst unglücklich gestellt. Die Arbeiter entbehren jeder Fürsorge für ihr Alter, dem Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal wird die Dienstzeit nicht eineinhalbmal, sondern nur einfach angerechnet, und da bei dieser Bahn immer ungünstige Entlohnungs- und Vorrückungszustände bestanden haben, sind die Bediensteten dieser Bahn in vielen Beziehungen mit ihren Einkommensverhältnissen gegen ihre Kollegen auf den anderen Bahnen zurückgeblieben. Dabei nimmt aber der Betrieb dieser Bahn, die längst den Charakter einer Lokalbahn verloren hat, einen regen Aufschwung und dies namentlich nach der Eröffnung des Anschlusses an die Staatsbahn im Wechselgebiet.

Es soll ja keineswegs verkannt werden, daß die gegenwärtige Leitung dieser Bahn den Bediensteten Entgegenkommen bekundet, es ist aber auf der anderen Seite zu erwägen, ob die bisher gemachten Zugeständnisse geeignet sind, die Wirkungen der furchtbaren Teuerung und Wohnungsnot erträglich zu machen.

Das Provisionsinstitut der I. I. österreichischen Staatsbahnen.

(Schluß.)

Eine intensive Tätigkeit entwickelte der Ausschuß in der Wohnungsfürsorge, und es muß unseren Genossen hoch angerechnet werden, daß sie in dieser Beziehung auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden sind. Als wir vor einigen Jahren in unserem Blatte den Bau von Wohnhäusern aus den Mitteln des Provisionsfonds propagiert und die Ansicht ausgesprochen haben, daß auf diese Weise nicht nur eine bessere Verzinsung des Vermögens herbeigeführt werden, sondern daß man auch den Bediensteten billigere Wohnungen verschaffen und auf diese Art dem grassierenden Zinswucher begegnen könnte, hat man für unsere Bestrebungen nicht nur in maßgebenden Kreisen, sondern auch leider bei den Bediensteten mitleidiges Lächeln, ja in vielen Fällen sogar Sepis entgegengebracht. Und doch hat sich diese Idee glänzend bewährt und heute haben wir die Genugtuung, daß die Frage der Wohnungsfürsorge nicht nur in vielen Kreisen Eingang gefunden, sondern sogar seitens der Regierung und des Parlaments ernste Schritte unternommen worden sind, um auf dieser Bahn vorwärtszuschreiten. Freilich auf eines haben wir damals nicht gedacht, eines haben wir nicht vorausgesehen. Wir haben die bürokratische Kurzsichtigkeit und die in Oesterreich auf allen Gebieten sich geltend machende Schlampererei aus unserem Kalkül ausgeschaltet, und das war gewiß ein Unrecht. Anstatt beim Bau von Wohnhäusern die Bediensteten heranzuziehen, die sehr eifrig sich zur Mitarbeit melden, weil dies in ihrem Interesse liegt, wird von seiten des Eisenbahnministeriums und vorwiegend auch vom Finanzministerium die Zeit mit Verhandlungen, Kommissionierungen zc. vertrödel, bis der günstige Augenblick zum Anlauf von billigen Gründen verpaßt wird und man dann später Gründe um einen horrenden Preis erstehen muß, wodurch sich der Bau verteuert und die Bediensteten um die Wohltat von entsprechenden billigen Wohnungen gebracht werden. Auch die bürokratische Arbeitsteilung im Eisenbahnministerium ist vielfach an der Verzögerung eines Baues schuldtragend, indem die Akte aus einem Departement in das andere wandern, wodurch vielfach Kompetenzstreitigkeiten entstehen, alles zum Nachteil der Bediensteten und des Provisionsfonds. Anstatt, daß man ein für die Wohnungsfürsorge bestimmtes Departement errichtet, mit entsprechenden Fachleuten und Einrichtungen ausstattet, frettet man sich trotz der drohenden Wohnungsnot weiter und der Schlandrian feiert Triumphe.

Nichtsdestoweniger wurde in dieser Richtung sehr viel geleistet. Wenn man schon die Ertragnisnachweise durchsieht, so findet man, wie viel auf diesem Gebiet geleistet wurde. Zu Ende des Jahres 1908 (31. Dezember 1908) wurden dem Provisionsinstitut gehörende Realitäten im Werte von Kr. 9.373.178-49 ausgewiesen; Ende 1910 (31. Dezember 1910) aber schon für Kr. 16.458.887-42, also um Kr. 7.085.708-93 mehr. Diese Realitäten umfassen 329 Wohngebäude mit 2978 Mietwohnungen. Gewiß eine kolossale Leistung; der Ausschuß war aber nicht müßig, und schon heute können wir berichten, daß gegenwärtig 127 Wohngebäude mit 1058 Wohnungen im Werte von mehr als 6 Millionen Kronen im Bau begriffen sind und die Ausschreibung von weiteren 125 Häusern mit 1635 Wohnungen noch im Laufe dieses Jahres erfolgen wird.

Wir können mit diesem Erfolg zufrieden sein, versehen jedoch, daß sowohl die Organisation als auch der Ausschuß nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern sich bemühen werden, beim Eisenbahnministerium dahin zu wirken, daß in Bezug auf Wohnungsfürsorge ein rascheres Tempo eingeschlagen wird.

Das sind also die Ergebnisse der Tätigkeit des Ausschusses, dessen Funktion nunmehr abläuft, und es muß besonders noch betont werden, daß wir bloß jene Tatsachen registriert haben, die bereits mit einem Erfolg abgeschlossen haben. Der abtretende Ausschuß hat aber schon dem neuen, erst zu wählenden Ausschuß die Wege geebnet zu einer weiteren Tätigkeit, und wir müssen schon sagen, daß die neuen Männer genügend Arbeit vorfinden und daß sie alles ihr Können, alle Energie daran wenden müssen, um alles das, was durchzuführen dem alten Ausschuß unmöglich war, einem geistlichen Ende zuzuführen.

Schon in der ersten konstituierenden Sitzung vom 17. Dezember 1908 hat Genosse Löwy Anträge gestellt, beziehungsweise erneuert, die sozusagen als Programm der Tätigkeit für den neugewählten Ausschuß zu nennen ist, weil die Durchführung dieser Anträge in der abgelaufenen Periode trotz aller Anstrengung nicht möglich war.

In erster Reihe ist es die Forderung nach Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit in

Die Provisionsbemessung für das gesamte Exekutivpersonal. Nachdem sich — wenigstens vorläufig — der Durchführung dieser Forderung unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellten, beantragten die Genossen Löwy und Kneidinger die Durchführung der anderthalbfachen Anrechnung für das Versuchspersonal. Diesem Antrag wurde von Seiten des Ausschusses eine eingehende Motivierung dem Vertreter des Eisenbahnministeriums übermittelt. Diese Angelegenheit ist noch im Stadium der Verhandlungen, doch steht zu erwarten, daß dieser berechtigten Forderung in kürzester Zeit Rechnung getragen wird.

Ferner wurde beantragt die Festsetzung einer 30jährigen Dienstzeit für die Erlangung der vollen Provision. Auch dieser Antrag wurde eingehend motiviert und eine Abschrift dem Vorsitzenden übermittelt.

Weiter wurde die Ausdehnung der 40prozentigen Quartiergeldquote in die Provisionsbemessung für die Witwen, beziehungsweise in die Erziehungsbeiträge für die Familienangehörigen beantragt.

Ebenfalls bildete die Anrechnung der vor der Aufnahme in den Provisionsfonds zugebrachten Dienstzeit gegen einfache Nachzahlung in die Provisionsbemessung den Gegenstand eines Antrages.

Diese Anträge bilden die Marschroute für den neuen Ausschuss, und wir würden noch hinzufügen, daß es notwendig sein wird, sich dafür einzusetzen, daß mit Rücksicht auf die schwere Arbeit der Kesselschmiede sowie durch die neuartigen automatischen Werkzeuge hervorgerufene vorzeitige eintretende Arbeitsunfähigkeit der Kesselschmiede die anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit neuerdings zu ventilieren.

Das sind die Aufgaben, denen sich der neue Ausschuss mit aller Kraft zuwenden muß, will er seinen Pflichten so nachkommen, wie es die Wähler, Mitglieder des Provisionsinstituts, zu verlangen berechtigt sind. Wir wollen hoffen, daß auch die neue Tätigkeitsperiode den Mitgliedern ebenfalls so viele Erfolge bringen wird, als es in der verfloffenen der Fall war.

Wir wollen nun unsere Aufmerksamkeit dem finanziellen Gebaren des Provisionsinstituts zuwenden und müssen der Wahrheit Raum geben, wenn wir erklären, daß nach dieser Richtung hin der Ausschuss seine Pflicht ganz und voll erfüllt hat. Die Gebahrung ist eine tadellose zu nennen und die Mitglieder können beruhigt über das Schicksal ihrer Altersversorgungsinstitution sein. Der Vermögensstand hat sich sehr gehoben, die Verzinsung ist eine entsprechende, und die Unken, die so heuchlerisch ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben haben, daß die Prosperität des Fonds, weil nicht auf versicherungstechnischer Grundlage ausgebaut, in den nächsten Jahren sinken muß, haben nicht recht behalten. Ganz im Gegenteil: Die Prosperität steigt, die Ausgaben sind im durchaus progressiven Verhältnis zu den Einnahmen, und wenn die Staatsbahnverwaltung den Unfug, noch dienstfähige Mitglieder in den Ruhestand zu versetzen und den Provisionsfonds dadurch zu belasten, abschafft, so ist für lange Jahre die Gefahr gebannt, daß das Eisenbahnministerium in die Gefahr kommt, vom § 11 der Statuten Gebrauch machen zu müssen. Es freut uns ganz besonders, dies konstatieren zu können, weil wir schon in unserem Blatte Nr. 19 vom 1. Juli 1905 behauptet haben, daß das Provisionsinstitut aktiv ist und auf eine absehbare Zeit aktiv bleiben wird. Das behaupten wir auch heute, und sollten in der Tat Verhältnisse eintreten, die größere Anforderungen an das Provisionsinstitut stellen würden, dann muß eben die k. k. Staatsbahnverwaltung das tun, was andere Privatbahnverwaltungen getan und noch tun: die Beiträge der Verwaltung erhöhen. Dann ist das Gleichgewicht wieder hergestellt.

Und nun einige Ziffern zur Bekräftigung unserer Behauptung. Die Zahlen, die wir bringen, umfassen die dreijährige Funktionsperiode des Ausschusses:

	1908	1910	+	-
	Kronen	Kronen	Kronen	Kronen
Einnahmen.				
Vermögenssaldo	56,213.760/85	40,716.656/15	4,507.375/85	.
Beiträge samt Nachzahlungen	4,022.811/99	6,062.509/15	2,039.697/34	.
Beiträge des Reiches	1,340.738/45	2,322.341/51	781.603/10	.
Zinserträge	1,394.104/28	1,242.562/77	.	51,631/51
Erträge von Häusern und Grundstücken	207.497/30	516.147/55	308.650/25	.
Erfolgsüberschüsse	32.178/05	56.188/14	24.009/49	.
Sonstige Einnahmen	2.850/88	6.910/80	4.059/88	.
Summe	43,614.081/85	51,223.206/82	7,609.269/41	.
Ausgaben.				
Provisionen an Mitgl.	3,554.562/20	4,837.253/75	1,282.591/55	.
Provisionen an Witwen und Waisen	1,520.726/53	1,650.023/24	444.726/58	.
Abfertigungen, Rückstellungen, Erziehungsbeiträge, Sterbequartale und sonstige Ausgaben	516.036/21	673.308/00	157.812/48	.
Ausverluste	365.112/10	280.503/83	.	78.608/25
Summe	6,956.437/04	7,765.088/58	1,806.902/49	.

Die Gegenüberstellung der Ein- und Ausgaben stellt den deutlichsten Beweis dafür aus, daß die Bilanz des Provisionsinstituts nicht nur nicht passiv ist, sondern daß das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben von Jahr zu Jahr günstiger wird. Der Vermögensstand hat sich gegenüber dem zu Ende 1907 um 8,8 Prozent erhöht; ebenfalls sind die Einnahmen um 8,5 Prozent, die Ausgaben aber um 7,6 Prozent gestiegen. Wenn man mit den Verzinsungen in den Ruhestand etwas rigorosere vorgehen und einem jeden Bediensteten, der noch jung an Jahren Dienst machen könnte, sofort, sei es wegen Kurzsichtigkeit, Farbenuntüchtigkeit, Schwerhörigkeit oder anderen leichteren Krankheiten, die den Bediensteten nach einer längeren Konvaleszenz zu weiteren Dienstleistungen befähigen würden oder weil der betreffende Bedienstete gar mißlieblich wurde, nicht in den Ruhestand versetzen würde, so dürften die Ausgaben eine weitere Reduzierung erfahren. Auf den ersten Blick fällt uns der wirklich geringe Beitrag des Betriebes auf.

Wahrlich, die Ausgaben des Eisenbahnministeriums für soziale Fürsorge schauen sehr windig aus und den Herren vom Ministerium stehen die sozialpolitischen Mäuren wahrhaftig nicht gut an. Sehr bemerkenswert ist die bedeutende Zunahme der Strafgebühren; auch eine Beitragsleistung. Erfreulich ist die Steigerung der Erträge aus den Häusern, die vom Provisionsfonds gebaut worden sind; sie haben die stattliche Höhe von mehr als einer halben Million Kronen erreicht.

Aus dem Vermögensausweis geht hervor, daß man in der Wohnungsfürsorge wirklich Fortschritte gemacht hat. Während im Jahre 1908 Realitäten im Werte von Kr. 9.373.178/49 vorhanden waren, stieg der Wert der Realitäten im Jahre 1910 auf Kr. 16.458.887/42, das ist um Kr. 7.085.708/93 oder um 41,8 Prozent. In diesen Ziffern drückt sich am deutlichsten die Tätigkeit des Ausschusses aus.

Das Vermögen des Provisionsinstituts beträgt

	1908	1910	+	-
	Kronen	Kronen	Kronen	Prozent
Wertpapiere	27,800.161/85	26,103.044/30	.	81
Realitäten	9,373.178/49	16,458.887/42	7,085.708/93	41,8
Sonstiges	471.894/50	805.675/07	333.780/57	.
Summe	29,645.235/84	43,457.606/79	6,808.371/95	.

Es resultiert also ein Vermögenszuwachs von mehr als 8 Prozent. Die Ausrede auf die Passivität des Fonds ist demnach vollkommen irrelevant.

Diesen kurzen, aber um so inhaltsreichen Bericht legen wir den Mitgliedern des Provisionsinstituts vor und sprechen die Überzeugung aus, daß alle — auch die Gegner unserer Organisation — wenn sie objektiv die Tätigkeit des Ausschusses und nicht minder der Organisation überprüften, zugeben werden, daß auf dem Gebiete der Altersversorgung bei den k. k. Staatsbahnen ein großer Fortschritt zu verzeichnen ist und daß durch diese Tätigkeit die Stellung des Eisenbahners im Falle der Arbeits- und Dienstunfähigkeit eine bedeutend bessere würde, als sie noch vor zirka zehn Jahren war. Diese Arbeit ist uns wahrlich nicht leicht gemacht worden, aber das Bewußtsein übernommener Pflicht, Energie, Ernst und Arbeitsfreudigkeit überwand alle Schwierigkeiten.

Nun sind aber noch wichtige Dinge durchzuführen, noch gibt es eine Menge Arbeit, die den Mitgliedern des Provisionsinstituts neue Vorteile bringen soll. Zu dieser Arbeit gehören wieder die obenangeführten Eigenschaften und vor allem eine mächtige, starke Organisation, die den gewählten Vertrauensmännern nicht nur mit Rat beisteht, sondern auch ihr Machtwort in die Waagschale legt und die Aktionen des Ausschusses unterstützt.

An den Eisenbahnern ist es nun, zu entscheiden, ob sie auf diese Unterstützung nicht verzichten wollen, ob sie in den neuen Ausschuss Männer entsenden wollen, die, freijeder parteipolitischen Rankune, nur an ihre Pflicht denken und nur die Interessen ihrer Wähler, ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, im Auge haben.

Aus dem Reichsrat.

Die sozialdemokratischen Anträge gegen die Teuerung.

In der am Donnerstag den 5. d. M. stattgefundenen ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Dr. Adler, Bernerstorfer und Seib einen Antrag betreffend Maßregeln zur Abwehr der Verteuerung der Wohnungen und der Lebensmittel eingebracht. Nach einer ausführlichen Begründung wurden folgende Forderungen gestellt:

I. Zur Abwehr der Wohnungsnot und Wohnungsteuerung wird die Regierung aufgefordert, dem Abgeordnetenhause folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

1. Den Entwurf eines Enteignungsgesetzes, durch welches die Gemeinden ermächtigt werden, den städtischen Grund und Boden aus Gründen des öffentlichen Wohls zu enteignen und ihn der gemeinnützigen Bautätigkeit zuzuführen.
2. Den Entwurf eines Gesetzes, durch das die Bestimmungen über die Hauszinssteuer, die Hausflaffensteuer und die 15prozentige Steuer vom Ertragnis hauszinsfreier Gebäude abgeändert werden:

- a) Gebäude, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gebaut werden, sind von allen Steuern frei;
- b) die Steuer der älteren Gebäude wird schrittweise herabgesetzt;

c) für Luxusbauten (Schlösser, Villen u. f. w.) wird eine besondere Luxussteuer eingeführt.

3. Den Entwurf einer Novelle zum Gebührengesetz, durch das die bisherigen Bestimmungen über die Liegenschaftsgebühren aufgehoben werden und an ihre Stelle eine Wertzuwachssteuer und eine Bauplatzabgabe von unbauten Baustellen gesetzt werde.

II. Zur Abwehr der Fleischsteuerung

wird die Regierung aufgefordert:

1. Ohne weitere Verhandlungen mit Ungarn jedes Ansuchen um Zulassung der Einfuhr des österreichischen Fleisches zuzubilligen und die Einfuhrbewilligung weder der Zeit noch der Menge nach zu begrenzen.

2. Verhandlungen mit Serbien über den Abschluß eines Handelsvertrages einzuleiten, und zwar in dem Sinne, daß gegen angemessene Zugeständnisse an die österreichische Industrie die Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch von Serbien ohne Beschränkung gestattet wird.

III. Zur Abwehr der Milchverteuerung

wird die Regierung aufgefordert:

1. Aus den Mitteln des Viehverwertungsfonds in der Nähe großer Städte und der großen Industriegebiete staatliche Milchwirtschaftsbetriebe zu errichten, die vom Staate selbst zu betreiben sind und die die Milch zum Selbstkostenpreise unter Ausschluß des Zwischenhandels an die Gemeinden und Konsumgenossenschaften abzugeben haben.

2. Für den Transport der Milch auf den Staatsbahnen ein niedriges einheitliches Milchporto festzusetzen und Kühlwagen für den Transport von Milch zu beschaffen und sie den Gemeinden und Konsumgenossenschaften zur Verfügung zu stellen.

IV. Zur Abwehr der Verteuerung des Getreides, des Mehlens, der Hülsenfrüchte und der Futtermittel

wird die Regierung aufgefordert, mit der ungarischen Regierung unermüdet Verhandlungen über die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte und Futtermittel einzuleiten.

V. Zur Abwehr der Verteuerung des Zuckers wird die Regierung aufgefordert, die Verordnung vom 20. April 1898, N. G. Bl. Nr. 59, betreffend den Verkehr mit Sacharin unermüdet aufzuheben und mit der ungarischen Regierung Verhandlungen über die Aufhebung der Verordnungen vom 20. April, N. G. Bl. Nr. 49, 50, über die Einfuhr von Sacharin vom Ausland einzuleiten.

VI. Zur Abwehr der Verteuerung der Kartoffeln und des Spiritus

wird die Regierung aufgefordert, dem Abgeordnetenhause unverzüglich einen Gesetzentwurf über die Abänderung der Bestimmungen über die Besteuerung des Branntweines vorzulegen, und zwar in dem Sinne, daß alle direkten und indirekten Prämien an die Spiritusbrennereien (Kontingentprämien, Erzeugung- und Ausfuhrbonifikationen) gänzlich abgeschafft werden.

VII. Zur Abwehr der Verteuerung des Petroleum

wird die Regierung aufgefordert, den Petroleumraffinerien und den Kohlenbergbauern alle zugewendeten staatlichen Begünstigungen zu entziehen, wenn sie nicht den Petroleumpreis sofort angemessen ermäßigen.

VIII. Zur Abwehr der Teuerung der Kohle

wird die Regierung aufgefordert, dem Abgeordnetenhause unverzüglich eine Novelle zum Berggesetz vorzulegen, welche die im Antrag Neumann, Seliger, Ragner, Gmgar und Genossen betreffend die Enteignung der Kohlenbergwerke (21. Session, Beilage 65) vorgeschlagenen Bestimmungen zu enthalten hat.

IX. Zur Abwehr des Preiswuchers der Kartelle überhaupt

wird die Regierung aufgefordert:

1. Dem Abgeordnetenhause tunlichst bald Bericht zu erstatten, ob und inwieweit sie die Vorbedingungen für die Monopolisierung zunächst des Großhandels mit Eisen, Zuder, Bier, Petroleum, Spiritus, Kohle, Seife und anderen durch die Kartelle verteuerten Waren, in weiterer Folge auch die Monopolisierung der Produktion dieser Waren für gegeben hält.

2. Dem Hause den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Kartellwesens vorzulegen, wobei die Regelung des Kartellwesens von der des Koalitionsrechtes der Arbeiter vollständig zu trennen ist. Die Geltung des Kartellgesetzes muß sich ebenso auf die industriellen wie auf die agrarischen Kartelle, insbesondere die Milchkartelle, erstrecken. Es muß einerseits die Selbstverwaltung ermächtigen, dem Preiswucher der Kartelle entgegenzuwirken, andererseits aber den Arbeitern der kartellierten Betriebe wirklichen Schutz gegen die Uebermacht des konzentrierten Kapitals gewähren.

3. Solange ein solches Kartellgesetz nicht besteht, dem Wucher der Kartelle durch Entziehung aller jener gewährleisteten Begünstigungen auf den Staatsbahnen und durch die strengste Handhabung aller gewerbe- und steuerrechtlichen Vorschriften in ähnlicher Weise entgegenzuwirken, wie die Regierung gegen die Petroleumraffinerien in Sziedich und Zimanowa vorgegangen ist.

X. Zur Abwehr des wucherischen Treibens des Zwischenhandels

wird die Regierung aufgefordert:

1. Dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Konsumgenossenschaften von der Erwerbsteuer vollständig befreit werden.

2. Dem Abgeordnetenhause den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes im Sinne der von der Zentrale der österreichischen Konsumvereine gestellten Forderungen vorzulegen.

3. Die politische Landesbehörde anzuweisen, sie möge überall für die zu den notwendigsten Bedürfnissen des täglichen Unterhaltes gehörenden Artikel, die im Kleinverkauf durch Preisstreiberieen verteuert werden, Maximaltarife nach § 51 der Gewerbeordnung festsetzen.

XI. Weg mit dem Zolltarif!

Die Regierung wird aufgefordert, bei den Vorarbeiten für den autonomen Zolltarif, der an die Stelle des jetzigen bis zum Jahre 1917 gültigen zu treten hat, die Abschaffung der Zölle auf Getreide, Futtermittel, Vieh, Fleisch, Eisen, Zuder und Kaffee und die Ermäßigung der Zölle auf die anderen durch die Kartelle verteuerten Waren in Aussicht zu nehmen.

Ferner wird beantragt, diese Anträge dem Teuerungsausschuss zuzuweisen mit dem Auftrag, daß er sie sofort in Verhandlung zu ziehen und über jeden einzelnen dieser Anträge sofort nach beendeter Vorbereitung, über alle aber spätestens innerhalb 14 Tagen Bericht zu erstatten habe.

Von der Südbahn.

Protokoll

über die am Donnerstag den 8. Juni 1911 in Wien stattgefundenen Beratung der Personalkommission, und zwar der Gruppe des Stationspersonals des Verkehrs und der Gruppe der Lohnerhaltung der Sektion für Diener, betreffend allgemeine Angelegenheiten der Bediensteten dieser Gruppen.

Anwesend: Vorsitzender Herr administrativer Direktor kaiserlicher Rat Dr. Gustav Fall, Stellvertreter Herr Maschinenbauingenieur Dr. ing. Karl Schütz; Sekretär Herr Direktionssekretär und Abteilungsleiter Dr. Morik Leonore Domeneo; von der Bauverwaltung Herr Abteilungsleiter Inspektor Ingenieur Franz Berger; von der Verkehrsverwaltung Herr Bureauvorstand Inspektor Franz Böllinger; von der administrativen Direktion Herr Bureauvorstand Bahnkommissar Dr. Albert Grabshaid.

I. Von der Gruppe des Stationspersonals des Verkehrs: A. Der ernannte Vorsitzmann: Johann Krysta, Blocksignalier in Wien (Südbahnhof); B. die gewählten Mitglieder: Josef Wagner, Wächter in Mähleinsdorf (V), Josef Osmeg, Portier in Bogen, Franz Wendl, Magazinassistent in Graz.

II. Von der Gruppe der Lohnerhaltung: A. das ernannte Mitglied: Josef Rainer, Wächter in Olag (E); B. die gewählten Mitglieder: Franz Herzog, Wächter in Inzersdorf (Galtstelle) (E), Franz Fasil, Wächter in Döblich (E), Josef Stöcklinger, Wächter in Klagenfurt (E); Schriftführer: Bahnkonzipist Dr. Emil Thurner, Beamtenaspirant Dr. Oskar Charlemont.

Nach Begrüßung der Personalkommission durch den Vorsitzenden stellt der Direktionssekretär die Präsenzliste fest und konstatiert die ordnungsmäßige Konstituierung der Personalkommission.

Zu Verifikatoren des Protokolls werden die Personalkommissionsmitglieder Krysta und Wagner gewählt.

Der Vorsitzende bemerkt, die Einberufung der Personalkommission sei gemäß den Statuten erfolgt. Eine Tagesordnung liege nicht vor. Er ersuche die Personalkommissionsmitglieder sich hierüber zu äußern.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt zunächst, daß die Einladung unklar stilisiert sei; es heißt dort: „Beratung betreffend allgemeine Angelegenheiten des Wächterpersonals“. Man wisse nun nicht, ob heute tatsächlich allgemeine Angelegenheiten bloß des Wächterpersonals oder solche aller Kategorien der hier vertretenen Gruppen behandelt werden sollen.

Der Direktionssekretär klärt auf, daß Angelegenheiten aller hier vertretenen Kategorien zur Sprache kommen sollen; es sei immer üblich gewesen, die wichtigste Kategorie herauszugreifen und in den Einladungen anzuführen. Im übrigen würden die Einladungen in Zukunft genauer gefaßt werden.

Personalkommissionsmitglied Herzog schlägt nunmehr folgende Tagesordnung vor: Die in dem von der Gewerkschaft am 9. Mai 1911 überreichten Memorandum enthaltenen Forderungen der Wächter seien der Reihe nach zu besprechen und im Anschluß hieran die einschlägigen Forderungen der übrigen Verwendungskategorien.

Da dieser Vorschlag allseitige Zustimmung findet, wird in die Beratung eingegangen:

Punkt 1.

Anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit der Wächter in die Pension oder mindestens Einreichung der vollen Pension nach 30 Dienstjahren.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, daß diese Forderung schon vor Jahren gestellt worden sei, insbesondere auch von den Wächtern. Bei der stets zunehmenden Verdichtung des Verkehrs steigen auch die an die Dienststellen gestellten Anforderungen fortwährend, so daß nur selten einer 35 Dienstjahre zurücklegen könne. Solange die anderthalbfache Anrechnung nicht bewilligt werden könne, müsse wenigstens die volle Pension nach 30 Dienstjahren gewährt werden. Im Pensionsausschuß seien schon dem Zugbegleitungspersonal bezüglich der anderthalbfachen Anrechnung gewisse Zusagen gemacht worden und die Wächter haben infolgedessen beschlossen, daß sie dasselbe bekommen müssen. Die Lokomotivführer hätten die anderthalbfache Anrechnung schon lange und auch die Zugbegleiter genießen eine höhere Anrechnung der Dienstzeit.

Personalkommissionsmitglied Wagner schlägt sich diesen Ausführungen bezüglich der Verächter, Oberverächter und Lampisten an.

Personalkommissionsmitglied Krysta bezüglich der Blocksignaldienstler und

Personalkommissionsmitglied Dsmeg bezüglich der Portiere.

Inspektor Berger fragt das Personalkommissionsmitglied Herzog, ob diese Forderung für alle Wächter gelten solle, da doch nicht alle einen gleich anstrengenden Dienst versehen. (Schrankenwächter, Streckenbegeher, Wächter im Rangdienst u. s. w.)

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, die Forderung sei vom gesamten Exekutivpersonal für das gesamte Exekutivpersonal gestellt worden, für das Rangpersonal sei sie nicht gestellt worden.

Punkt 2.

Gewährung der Nachtdienstzulage, per Nacht 1 Kr. an alle Wächter, welche Nachtdienst versehen.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, diese Forderung sei schon wiederholt erfolglos gestellt worden. Es sei ungerecht, daß das gesamte Personal, welches Nachtdienst macht, eine Nachtdienstzulage von 1 bis 2 Kr. beziehe, mit alleiniger Ausnahme der Wächter. Die Wächter hätten einen ebenso verantwortungsvollen und anstrengenden Dienst, wie andere Kategorien und die Lebensmittel seien für alle gleich teuer.

Der Vorsitzende fragt, ob die Wächter der f. f. Staatsbahnen eine Nachtdienstzulage haben.

Personalkommissionsmitglied Herzog verneint dies; nur die Kontrollwächter hätten diese Zulage.

Personalkommissionsmitglied Wagner verlangt die Nachtdienstzulage auch für die Weichenwächter. Bei den f. f. Staatsbahnen sei die Nachtdienstzulage seit 1. Jänner 1909 für sämtliche Kategorien eingeführt, mit Ausnahme der Wächter und Zugbegleiter.

Punkt 3.

Abkündigung des Frauendienstes. Auf Posten mit Schrankenendienst sollen sich nur Wächter gegenseitig ablösen. Wächter, die Schrankendienst versehen, sollen zum Streckenbegeherdienst nicht verwendet werden und umgekehrt. Allen Streckenbegehern und sonstigen Wächtern, welche einen 16/16- oder 18/18-stündigen Turnus haben, soll allmonatlich ein freier Tag, das heißt eine freie Tour gewährt werden. Solange der Frauendienst nicht ganz aufgehoben wird, sollen mindestens für Frauen 45 Kr. monatlich gezahlt werden. Für Streckenbegeher soll das Pauschale (nicht Zulage) auf 360 Kr. jährlich erhöht werden. Gewährung von jährlich 50 Kr. Stiefelpauschale an alle Streckenbegeher.

Nach Vertagung dieses Punktes verläßt Herr Direktor Hall die Sitzung; den Vorsitz übernimmt der inzwischen erschienen Herr Direktorstellvertreter Schöpf.

Personalkommissionsmitglied Herzog bespricht nun die einzelnen Petitionen. Die Forderung um Abkündigung des Frauendienstes werde seit langer Zeit gestellt und ihre Erfüllung wäre sowohl im Interesse des Personals als auch im Interesse des Betriebes. Eine große Anzahl von Frauen besuche heute den Schrankendienst bei Straßensüberquerungen mit starkem Verkehr. Auf solche Posten gehören keinesfalls Frauen. Die Frauen können den Schrankendienst nicht mit derselben Aufmerksamkeit versehen, wie ein Mann, da sie auch die Hauswirtschaft führen und die Kinder beaufsichtigen müssen.

Wächter, welche Schrankendienst versehen, sollen zum Streckenbegeherdienst nicht herangezogen werden und umgekehrt. Beide Dienste sollen getrennt werden, wie bei den f. f. Staatsbahnen. Dort habe der Wächter keine Strecke zu begeben und der Streckenbegeher, der dort „ambulanter Wächter“ heiße, habe keinen Schrankendienst. Der Streckenbegeher habe bei den f. f. Staatsbahnen täglich 3 bis 6 Kilometer zu begeben, und zwar dreimal innerhalb 16 Stunden, bei uns habe er 18 Kilometer einmal zu begeben. Bei uns habe er aber außerdem acht Stunden Schrankendienst, bei den f. f. Staatsbahnen nicht. Bei uns müsse er (bei manchen Sektionen wenigstens, insbesondere im Inspektorat Magensfurt) Bahnerhaltungsarbeiten verrichten; es heißt dann, er habe eine Referenzzeit, in der er Bahnerhaltungsarbeiten machen müsse.

Allen Streckenbegehern und sonstigen Wächtern, welche einen 16/16- oder 18/18-stündigen Turnus haben, solle allmonatlich ein freier Tag, das heißt eine freie Tour gewährt werden. Heute hätten diese Leute keinen freien Tag, sondern nur 16, beziehungsweise 18 Stunden frei. Die Zugbegleiter und Wächter von V dagegen könnten eine Tour dienstfrei nehmen, wenn es der Dienst zulasse. Bei den Bahnerhaltungssektionen gebe es das nicht, wer dort frei haben will, muß Urlaub nehmen. Es habe einmal geheißen, daß kurze Urlaube gewährt werden können, die nicht in das gebührende Urlaubsausmaß eingerechnet werden sollen. Im Bereich der Baudirektion sei dies bisher nicht durchgeführt worden, die Baudirektion möge diesbezügliche Weisungen hinausgehen lassen.

Solange der Frauendienst nicht ganz aufgehoben sei oder die Frauen gleich den Männern angestellt wurden, sollen mindestens 45 Kr. jeder Frau bezahlt werden. Das sei ohnedies sehr wenig für eine Frau, die Tag für Tag 12 Stunden Dienst machen müsse. Gegenwärtig seien die Frauen mit Block- und Schrankenbedienung schlechter daran, als die Frauen mit bloßem Schrankendienst.

Die gegenwärtige Streckenbegeherzulage von 120 Kr. solle in ein Pauschale umgewandelt und auf 360 Kr. erhöht werden. Schon im Oktober 1910 sei eine Erhöhung dieses Pauschales zugesagt worden. Den Beamten und Unterbeamten, die ein Reisepauschale haben, belasse man es bei Urlaub oder Erkrankung durch zwei Monate, dem Streckenbegeher dagegen

werde keine Zulage schon entzogen, wenn er einmal eine Tour nicht mache.

Den Streckenbegehern solle ein Stiefelpauschale von jährlich 50 Kr. gewährt werden, weil sie sehr viel auf sehr schlechten Wegen (Schotter u. s. w.) zu gehen haben. Die Wasserleitungsaufsicher der Kommune Wien haben auch ein Stiefelpauschale.

Personalkommissionsmitglied Stöcklinger erklärt, die Schrankenwächterinnen hätten mit 1. April 1910 eine Erhöhung der Schrankenendienstzulage um 5 Kr. erhalten; die Zugsmeldewächterinnen nicht, sondern nur jene Zugsmeldewächterinnen, die auch Schrankenbedienung haben, haben die Hälfte dieses Betrages erhalten. Wenn die Zugsmeldewächterinnen schon nicht mehr bekommen wie die Schrankenwächterinnen, sollen sie doch dasselbe wie diese erhalten.

Inspektor Berger erklärt, die vom Personalkommissionsmitglied Herzog vorgebrachten Beschwerden rührten hauptsächlich von der durch die neue Dienstverteilung eingetretenen Mehrbelastung der Wächter her. Diese Mehrbelastung war aber unvermeidlich, um den Wächtern die verminderte Dienstzeit und erhöhte Ruhezeit gewähren zu können. Die Baudirektion hätte gegen die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche nichts einzuwenden, weil bei geringerer dienstlicher Inanspruchnahme die Aufmerksamkeit des Personals erhöht würde. Bei den f. f. Staatsbahnen hätte tatsächlich jeder Wächter nur bis zu 6 Kilometern Strecke zu begeben. Nebrigens werde man die bei Erfüllung aller Wünsche der Wächter erwachsenden Mehrkosten berechnen. Die Abschaffung des Frauendienstes würde vielleicht bei manchen Wächtern Widerspruch erregen, denen dadurch ein Verdienst entgehen würde. Die Baudirektion sei bemüht, die Verwendung von Frauen auf Posten mit starkem Verkehr zu vermeiden. Er ersuche um Bekanntheit von Posten mit starkem Verkehr, wo gegenwärtig Frauen verwendet werden, um dort Abhilfe treffen zu können. Am ehesten ließe sich ein freier Tag gewähren. Gesehlich sei jedoch die Vermeidung hierzu nicht verpflichtet, sondern nur zur Freigabe von einmal 16 Stunden und das treffe beim 16/16-stündigen Turnus zu.

Die Umwandlung der Streckenbegeherzulage in ein Pauschale werde der Herr Sektionschef vielleicht zusehen. Eine Stiefelpauschale hätten auch die Bahnmeister nicht. Die erste Zulage, welche die Bahnmeister im Jahre 1893 oder 1894 bekommen hätten, habe zwar so geheißen, sie sei aber schon längst in das Streckenpauschale übergegangen.

Das Personalkommissionsmitglied Herzog schein in einem gewissen Irrtum befangen zu sein, er (Inspektor Berger) habe nur die vorgebrachten Wünsche anzuhören, gegebenenfalls sofort Aufforderungen zu erteilen und im übrigen dem Baudirektor Bericht zu erstatten. Zu einer bindenden Zusage sei er nicht berechtigt; ob die amwesenden Vertreter der administrativen Direktion hierzu berechtigt seien, wisse er nicht.

Hierauf bemerkt der Direktionssekretär, daß auch er zur Erteilung von Zusagen nicht ermächtigt sei.

Personalkommissionsmitglied Herzog erwidert hierauf, die Personalkommissionsmitglieder hätten gedacht, daß sie sofort hören würden, was dem Personal gewährt werden könne, sowie es Ende Oktober 1910 der Fall war. Sie hätten ihre Mandanten auf die Personalkommissionssitzung vertrieben und nun müssen sie wieder nach Hause gehen ohne zu wissen, was bewilligt werde.

Der Sektionschef habe zugesagt, daß die Aufbesserung der Streckenbegeherzulage nicht der „letzte Schritt“ sei, sondern nur „momentan“ sei es der letzte Schritt, habe er gesagt.

Die Gewährung eines freien Tages sei wünschenswert, wenn auch hierzu keine gesetzliche Verpflichtung bestehe, denn wann solle das Personal eigentlich fortgehen? Kollege Stöcklinger habe seinerzeit darauf hingewiesen, daß die Leute nicht einmal einfachen gehen können, ohne es dem Vorgesetzten zu melden, der oft nicht da sei. Das übrige Personal habe einen bis zwei freie Tage und dazwischen auch freie Turnusse, auch das Wächterpersonal solle das bekommen. Er bemerke übrigens ausdrücklich, daß die Wächter nicht einen freien Tag, sondern eine freie Dienstreise haben wollen.

Auf die Streckeneinteilung nehmen die Wächter keinen Einfluß, das solle die Verwaltung einteilen, wie sie wolle.

Redner fragt an, warum die erwähnten Berechnungen nicht schon lange gemacht worden seien.

Inspektor Berger erwidert, sie seien schon gemacht, er müsse sie nur neu zusammenstellen.

Personalkommissionsmitglied Herzog meint dann, die Personalkommissionsmitglieder seien nicht nur Vertrauensmänner des Personals, sondern sie wollen auch als solche von der Verwaltung aufgefaßt werden. Sie seien es, welche die zahlreicheren ihnen vom Personal vorgebrachten Wünsche erst sichten und ordnen müßten, um sie dann der Verwaltung vorlegen zu können.

Inspektor Berger verwahrt sich dagegen, daß alles, was er sage, umgedreht werde; er habe mit keinem Worte von einer Erhöhung der Streckenbegeherzulage gesprochen, sondern nur von der Umänderung des Titels „Zulage“ in „Pauschale“, wobei sich dann ein Modus finden ließe, daß dasselbe nicht gleich bei der Erkrankung eingestellt werde.

Anlangend den Vorwurf des Personalkommissionsmitgliedes Herzog wegen der Berechnungen bemerkt Redner, daß die Berechnungen schon mehrmals gemacht und darüber berichtet wurde, daß jedoch bisher die ungenügende finanzielle Lage der Gesellschaft die Erfüllung der gegenständlichen Forderungen nicht zu gelassen habe. Er werde diese Forderungen neuerdings vorbringen; ob sie jetzt bewilligt werden würden, wisse er nicht.

Direktor Dr. ing. Schöpf erklärt, die Personalkommission sei als ein Forum gedacht, welches die Wünsche des Personals entgegennimmt und nach Möglichkeit der Erfüllung zuführt. Die vorgebrachten Ansuchen könnten nicht sofort erledigt werden, man müsse sie erst studieren und an maßgebender Stelle vorbringen.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, er sehe ein, daß nicht alles von heute auf morgen gemacht werden könne, aber die meisten Punkte seien Urgegnen von Forderungen, die schon lange aufgestellt wurden.

Die Wächter fühlen sich besonders stark benachteiligt gegenüber anderen Kategorien. Sie bekommen eine Zulage überhaupt nicht (wie beispielsweise die Nachtdienstzulage) oder nur in ganz bescheidenem Ausmaß. Bei gutem Willen wäre schon einiges durchzuführen.

Personalkommissionsmitglied Wagner wünscht die Gewährung eines freien Tages auch für die Weichenwächter. Inspektor Böllricher nimmt dies zur Kenntnis.

Punkt 4.

Für Schrankenwächterinnen allmonatlich zwei freie Tage und jährlich zehn Tage Urlaub.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, daß die Wagenunternehmer und verschiedene andere Gruppen, die nur Tagdienst machen, mindestens zwei Tage monatlich frei haben, die Wächterinnen aber nur einen Tag. Sie und da wolle doch auch der Wächter mit seiner Frau zugleich fortgehen; das wäre nur möglich, wenn beide zugleich frei sind oder die Wächterin für den Kirchgang vier Stunden frei habe. Heute müsse der Wächter während dieser vier Stunden Dienst machen, vielleicht gegen die Absicht der Baudirektion. Auf manchen Strecken sei dies nur eine Folge des Umstandes, daß man keinen Substituten habe und solche von anderen Sektionen nicht heranziehen wolle. Man habe gesagt: Damit die Wächterin vier Stunden fortgehen kann, solle der Wächter den Dienst machen, dafür brauche er um vier Stunden weniger Bahnerhaltungsarbeiten

machen. Bei den Bahnerhaltungssektionen werde das aber teilsweise so aufgefaßt, daß der Wächter diese vier Stunden Dienst machen müsse, auch wenn ein Substitut da sei. Eine diesbezügliche Weisung der Baudirektion würde dem wohl abhelfen. Die Wächter sehen ja ein, daß sie den Dienst machen müssen, wenn keine Substituten da sind.

Inspektor Berger erwidert, es sei nicht beabsichtigt und auch nicht möglich, daß die Baudirektion diese internen Sachen regelt, er werde sich aber für die Sache interessieren.

Punkt 5.

Gerausgabe der Verfügung, daß der Standpunkt des Wächters auf allen Schrankenposten bei der Dienststunde sein soll.

Personalkommissionsmitglied Herzog erklärt, der Wächter solle auf der Seite den Schranken zu bedienen haben, wo seine Güte stehe, sonst könne er leicht überfahren werden, wie es schon einmal vorgekommen sei. Den Wächtern sei einmal vom Bahnmeister ein Zirkular vorgelesen worden, demzufolge sie nicht auf die andere Seite hinübergehen dürften, die Leute haben das befolgt und wurden dann deshalb von der Sektionsleitung bestraft. Entweder habe also der Bahnmeister das Zirkular nicht verstanden oder die Sektion. Man solle die Leute nicht strafen, wenn sie dem Befehl des Bahnmeisters Folge leisten.

(Fortsetzung folgt).

Defrestempelgebühren.

Auf die vielen Anfragen, betreffend die Bemessung der Defrestempelgebühren teilen wir an dieser Stelle mit, daß für dieselbe der Defrestempel nach Tarifpost 40 a zum Gebührengesetz stets alle mit der Bedienung verbundenen Jahreszeugnisse, ausgenommen Reisezulage, Vergütung, Reinigungszulage, Affordzulage, Nachtzulage, Karst- und Hafenzulage u. c., in Betracht gezogen werden. Wächterhauszulage wird verbührt. Gleichzeitig ist zu bemerken, daß bei Dienern, deren Jahresbezüge 1200 Kr. nicht erreichen, der Stempel nach Skala II, dagegen bei allen Bediensteten, die 1200 Kr. oder mehr beziehen, der Stempel nach Skala III berechnet wird.

Im Nachstehenden folgen zur Aufklärung einige Beispiele:

Ein Bediensteter war zum Beispiel auf der Rottenborferlinie stationiert und ist am 1. Oktober 1907 in den Gehalt von 1000 Kr. und der Quartiergeldzulage von 72 „

Zusammen . . . 1072 Kr.

reguliert worden. Im Jahre 1909 ist derselbe nach Wiener-Neustadt versetzt worden. Im Juli 1910 in den Gehalt von 1100 „ und in das Quartiergeld von 368 „

Zusammen . . . 1468 Kr.

borgerückt. Hiervon ab der im Oktober 1907 verbührt Betrag per 1072 „

ergibt daher eine Differenz von 396 Kr. Diese Differenzgebühr, dreimal nach Skala III genommen, resultiert den Stempelbetrag von Kr. 750.

Ein Bediensteter auf der Strecke Wien ist am 1. Oktober 1907 in den Gehalt von 1000 Kr. Quartiergeldzulage 96 „ und einer Zulage . . . 96 „

Zusammen . . . 1192 Kr.

reguliert worden. Am 1. Juli 1910 ist derselbe anlässlich seiner Versetzung auf die Strecke Wiener-Neustadt in den Gehalt von 1100 „ in das Quartiergeld von 460 „ und einer Zulage von 72 „

Zusammen . . . 1632 Kr.

borgerückt. Wird hiervon der bereits per 1. Oktober 1907 verbührt Stempelbetrag von 1192 „

in Abzug gebracht, ergibt sich eine Differenz von 440 Kr. Diese Differenz, nach Skala III berechnet, resultiert den Stempel von 10 Kr.

Ein anderer Bediensteter dagegen ist im Juli 1907 in den Gehalt von 1000 Kr. Quartiergeld von 288 „ und einer Zulage von 60 „

Zusammen . . . 1348 Kr.

borgerückt. Derselbe ist am 1. Juli 1910 in den Gehalt von 1100 „ in das Quartiergeld von 288 „ und einer Zulage von 60 „

Zusammen . . . 1448 Kr.

befördert worden. Zieht man den bereits verbührteten Betrag per 1. Juli 1907 von 1348 „

ab, so ergibt sich eine Differenz per 100 Kr.

Diesen Betrag, dreimal nach Skala III berechnet, resultiert den bemessenen Stempel von Kr. 185.

Ein Bediensteter war zum Beispiel zur Zeit der Regulierung am 1. Oktober 1907 in der Strecke Wien stationiert. Er bezog damals einen Gehalt von 1000 Kr. und ein Quartiergeld von 288 „

Zusammen . . . 1288 Kr.

Am 1. Juli 1910 ist derselbe in den Gehalt von 1100 „ dem Quartiergeld von 368 „ und der Personalzulage von 120 „

Zusammen . . . 1588 Kr.

borgerückt. Zieht man hiervon den bereits verbührteten obigen Betrag von 1288 „

ab, so ergibt sich eine Differenz von 300 Kr.

Nach Skala III berechnet, resultiert den Stempel von Kr. 750.

Es war zum Beispiel ein Bediensteter am 1. Jänner 1907 in den Gehalt von 1000 Kr. dem Quartiergeld von 262 „ und einer Zulage von 60 „

Zusammen . . . 1312 Kr.

borgerückt. Derselbe ist aber in eine andere Station versetzt worden, wo ein höheres Quartiergeld normiert ist und die Zulage eingestellt wurde.

Die Vorrückung erfolgte am 1. Juli 1910 in den Gehalt von 1100 „ und dem Quartiergeld von 322 „

Zusammen . . . 1422 Kr.

ab der bereits verbührteten Betrag vom 1. Jänner 1907 mit 1312 „

ergibt sich eine Differenz von 110 Kr.

Nach Skala III resultiert den Stempel von Nr. 250. Ein Bediensteter hat zum Beispiel einen Gehalt von 800 Kr. eine Quartiergeldzulage von 72 „ und eine Frauenzulage von 120 „

Zusammen	992 Kr.
bezogen. Vorgerückt ist derselbe in den Gehalt von	900 „
in die Quartiergeldzulage von	72 „
und Frauenzulage von	120 „
Zusammen	1092 Kr.
Hiervon ab der bereits vergebüßte Betrag von	992 „
ergibt eine Differenz von	100 Kr.
Dreimal nach Skala II berechnet, resultiert einen Stempel von Nr. 126.	
Ein anderer Bediensteter, der zum Beispiel einen Gehalt von 900 Kr. und eine Quartiergeldzulage von 72 „	
Zusammen	972 Kr.
hatte, ist vorgerückt und erhielt den Gehalt von 1000 „	
und eine Quartiergeldzulage von 72 „	
eine Zulage von 60 „	
Zusammen	1132 Kr.
Zieht man den bereits obig vergebüßten Betrag von 972 „	
ab, so ergibt sich eine Differenz von 160 Kr.	
Dreimal nach Skala II berechnet, resultiert den Stempel von 64 S.	

Ein Bediensteter hat zum Beispiel an Gesamtbezügen 1408 Kr. gehabt. Er ist vorgerückt und bezog in summa 1988 Kr. Da er für den Höchstbetrag von 1408 Kr. den Stempel bereits gezahlt hat, so wird ihm in diesem Fall kein Abzug gemacht.

Ein anderer Bediensteter dagegen hat bei seinen früheren Vorrückungen an Gesamtgebühren zusammen 1260 Kr. bezogen. Durch eine weitere Vorrückung haben sich seine Bezüge derart gestellt, daß er dieselben Gebühren von 1260 Kr. erhielt. Für eine solche Vorrückung muß der Stempel von 1 Kr. in Abzug gebracht werden. Für definitivbestätigungen wird kein Stempel eingehoben.

Stempel nach Skala II

von	bis	Gebühr
—	13.32	—14
13.34	26.66	—26
26.68	40—	—38
40.02	66.66	—64
66.68	133.32	1.26
133.34	200—	1.88
200.02	266.66	2.50
266.68	533.32	5—
533.34	800—	7.50
800.02	1066.66	10—
1066.68	1333.32	12.10

Stempel nach Skala III

von	bis	Gebühr
—	6.60	—14
6.68	13.32	—26
13.34	20—	—38
20.02	33.32	—64
33.34	66.66	1.26
66.68	100—	1.88
100.02	133.32	2.50
133.34	266.66	5—
266.68	400—	7.50
400.02	533.32	10—
533.34	666.66	12.50
666.68	800—	15—
800.01	1066.66	20—
1066.68	1333.32	25—
1333.34	1600—	30—
1600.02	1866.66	35—
1866.68	2133.32	40—
2133.34	2400—	45—
2400.01	2666.66	50—

Inland.

Deutschradikale Verkommenheit. Die deutschradikale Partei hat für die Verhinderung der Einfuhr billiger Lebensmittel, für den schändlichen Zolltarif, für die elenden Handelsverträge, für die unerhörten Verzehrungssteuern gestimmt, die die Lebensmittel enorm verteuern. Noch im Juli dieses Jahres haben in der Frage der Neueinfuhr deutschradikale Abgeordnete dafür gestimmt, daß Oesterreich auf die Gnade Ungarns angewiesen werde, sie haben die Interessen der österreichischen Konsumenten schmähvoll an die habgierigen ungarischen Magnaten verraten. Die Deutschradikalen sind also in vollem Maße mitschuldig an der furchtbaren Teuerung, die das Volk zur Verzweiflung treibt, sie tragen mit die volle Wucht der Verantwortung, wenn heute der Hunger in den Gedärmen der Arbeiter wühlt.

Das führende Organ der Deutschradikalen aber, die vom Zuckerartell bestochene „Ostdeutsche Rundschau“, erklärt am 19. September 1911, daß die Arbeiter „durch ihre fortgesetzten Lohnbewegungen die Hauptschuld an den anhaltenden Preissteigerungen aller Bedarfsartikel und Lebensmittel“ tragen!

Die vom Kartell bestochenen Schandbuben wagen es also, dem arbeitenden Volke, das durch ihre Schuld darbt und hungert, die Verantwortung für die von ihnen selbst begangenen Verbrechen aufzubürden!

Aber noch mehr! Da die Empörung des ausgewucherten Volkes überschäumt, als es in Wien zu wilden Butausbrüchen des durch die Mitschuld der Deutschradikalen gepeinigten Volkes kommt, beschimpft die „Ostdeutsche Rundschau“ die sozialdemokratischen Arbeiter in der infamsten, unerhörtesten Weise. Die Teilnehmer an der Wiener Demonstration vom 17. September werden in der Nummer des Blattes vom 19. September als „sozialdemokratische Plattenbrüder“, „aufgehete, betrunkene rote Horden“, „Banditen“, „rote Räuberhorden“, „roter Böbel“ und so fort bezeichnet. Das Blatt klagt auch darüber, daß der Kampf des Militärs „zu spät“ gegen die Demonstranten aufgenommen wurde, daß die „unglaublichste Rücksichtnahme“ auf die Genossen geübt worden sei. Die „Ostdeutsche Rundschau“ verlangt „unnachsichtige Schärfe“, sie wundert sich, daß „bloß ein Toter“ am Plage blieb: 1 Toter, 90 Verletzte, 263 Ver-

haffte sind dem führenden Blatte der deutschradikalen Partei zu wenig Opfer....

Arbeiter! Merkt euch den Schimpf! Vergesst nicht den Hohn! Gedenket immer und immer wieder des blutigeren Appells, des Rufes nach Flintenschüssen und Bajonettstichen! Vergesst es nicht, wie die Deutschradikalen den Verzweiflungsschrei des ausgewucherten Volkes beantworteten.

„Wir wollen auch einmal einen Schab machen.“ Die großen Wolkereien in Wien haben vom 1. Oktober angefangen den Milchpreis um 2 S. für den Liter, von 28 auf 30 S., erhöht. Die enorme Preissteigerung erhellt aus der Tatsache, daß Wien gegenwärtig rund 900.000 Liter Milch täglich konsumiert, daß also der Wiener Bevölkerung aus dieser Preiserhöhung eine Mehrbelastung von etwa 650.000 Kr. jährlich erwächst. Zum viertenmal in elf Jahren vollzieht sich diese Erhöhung des Milchpreises um jedesmal 2 S.! Den Grund der neuerlichen Milchpreissteigerung in Wien hat ein christlichsozialer Landtagsabgeordneter jetzt im niederösterreichischen Landtag verlesen. Er sagte: „Wir wollen auch einmal einen Schab machen.“

Neue Lokal- und Kleinbahnen. Wie das „Eisenbahnblatt“ mitteilt, läßt sich für die nächste Zeit der Einleitung von Konzessionsverhandlungen für mehrere geplante Lokal- und Kleinbahnen entgegensehen. So hinsichtlich Verlängerung der bestehenden Kleinbahn Ring-Ebelsberg von Ebelsberg nach St. Florian, da die amtliche Entscheidung über die Traun-Reichsbrücke schon erlassen ist. Ferner hinsichtlich einer schmalspurigen (1 Meter Spurweite), elektrisch zu betreibenden Lokalbahn von Völkmarkt nach Attersee am Attersee, für welche die Gemeinde St. Georgen um die Konzessionserteilung eingeschritten ist. Endlich betrifft der sogenannten Günschna-Drahtseilbahn bei Gries. Der Konzessionserteilung für die Verlängerung der Ausflieger Straßenbahnen von Badau nach Zellnitz sowie für eine von der Pension Germania nach Gries herzustellende Drahtseilbahn wird für die nächste Zeit entgegengesehen.

Eine schallende Ohrfeige für Gautsch bedeutet die Nachwahl in Ottakring. Der sozialdemokratische Kandidat bekam 9893 Stimmen, also um 326 Stimmen mehr als Schuhmeier bei der Hauptwahl bekommen hatte — die Christlichsozialen dagegen verloren 867 Stimmen! Es wäre schon ein glänzender Erfolg gewesen, wenn wir unsere Hauptwahlstimmen behauptet hätten. Bei Nachwahlen ist ja die Wahlbeteiligung gewöhnlich schwächer als bei den allgemeinen, und auch in Ottakring wählten vorgestern um 442 Wähler weniger als am 13. Juni. Und dennoch ein Stimmengewinn! Das ist ein vernichtendes Urteil der Wählerschaft über die von Gautsch verschuldeten Vorgänge vom 17. September.

Verlogene Zeitungsnachrichten. Die Bewegung der Eisenbahnbediensteten muß dazu herhalten, den nationalen Eisenbahnervereinen und dem christlichsozialen Verkehrsband ihr Ansehen aufzuküßeln, und zu diesem Zwecke lancieren diese Vereine diverse Nachrichten in die bürgerlichen Blätter. Diese Nachrichten werden von der bürgerlichen Presse in vielen Fällen ohne Ueberprüfung aufgenommen und so wird versucht, nach außen hin den Anschein zu erwecken, es stünde das Gros der Eisenbahnerschaft im nationalen oder christlichsozialen Lager. Eine der verlogenen Nachrichten ist die in der „Nei s p o s t“ erschienene Mitteilung aus Salzburg folgenden Inhaltes:

„Die christlichsoziale Eisenbahnerorganisation hat einen neuen kräftigen Stützpunkt erfahren, indem sie, wie uns aus Salzburg berichtet wird, in einer Versammlung im dortigen Hotel „Weiserhof“ an Stelle der bisherigen Zahlstelle eine probitorische Ortsgruppe mit nahezu 200 Mitgliedern gründete. In dieser Versammlung, die unter dem Vorsitz des Oberkonduktors Riesinger tagte, waren Abordnungen der Zahlstellen Felling und Gingl erschienen, welche letztere in nächster Zeit ebenfalls in eine Ortsgruppe umgewandelt werden wird u. s. w.“

In Wirklichkeit ist der Verkehrsband in Salzburg ganz heruntergekommen, so daß er dort kaum mehr vegetiert. In obige Mitgliederzahl, bei deren Anführung aber außerdem noch stark aufgeschritten ist, sind die Mitglieder aller Zahlstellen des Verkehrsbundes bis Bischofshofen, auch Felling und Gingl, mitgerechnet. Es sind die Absichten des Verkehrsbundes sehr durchsichtig, wenn er immer mit seiner bescheidenen Organisationsfähigkeit in der Dessenlichkeit großes Aufsehen machen will. Ebensovienig als er aber nach oben hin, wo man über die Stärke der einzelnen Organisationen sehr genau informiert ist, mit seinen Albernheiten Eindruck zu machen imstande ist, ebensovienig vermag er heute mehr mit diesen den Eisenbahnern etwas vorzumachen, und die Grobthueri des Verkehrsbundes belustigt nachgerade mehr, als sie anseht.

Gerechtliche Nachspiele zum Wiener Blutsonntag. Die Wiener Gerichte, welche bereits über eine ganze Reihe am blutigen Sonntag verhafteter Demonstranten urteilten, scheinen Exempel statuieren zu wollen. Die verhängten Strafen sind einfach beispiellos: Wegen Verschlagens einer Gaslaterne, einer Missetat, die einem alkoholisierten Bourgeoisöhnlein oder einem noblen Stromer, die in den feinen Bezirken Wiens oft den größten Unfug treiben, vielleicht einige Kronen Geldstrafe einträgt, wurden Arbeiter zu einem Jahr Kerker verurteilt. Weder Jugend noch Unbescholtenheit lassen die Richter als mildernd gelten. Die furchtbare Erregung, in welcher sich begreiflicherweise alle Demonstranten befanden, wird durchwegs als erschwernend zur Strafbemessung gerechnet. Am Samstag wurden beispielsweise vor dem Wiener Landesgericht 23 Angeklagte zusammen zu 126 Monaten 24 Tagen Kerker verurteilt. Ein 16jähriger Junge bekam wegen eines Steinwurfes zwei Jahre Kerker. Fünf Angeklagte wurden wegen Steinwürfe zu je einem Jahre schweren Kerkers verurteilt. Ein Angeklagter bekam wegen des Rufes: „Hoch die Anarchie!“, den er ausstieß, obwohl er selbst kein Anarchist ist, sondern diesen Ruf nur von seinem Nebenmann hörte und in ihn einstimmt, drei Monate schweren Kerkers. Ein anderer Angeklagter hat, wie er angibt, bei der Attacke der berittenen Polizei gegen ein Pferd, welches ihm ganz nahe kam, den Stoß zur Abwehr erhoben.

Wegen dieses Vergehens bekam er ein Jahr Kerker. Ein anderer Arbeiter hat drohend die Hand gegen einen Wachmann erhoben — 4 Monate Kerker.

Ueber diese Justiz, die schärfer wütet als in der Zeit des Ausnahmezustandes, wird nicht viel zu reden sein. Besonders ein Vergleich, wie man im Gegensatz zu den drakonischen Urteilen gegen die Wiener Demonstranten mit nationalitätlichen Krawallmachern verfahren ist, wird die österreichische Gerechtigkeit aufzeigen.

Die Hungerpreissteigerung wird fortgesetzt. In dem großen Raubzug gegen die Konsumenten sind nun auch die Zuckerbücherei wieder lebendig geworden. Das Zuckerkartellbureau hat nämlich beschloffen, den Zuckerpriß von 91 auf 97 Kr. für 100 Kilogramm zu erhöhen. Der Preis ist im Großverkauf ab Bahn zu bezahlen. Die Zwischenhändler werden nun den Preis noch mehr erhöhen, so daß man nicht einmal mehr um 1 Kr. ein Kilogramm Zucker bekommen wird. Der neue Kartellpreis galt nur bis 25. September 1911. Von da ab begann der neue Raubzug. Ein gewöhnlicher Straßenräuber ist ein Ehrenmann gegen diese Kartellisten, die im Ueberfluß leben und kaltblütig dem hungernden Volk den letzten Kreuzer aus der Tasche stehlen. Zu Beginn der Kampagne 1910, also vor etwa einem Jahre, betrug der Zuckerpriß Kr. 71.25, jetzt ist er auf die Höhe von 97 Kr. emporgeschneilt. Den Vorwand für diese Auswucherung liefert die andauernde Trockenheit. Die Herren Kartellisten können jetzt das Volk auch schröpfen, wie sie wollen. Durch den Einschluß der Rohzuckerfabriken in das Kartell haben sie die bisher abseits gestandenen Raffineure zum Beitritt gezwungen — denn diese erhielten jetzt keinen Rohzucker mehr — und sind nun Herren der Situation.

Neben dem Zucker sind auch die anderen wichtigsten Nahrungsmittel horrend im Preise gestiegen. Wehl, das voriges Jahr in Budapest Kr. 32.40 notierte, kostet heute 36 Kr. Petroleum, das 1910 ab Wien mit Kr. 25.25 bezahlt wurde, kostet heute Kr. 36.50. An der Verteuerung des Petroleum hat auch die Regierung Wienerth ein Verdienst. Durch ihr Eingreifen ist die ausländische Konkurrenz ausgeschaltet worden und der österreichische Petroleumblock, meist galizische Millionäre, bestimmen willkürlich den Preis dieses für die Arbeiterfamilien so wichtigen Verbrauchsartikels. Eine bedeutende Preissteigerung hat auch der Kaffee in den letzten Monaten erfahren. Im vorigen Jahre notierte Santos 120 Kr. ab Trieste, in diesem Jahre 165 Kr. Dazu kommt der Zoll von 96 Kr. Auch hier ist durch künstliche Einwirkung die Preissteigerung herbeigeführt worden. Die brasilianische Regierung kauft die ganze Kaffee-Ernte im Reiche auf und läßt nur zeitweise bestimmte Quanten davon auf den Markt kommen. Auf diese Weise wird der Preis des Kaffees, obwohl die Ernte eine reiche ist, in die Höhe getrieben. Das Geld hierzu haben der brasilianischen Regierung europäische Banken geborgt! So reicht sich das internationale großkapitalistische Raubgesindel die Hände selbst über die Ozeane hinweg. Auch die Kartoffeln sind in den letzten Wochen im Preise gestiegen, seit drei Jahren steigt der Preis von Reis, der ein ungemein wichtiges Volksnahrungsmittel ist, jedes Jahr um 2 Kr. per Meterzentner. Für Butter wurde im vorigen Jahre noch ein Preis von Kr. 3.20 notiert, heute zahlen wir Kr. 3.56. Auch die so unentbehrlichen Süßfrüchte sind immens teuer geworden. So kosteten Linsen im vorigen Jahre 31 Kr., gegenwärtig kosten sie 60 Kr., Erbsen im vorigen Jahre 30 Kr., jetzt 36 Kr., Mohr kostete 76 Kr., und in diesem Jahre wird er mit 112 Kr. notiert. Kraut wurde voriges Jahr mit 10 Kr. gekauft, jetzt kostet es 18 Kr., Frühkraut gar 30 Kr. Ebenso ist es mit Obst und anderen Früchten. Und sollen wir erst noch auf die allgemeine Milchpreiserhöhung und Bierverteuerung verweisen?

Es ist kein Zweifel: diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Und schon regen sich die Kräfte, die das Ende vorbereiten werden. In Frankreich, Belgien, Deutschland, auch in Oesterreich, kommt die Bewegung in Fluß, die aufräumen muß und wird mit jener großagrarischen Wucherpolitik, die das Volk in Not und Elend stürzt und das Land dem finanziellen Ruin entgegenführt.

Ausland.

Der 22. Kongreß der französischen Eisenbahner.

Vom 2. bis 5. August l. J. fand im Saale des Pariser Konsumvereins „Vellelilloise“ der 22. Kongreß der französischen Eisenbahner statt. Es kamen 119 Delegierte zusammen, die 139 Sektionen vertraten. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Bericht des Streikkomitees und die Reorganisation der Landesyndikate. Der Verwaltungsrat hatte über ein Jahr außerordentlicher Tätigkeit zu berichten. Wegen einer Resolution, die sich mit zwei Akten von Sabotage beschäftigte, kam es auf dem Kongreß zu heftigen Zusammenstößen zwischen den revolutionären und den reformistischen Eisenbahnervertretern. Die Resolution lautete: „Die Delegierten des Nationalkongresses protestieren gegen die von der Regierung eingeleiteten Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Syndikats, um die Täter der Akte von Varentin und Pont-de-l'Arche zu suchen. Sie verwerfen diese verbrecherischen Akte, die nur die Wiedereinstellung der gemäßigten Eisenbahner verzögern. Der Kongreß protestiert mit aller Energie gegen die bei dem Sekretär von der Rouen-Staatsbahn gemachte Hausdurchsuchung von der Polizei, die immer die Frauen und Kinder bei Abwesenheit der Männer durch ihre Drohungen zu erschrecken versucht. Der Kongreß betrachtet die Konfiskation der Korrespondenz zwischen dem Sekretär der Sektion Rouen-Staatsbahn und dem Verwaltungsrat des Landesyndikats als eine gegen das Syndikatsgesetz von 1884 verstoßende Handlung.“ Es handelte sich hierbei um folgende Fälle: Bei Pont de l'Arche wurden die Bolzen der Schienen losgeschraubt. Ein zu erwartendes schreckliches Eisenbahnunglück des Schnellzugs Paris-Sabre wurde nur durch einen Zufall verhindert. Im Falle von Varentin handelte es sich nachgewiesenermaßen um einen Arbeiter, der selbst die rote Signalscheibe entfernte, um

Dann das Fehlen der Scheibe als einen Akt der Sabotage anzeigen zu können und zu avancieren. Nun sind die revolutionären Eisenbahner wie die französischen Revolutionäre der anderen Verufe für die Sabotage. Es sind sich aber auch alle Saboteure, darunter die Leute der „Guerre sociale“, die planmäßig die Sabotage organisieren, und Jbetot, der eine der Sekretäre der Konföderation, darin einig, jene Akte von Sabotage zu verwerfen, die Menschenleben gefährden könnten. Es war also unloyal, wenn die Revolutionären in dem Antrag, der gegen die beiden verbrecherischen Akte protestierte, eine Falle gegen die Revolutionären vermuteten. In der Frage der Wiedereinstellung der Eisenbahner nahm der Kongress nachstehende Resolution an: „1. In den Wahlkreisen ist die nötige Propaganda zu machen, um alle Kandidaten zu bekämpfen, die gegen die Wiederherstellung der Eisenbahner sind. 2. Mit Hilfe der Gruppe der sozialistischen Deputierten ist eine nützliche Agitation fortzusetzen. 3. Es sind Arbeitsvermittlungen zu errichten, um denen, die noch ohne Arbeit sind, Stellen zu verschaffen. 4. Es ist ein Extratrag zu erheben zur Unterstützung der Gemafregeln. 5. Alle Mittel der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit sind anzuwenden, um die Wiedereinstellung zu erlangen.“ Die Organisation der französischen Eisenbahner wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Das angenommene neue Statut wird am 1. Jänner 1912 in Kraft treten. Die Organisation der Eisenbahner wird darnach heißen: Landesföderation des Eisenbahntransports von Frankreich und den Kolonien. Der Sitz der Organisation, der früher in einem Privathaus war, wird jetzt im Föderationshaus, das heißt mit der Konföderation unter einem Dache sein. In den mit viel Haß und Mergel und mit ungerechter Leidenschaft geführten Debatten wurde mancher unzüchtige Streit ausgefochten, manchem unrecht getan, was wohl manche Bitternis zurückläßt. Beide Teile waren gleich leidenschaftlich blind und ungerecht. Wäre es denn mehr als bloße Gerechtigkeit gewesen, wenn ein Revolutionär, ohne auf seine Methoden verzichten zu brauchen, anerkannt hätte, daß die sozialistische Partei durch ihr Organ, die „Humanité“, und durch ihre Abgeordneten, Jaurès und Albert Thomas alles daran, ihr Bestes zum Gelingen des Streiks tat? Es ist nachgewiesen, daß Jaurès und Albert Thomas sich bemühten, die Südbahnen zum Streik zu bewegen; es ist ferner nachgewiesen, daß das erste Streikkomitee im Augenblick der nervösen Erregung sehr froh war, einen Mann wie den Parteigenossen Pierre Renaudel mit seinen Fähigkeiten und seiner robusten Gesundheit an seiner Seite zu haben; es ist doch endlich Tatsache, daß die sozialistische Gruppe im Parlament, der ehemalige Eisenbahner Colly an der Spitze, seit dem Streik für die Wiedereinstellung der Eisenbahner kämpfte. Das alles anzuerkennen hätte keinen Revolutionär auch nur ein Haar von seinen Methoden abzugeben, veranlaßt. Aber gleich ungerecht waren die Reformisten. Ohne auf die Kritik der Sabotage zu verzichten, hätte es sich gebührt, daß ein berufener Reformist den Mut und die Kampfeslust der Revolutionär anerkannt, die unerschrocken dem Zuchthaus und dem Bagno trotzen und von denen eine Reihe sechs Monat in Untersuchung saß und der Strafe entgegenfiel.

Gewerkschaftliche Errungenschaften. Die freien Gewerkschaften Deutschlands zeigen in ihren Kampfergebnissen, daß sie als starker Träger der Kultur- und der menschlichen Vorwärtsentwicklung zu achten sind. Sehen wir uns die Zahl der gewerkschaftlichen Kämpfe innerhalb der Jahre 1906 bis 1910 genauer an:

Jahr	Bewegungen ohne Arbeits-einstellungen	Angriffsstreiks	Abwehrestreiks	Aus-sper-rung
1910	6435	1514	606	1960
1909	4507	983	1060	246
1908	3807	719	1186	325
1907	5067	1721	863	402
1906	4668	2165	1048	560

Zusgesamt gab es Streiks und Aussperrungen im Jahre 1910 4110; 1909 2045; 1908 2052; 1907 2986; 1906 3874. Die Zahl der an allen Kämpfen beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug im Jahre 1910 1.025.571; 1909 480.205; 1908 576.317; 1907 806.265; 1906 944.141. Im Jahre 1906 kämpften von den rund 1,7 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften (Jahresdurchschnitt) rund 0,9 Millionen, 1910 waren es von 2,0 Millionen Mitgliedern rund 1,0 Millionen, die an den Kämpfen beteiligt waren. Für das Jahr 1910 ergibt sich eine durchschnittliche Beteiligungsziffer von 31,3 Prozent. Im Jahresdurchschnitt der Periode von 1906—10 erreichten 65,9 Prozent aller Kämpfenden 4,91 Millionen Mark Lohnerhöhung per Woche, 0,20 Millionen Mark Lohnerückbildung per Woche mehrten 2,2 Prozent der Beteiligten ab. Also partizipierten an den Lohnerfolgen 63,4 Prozent aller überhaup Kämpfenden! 27,7 Prozent aller Beteiligten erzielten 32 Millionen Stunden Arbeitszeitverlängerung per Woche, Arbeitsverlängerung mehrten 0,4 Prozent aller Beteiligten ab. Also partizipierten an den Arbeitszeitverlängerungen 28,1 Prozent aller Beteiligten! Diese Durchschnittsziffern, die nicht aus einem besonders günstigen Jahre gezogen sind, sondern ein ganzes Jahrfrist umfassen, zeigen, wie gewaltig die eroberten Kulturwerte sind.

Eine Petition der sächsischen Eisenbahner. Im Eisenbahndienst stehende Arbeiter an den sächsischen Eisenbahnen erreichen bei der jetzigen Lohnkala erst in 18 einwandfreien Dienstjahren den Höchstlohn von 3 Mk. bis 3 Mk. 80. Und im Bahnbewachungsdienst, Weichenwärterdienst, Rangierdienst und Zugabfertigungsdienst besteht noch für die übergroße Mehrzahl der Bediensteten eine tägliche Arbeitszeit von 11 bis 16 Stunden. Diese unleidlichen Dienstverhältnisse werden noch unleidlicher durch eine ungerecht wirkende Einteilung von neun Lohnklassen, durch das Bestreben eines Akkordarbeit- und Kolonnenystems für die in den Werkstätten und im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Handwerker und die völlige Ausschaltung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Schon im November 1909 hatten die bei den sächsischen Staatsbahnen beschäftigten Arbeiter durch den Transportarbeiterverband, Sektion der Eisenbahner, an die Staatsregierung und die sächsische Ständekammer eine Petition einge-

reicht, die unter der Begründung, daß dem Unterzeichner der Petition die legale Vollmacht der Arbeiter fehle, abgewiesen wurde. Jetzt ist von der Reichssekktion der Eisenbahner abermals eine solche Petition eingereicht worden, die eine Berringerung der Lohnklassen auf drei vorläufig und als Anfangslöhne in diesen drei Klassen Mk. 3,60, Mk. 3,80 und 4 Mk. fordert. Ferner sind als wichtigste Forderungen zu nennen: Eine Lohnvorrichtung derart, daß der Höchstlohn in zehn Jahren erreicht wird; eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf neun Stunden und für die Tag- und Nachtarbeit auf acht Stunden, für die Fahrbediensteten eine Dienstschrift von nicht mehr als zehn Stunden, für die Eisenbahnbetriebsarbeiter mindestens 30 dienstfreie Tage mit 36stündiger Dauer, wovon wenigstens zehn auf Sonntage entfallen müssen; Beseitigung der Akkordarbeit und des Kolonnenystems; bessere Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse und Wahrung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und Bediensteten. Diese und einige andere Forderungen werden in der Petition näher begründet und zum Schluß der Petition darauf verwiesen, daß die Behauptung, die Reichssekktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes verfolge ordnungswidrliche Bestrebungen, irrig ist, die Organisation betrachte es als ihre Aufgabe, eine Besserung der wirtschaftlichen und der dienstlichen Verhältnisse der Eisenbahner nur auf gesetzlichem und ordnungsmäßigem Wege herbeizuführen.

Aus dem Gerichtssaal.

Verschubunfall am Staatsbahnhof. Am 28. Juni 1910 ereignete sich am Staatsbahnhof in Wien ein schwerer Unfall. Am genannten Tage war eine Verschwärterpartie, der der Oberverschieber Laurenz Lehner als Verschwärter angehörte, damit beschäftigt, den um 1/11 Uhr vormittags von Wien nach Brud an der Leitha abgehenden Postzug zusammenzustellen. Hierbei mußte auch ein Postambulanzwagen, welcher zur Garnitur eines später abgehenden Zuges gehörte, verschoben werden. Diese Verschiebung ließ Lehner in der Art ausführen, daß der Postambulanzwagen durch Anstoßen der Lokomotive abgerollt wurde. Der Postwagen rollte nun mit großer Gewalt an die stehende Wagengruppe an. Hierbei wurde ein im Innern des Postwagens beschäftigter Postunterbeamter gegen den Führer des Wagens und zu Boden geworfen, wodurch er schwere Verletzungen erlitt. Wegen dieses Unfalles erhob die Staatsanwaltschaft gegen Laurenz Lehner die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach § 337 St.-G. Die Anklage legte ihm zur Last, daß es überhaupt verboten sei, Postwagen, in welchen sich Postbedienstete befinden, mittels Rollenläsien zu verschieben. Lehner wehrte die Vorwürfe ab, daß er vor Beginn einer herabartigen Verschiebung die anliegenden Postbediensteten zu verständigen habe, und schließlich habe Lehner auch seine Pflicht weiter verlegt, da er für ungenügende Bremsung des abgetriebenen Wagens gesorgt habe. Die Staatsanwaltschaft hatte schon während der Voruntersuchung die Einholung eines Sachverständigenurteils beantragt. Das abgegebene Sachverständigenurteil, auf welches die Anklage sich eben stützte, belastete Lehner auf das Schwere, indem es ihn unter Hinweis auf die Bestimmungen der Instruktionen und Erlasse der Generalinspektion einer ganzen Reihe von Verschubunfällen (Abrollenlassen des Wagens, mangelnde Verständigung des Postbeamten, mangelnde Besetzung der Bremse etc.) beschuldigt. Ueber diese Anklage fand kürzlich vor dem k. k. Landesgericht Wien, unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Mrazek, die Hauptverhandlung statt. Bei dieser Verhandlung wurde Laurenz Lehner durch Dr. Ant. Braß verteidigt. Bei der mündlichen Verhandlung beharrte nun der Sachverständige bei seinem bereits abgegebenen und den Angeklagten schwer belastenden Gutachten. Demgegenüber stellte der Verteidiger unter Beweis, daß der fragliche Zug, bei dessen Zusammenstellung sich der Unfall ereignete, am kritischen Tage unter besonders großer Eile zusammengestellt werden mußte, so daß dem Angeklagten eine andere Art der Verschiebung nicht möglich war, um rechtzeitig bei Vermeidung von Strafe mit der Verschiebung fertig zu werden. Der Verteidiger bot weiter ausführlichen Beweis dafür an, daß die Postbeamten regelmäßig erst in den Postwagen einsteigen, wenn der Zug bereits vollkommen rangiert ist, und daß daher die Verständigung des Postbeamten von der Verschiebung unterblieb, weil nach der täglichen Übung gar nicht vermutet werden konnte, daß Postbeamte im Ambulanzwagen sind, wenn der Zug noch nicht rangiert ist. Lehner habe daher am kritischen Tage unmöglich vermuten können, daß ein Postbeamter im Ambulanzwagen sei und daher zur Verständigung keinen Anlaß gehabt.

Die Verteidigung verwies ferner darauf, daß, wenn schon der Postbeamte wider Erwarten sich im Ambulanzwagen befand, es Sache des Postbeamten, der ja die Verschiebung bemerkt haben muß, gewesen sei, nach der Vorschrift eine solche Stellung einzunehmen, daß er auch beim Anrollen des Wagens an die stehende Garnitur nicht hätte gefährdet werden können. Dr. Braß beantragte, über diese Umstände, die für die Entscheidung des Falles von großer Wichtigkeit seien, Beweise zu erheben, zu diesem Zwecke die Verhandlung zu vertagen und den Untersuchungsrichter mit der Durchführung der Beweise zu beauftragen. Trotz des Widerspruches des Staatsanwaltes, der auf die durch das Gutachten des Sachverständigen angeblich bewiesene Schuld Lehners hinwies, gab der Gerichtshof dem Antrag des Verteidigers statt und wies den Untersuchungsrichter an, die vom Verteidiger behaupteten und unter Beweis gestellten Umstände zu erheben. Die Erhebung der Beweise durch den Untersuchungsrichter bestätigte vollinhaltlich die Behauptung der Verteidigung und insbesondere die Vorsetzung des Staatsanwaltes, daß die fragliche Verschiebung mit größter Eile vorgenommen werden mußte und daß Lehner allerdings nicht vermuten konnte, daß der Postwagen zurzeit der Verschiebung schon besetzt sei. Durch diese Beweiserhebung erliefen das den Angeklagten so schwer belastende Gutachten des Sachverständigen entkräftet und der Staatsanwalt zog, ohne die neue Verhandlung abzuwarten, die Anklage gegen Lehner vollinhaltlich zurück, worauf das Strafverfahren gegen Lehner seitens des Landesgerichtes Wien ohne neue Verhandlung eingestellt wurde.

Zusammenstoß in Brerau. In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai d. J. kam es in Brerau zu einem Zusammenstoß, der dadurch herbeigeführt wurde, daß rechtzeitig die Verschiebung von zwei Wagen vom Geleise Nr. 11 unterlassen wurde.

Die Anklage beschuldigte, konform mit der Generalinspektion, den Verschieber Brandt, daß er diesen ihm strikte gegebenen Auftrag nicht befolgt hatte. Herr Brandt stellte entschieden in Abrede, einen solchen Auftrag erhalten zu haben und er ließ von Amts wegen den beantragten Gegenbeweis zu.

Auf Grund des Ergebnisses desselben wurde Herr Brandt, vertreten durch Dr. Ambros, bei der Verhandlung am 2. Oktober 1911 rechtskräftig freigesprochen, wobei der Richter ausdrücklich betonte, daß durch den Gegenbeweis der

behauptete Auftrag sehr in Zweifel gezogen werden muß, er jedoch auch ohne denselben wohl den Angeklagten hätte freisprechen müssen, da ihm die Behauptung einer Person nicht genügen kann, um so mehr, wenn es sich um Pflichtenfollusionen derselben handelt und das Gericht erwägen muß, ob nicht deren Behauptung die Entlastung einer eigenen Schuld bildet.

Streiflichter.

Vorsprach: der Manipulationskondukteure der österreichischen Nordwestbahn im k. k. Eisenbahnministerium. Am Samstag den 30. September l. J. sprach eine Deputation der Manipulationskondukteure der O. N. W. B. im k. k. Eisenbahnministerium vor, um dort den Nachweis zu erbringen, daß die Manipulationskondukteure der O. N. W. B., einem Anus entsprechend, bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt wurden. Die Deputation wurde vom Sektionsrat Hermann Köh empfangen. Der Herr Sektionsrat stellte sich auf den Standpunkt, daß er persönlich nicht dafür sei, daß die Ernennung bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. vorgenommen werden solle. Nach Anhörung der Darlegung der Gründe, die die Deputationsmitglieder für die Ernennung bei der Erreichung von 1200 Kr. ins Treffen führte, erklärte der Herr Sektionsrat, den Standpunkt der Deputation im Ministerium zu vertreten und schlug vor, die Angelegenheit vielleicht in dem Sinne zu erledigen, daß eventuell die bei der Uebernahme der O. N. W. B. in den Status der k. k. Staatsbahnen als Manipulationskondukteure Eingereichten nach Ablegung der Intelligenzprüfung zu Unterbeamten ernannt würden. Die Deputationsmitglieder machten dem Herrn Sektionsrat darauf aufmerksam, daß damit nicht alle Wünsche der Manipulationskondukteure erfüllt sind, konnten aber damit den Herrn Sektionsrat von seinem Standpunkt nicht abbringen. Die Deputation sprach schließlich noch beim Herrn Stationsrat Koblitz vor, um ihn auf Wunsch des Herrn Sektionsrates Böck von dem Resultat der Vorsprache zu verständigen und ihn bezüglich der notwendigen Kostennormierung zu informieren. Damit war die Tätigkeit der Deputation beendet.

Die Forderungen der Verladefehrschreiber der Südbahn. Am 28. August 1911 sprach eine Deputation der Verladefehrschreiber bei Herrn Verkehrsdirektor Kehler wegen Stabilisierung und Gleichstellung mit den k. k. Staatsbahnen vor. Die Sprecher der Deputation verwiesen auf die wiederholten Ansuchen um Stabilisierung, die meist nach jahrelangen Erhebungen stets erfolglos blieben, da man auf den Standpunkt beharrte, daß die Verladefehrschreiber der Südbahn keine Schreiber, sondern Stationsarbeiter wären.

Da aus den Reihen der Verladefehrschreiber bei den k. k. Staatsbahnen die Regaginsmeister und auch Kangleiexpedienten hervorgehen und die Verladefehrschreiber als Unterbeamte angestellt werden, so verlangen die Schreiber der Südbahn, die Gleichstellung mit den Schreibern der k. k. Staatsbahn.

Aus der Erwiderung des Herrn Verkehrsdirektors ging hervor, daß zwar die Stabilisierung dieser Schreiber nicht unter den für die nächste Zeit getroffenen Maßnahmen der Südbahn steht, dieselbe aber, weil bei den Staatsbahnen bereits längst eingeführt, auch bei der Südbahn nicht ausbleiben wird.

Hoffentlich läßt die Südbahn bei dieser Kategorie ihr Grundjahr: „Ja, wir machen nur das, was bei den Staatsbahnen besteht“, nicht im Stich.

Verhebungsanfragen infolge der Teuerung. Die Bediensteten der Strecken Eisenrg-Gießlau und Selzthal-Keißling haben unter dem Druck der außerordentlichen Teuerung, die auf diesen Strecken herrscht, Gesuche um Gewährung von Teuerungszulagen eingebracht, die aber abgelehnt wurden. Das veranlaßte die Bediensteten der Strecke Eisenrg-Gießlau neuerdings zu dieser Sache Stellung zu nehmen und am 20. August wurden in der Versammlung in Eisenrg und am 27. August in der Versammlung in Gießlau diesbezüglich nachstehende Resolutionen gefaßt: „Die heute tagende Eisenbahnerversammlung, welche zur Erwirkung einer Teuerungszulage für die Strecke Eisenrg-Gießlau einberufen wurde, und von allen Kategorien der Eisenbahner massenhaft besucht war, spricht dem Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsberein für sein Eintreten in dieser Angelegenheit Dank und Anerkennung aus. Nach Verlesung der Antwort des k. k. Eisenbahnministeriums auf das Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage, beschließt die Versammlung, sich mit einer solchen Abweisung nicht zufrieden zu geben und verlangt, ein k. k. Eisenbahnministerium wolle die im Gesuch angeführten Gründe auf ihre Berechtigung prüfen, um hierdurch zu einem gerechten Urteil zu kommen. Wenn für die Bediensteten der genannten Betriebe nichts getan wird, so sind dieselben, infolge der sprunghaften Teuerung, welche hier am meisten fühlbar ist, um Vergebung anzusuchen.“

Aus dem Willacher Staatsbahndirektionsbezirk. Die Aufregung in den Kreisen der Eisenbahner ist größer denn je. Die Lebensmittel- und Wohnungssteuerung, welche das ganze Lohnneinkommen aufzehren, haben selbst den Indifferentesten aufgerüttelt, und es bedarf aller Anstrengungen der Vertrauensmänner, um ihre Kollegen vor unüberlegten, boreiligen Schritten zurückzuhalten. Man sollte nun meinen, daß die vorgesezte Behörde alles mögliche tun wird, um den angehäuftsten Jähndstoss zu beseitigen. Wer aber unseren Bureautraten eine solche Einsicht zumutet, der kennt dieselben noch nicht. Diese Herren gehen im Gegenteil mit der Brandfaul herum und zünden auf allen Ecken an. Der Amtsantritt unseres neuen Direktors, Herrn Hofrates Ostheim, wurde von vielen Bediensteten freudig begrüßt; dachten doch viele, daß jetzt auch in der Willacher Direktion bessere Zeiten einkehren werden, versicherte doch der neue Direktor im „Amtsblatt“, sein Wohlwollen stets seinen Untergebenen zu schenken. Nun die Zeiten dieses Wohlwollens sind vorüber, heute herrscht wieder die Kälte. Der Herr Hofrat zeigt, daß er nicht aus der Art schlägt und stets das Befolgen wird, was ihm seine Oberinspektoren ins Ohr flüstern. Zur Erhärtung dieser unserer Behauptung wollen wir einige Tatsachen anführen: In unserer Direktion war es von jeher Anus, die Verdienste des Personals, selbstverständlich mit Ausnahme der höheren Funktionäre, zu schmälern. In erster Linie müssen dazu die Kostenprämien des Lokomotivpersonals herhalten. Es ist an der Tagesordnung, daß einmal in der, das anderemale in jener Heizhausleitung, bald für die eine oder andere Maschinenkategorie das Anusmaß reduziert wird. Diesmal traf es die Schnellzugsmaschinen des Heizhauses Willach. Ihr Anusmaß wurde um 20 Kilogramm für 1000 Bruttofönnen, rü d w i r k e n d auf zwei Monate, reduziert. Alle, die es trifft und die schon ihren Verdienst eingeteilt hatten, werden nun am 15. Oktober wohl weniger Geld, aber dafür das Wohlwollen der Vorgesetzten nach Hause bringen. Ein Zirkular gibt weiter bekannt, daß alle Dienstleistungen, die vom Verkehrsbeamten nicht bestätigt sind, gefristen werden, und ein finbiger Kopf der Direktion verlangte, daß schon ausbezahlte Beträge im Wege des Abzuges heringebbracht werden. Also für ein eventuelles Versehen der Beamten soll das Personal in seinen Betügen geschmälet werden. Es ist jedem Betroffenen leicht, durch den von der Direktion genehmigten Turnus nachzu-

weisen, daß er den betreffenden strittigen Dienst faktisch geleistet hat, und bleibt es eine offene Frage, ob man in diesem Fall nicht klagbar gegen die betreffende Bahnverwaltung aufzutreten kann. Der industrielle Arbeiter hat nämlich das Recht, vor das Gewerbegericht zu gehen. Wir glauben, daß auch die Eisenbahner nicht schuldig solchen Uebergriffen ausgesetzt sein dürfen. Bei unseiner Direktion wird nicht mehr gespart, sondern schon gefaßert. So dürfen die Werkstättenarbeiter unter keiner Bedingung Überstunden machen. Wenn die Arbeit in der normalen Arbeitszeit nicht geleistet werden kann, wird die betreffende Reparatur einfach auf bessere Zeiten verschoben. Daß es an den primitivsten Behelfen auf allen Seiten fehlt, wird von allen Beteiligten bitter empfunden.

Zum Schluß wollen wir noch ein Stück Bedienstetenfreundlichkeit unserer Direktion der Allgemeinheit zur Kenntnis bringen, das dem Ganzen die Krone aufsetzt: Das Personal von St. Veit an der Glan petitioniert schon jahrelang um die Errichtung eines Bades. In der Personal-Kommission wurden diesbezügliche Anträge gestellt, wobei dem Personal diesbezüglich Versprechungen gemacht wurden. Ein Waschapparat um den Betrag von über 2000 Kr. wurde aufgestellt. So wie er das Licht der Welt erblickte, wurde aufgemerkt, hängt er an der Wand und erwartet die Zeit, in der ihm ein gütiges Geschick seinen Platz im Eisenbahnmuseum, Abteilung: Hygiene und Fürsorge für die Bediensteten, anweist. Gewaschen hat sich niemand, und alle warteten in lokaler Haltung, wie es schon einem Eisenbahner zukommt, bis es den Direktionsgewaltigen einmal beliebt, ihr Wohlwollen zu bezeugen. Feiner im Monat September im Jahre des Heils 1911 nun haben es alle, und die Augen wurden ihnen geöffnet. Der Vorstandstellvertreter der Heizhausleitung, Herr Ingenieur Michl, kam nämlich auf den Einfall, ein Bad herzustellen, und ging wahrscheinlich von der Idee aus, daß die Direktion, in Anbetracht der geringen Kosten, ihre nachträgliche Genehmigung nicht versagen werde. Durch Zumenbungen verschiedener Firmen und Privatpersonen, denen hier gedankt sei, gelang es, das Bad, bestehend aus einer großen Zementwanne mit Warm- und Kaltwasserleitung für Wärme und Brause, um den Preis von sage — fünfundsünfzig Kronen herzustellen, welcher Betrag auf die k. k. Staatsbahndirektion entfallen wäre. Doch der Ingenieur denkt und die Direktion lenkt. Das Bad wurde eröffnet, Freude herrscht beim Personal, endlich eine Wohlfahrt, die von allen am eigenen Leib im buchstäblichen Sinn des Wortes empfunden wurde. Doch das Vergnügen reißt schnell. Hier erschien es in Gestalt des Herrn Inspektors Lein. Er sah das Bad, ging hin und berriet es. Die Folge davon war, daß kurze Zeit darnach an die Heizhausleitung der Auftrag, wahrscheinlich mit einem großen Küffel für den Stellvertreter herablangte, das Bad sei sofort abzureißen und der Ingenieur wurde zum Ersatz der Kosten verdonnert. Na, Herr Ingenieur, Bedienstetenfreundlichkeit ist eben eine Sache, die nur mit dem Mund, aber nicht durch Taten dokumentiert werden darf! Oft hört man den Ausspruch, die Unzufriedenheit und Gehässigkeit stammt nur von einigen Aufzählern. Nun, Herr Leiter des Eisenbahnministeriums, wer ist in diesen Fällen die Schuld? Ist das nicht Provokation, ausgeübt von Organen, die Ihnen unterstehen? Wenn sie gewillt sind, solche Zustände für recht zu befinden, wenn Ihnen, Herr Sektionschef, der Weg hierher zu weit ist, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn eines Tages die Wogen der Empörung so hoch gehen, daß alles Öl des Wohlwollenden nicht mehr genügt, sie in ruhige Bahnen zu lenken.

Versammlung der Vertrauensmänner der Wächter und Blocksignaldienner. Am 5. Oktober fand in Ribitzsch Gasthaus, 13. Bezirk, Reinigasse 11, eine sehr gut besuchte Vertrauensmännerversammlung aller Linien des Wiener Direktionsbezirktes statt, bei welcher nachstehende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heute von allen Linien der k. k. Staatsbahndirektion Wien amfendenden Vertrauensmänner der Blocksignaldienner und Wächter sprechen ihrem Hauptvertrauensmann Genossen Sommerfeld für sein Wirken im Interesse der genannten Kategorien den besten Dank aus und stellen an ihn das Ersuchen, so wie bisher auch weiterhin ihre Interessen zu vertreten. Ferner richten dieselben an die Zentrale die Aufforderung, mit aller Kraft für die Blocksignaldienner und Wächter einzutreten, um die Forderungen der am weitesten zurückgegangenen Kategorien durchzuführen.“

Ausgleichsavanancement! Es ist schon in vielen Versammlungen sowie auch in der jetzigen Lohnbewegung ein Ausgleichsavanancement verlangt worden, und es ist daher unbedingt notwendig, daß dieser Forderung eine Form gegeben wird, welche den jahrelang benachteiligten Bediensteten, also allen, welche trotz 9., 10., 11-jähriger Gesamtdienstzeit noch immer in den Gehaltsstufen von 900 bis 1000 und 1100 Kr. stehen, das an ihnen begangene Unrecht gutzumachen. Es ist bekannt, daß durch die Stadtbahneröffnung viele Zugbegleiter sowie Verschieber und Wächter gebraucht wurden. Kondukteure wurden nach Hütteldorf versetzt und durch Reserve- sowie Aushilfsbremser ersetzt. Während die ersteren, von der Direktion aufgenommen, zum größten Teil nach einiger Zeit zum Aushilfskondukteur ernannt wurden, erging es den letzteren, von den Bahnämtern aufgenommen, ganz anders. Sie blieben unter der Sparherrschafft des heutigen Ehrenbürger, des christlichsozialen Abgeordneten und ehemaligen Eisenbahnministers Ritter v. Wittel jahrelang Bremser. Im Jahre 1902 wurden nun die Bremser und Verschieber-substitut zu Aushilfsbediensteten ernannt. Nicht genug der langen provisorischen Zeit mußten diese arme Teufel trotz zweier Prüfungen noch über drei Jahre provisorisch bleiben — und wäre die passive Resistenz im Jahre 1905 nicht gekommen und hätte des Herrn Wittels Ministerherrlichkeit nicht geendet, hätten diese noch länger warten müssen, ehe sie angestellt worden wären. Im Jahre 1908 wurde für alle mit 700 Kr. angestellten Bediensteten ein Jahr Kürzung der Automatik zugesprochen. Von dieser Reform, welche wir sehr begrüßten, hatten aber all diese langen Jahre provisorisch gewesen Bediensteten nichts, weil sie am 1. Jänner 1906 mit 800 Kr. angestellt wurden. Wie trüb die Verhältnisse stehen, soll nachstehend eines der mildesten Beispiele beweisen.

Kondukteur A. wurde Mai 1899 als Reservebremser aufgenommen, 1900 zum Aushilfskondukteur, 1911 zum Kondukteur ernannt. Dieser hat ein Jahr Kürzung der Automatik, weil er mit 700 Kr. angestellt wurde. Kondukteur B. hat nun mit 1. Jänner 1911 1200 Kr. Gehalt, das ist mit 12 Dienstjahren.

Kondukteur C. wurde Mai 1899 als Aushilfsbremser aufgenommen, 1902 zum Aushilfskondukteur und 1906 zum Kondukteur ernannt und bekommt mit 1. Jänner 1912, sage und schreibe 1100 Kr., das sind somit 13 Jahre.

Es besteht somit zwischen Kondukteur A. und B. eine Differenz von 4 Jahren. Dieses Beispiel findet auf circa 300 Zugbegleiter und ebensovielen aus anderen Kategorien der Wiener Direktion Anwendung. Es gibt aber noch viel krassere Beispiele, welche wir zu jeder Zeit bringen können. Diesem soll nun ein Ausgleichsavanancement steuern. Wir sind loyal genug, um einzusehen, daß die Ausgleichung nicht so am Gewürchen durchgeführt werden kann. Was wir aber um der Gerechtigkeit willen zu verlangen gewagt haben, ist, daß allen denjenigen, welche zwei Jahre Bremser und über ein Jahr Aushilfskondukteur (beziehungsweise Aushilfs-

bediensteter), somit über drei Jahre provisorisch waren, das nächstfällige Avanancement verdoppelt wird, das heißt, daß diesen anstatt 100 Kr. 200 Kr. gegeben werde. Dieser gewiß berechtigten Forderung kann sich eine einseitige Verwaltung um so mehr nicht entziehen, weil doch den Betroffenen der finanzielle sowie dienstliche Schaden, den sie erleiden, nicht eingebracht, sondern durch diese Reform nur teilweise gelindert wird. Vorstehendes gilt im selben Maße bei den Verschiebern und hoffen daher beide Gruppen, daß ihnen in diesem Sinne Rechnung getragen wird, da die Staatsbahnverwaltung durch diese kleine Reform sehr viel Not und Elend lindern sowie Ungerechtigkeiten beheben würde.

Korrespondenzen.

Herzogenburg. (K. k. Bahnerhaltungssektion.) Von dort wird uns berichtet: Wie allgemein bekannt, ist die Strecke Kulln-St. Pölten für die praktische Ausbildung der Mannschaften des k. k. Eisenbahn- und Telegraphenregiments bestimmt. Die meisten Dienstposten vom Wächter bis zum Beamten sind deshalb durch Offiziere und Soldaten des genannten Regiments besetzt. So auch bei der k. k. Bahnerhaltungssektion Herzogenburg. Ein Militär ist Vorstand, ein zweiter Vorstandstellvertreter. Wir wollen uns heute nur mit dem Vorstandstellvertreter der k. k. Eisenbahnerhaltungssektion Herzogenburg befassen und zeigen, wie dieser Militär mit dem Vermögen der Bahn nach seinem Verlieben wirtschaftet.

Unter der Leitung der genannten Bahnerhaltungssektion steht die Schotterquetsche Meidling im Tale. In der Schotterquetsche wird außer Schotter für den Oberbau auch Gartenriesel gewonnen, welcher für den allgemeinen Verkauf mit 4 Kr. bewertet ist. Ueberdies erhalten einige Anstalten und Vereine gegen vorheriges Ansuchen den Gartenriesel gratis. Die Direktion gibt alljährlich diese Anstalten und Vereine bekannt. Der Herr Vorstandstellvertreter der Bahnerhaltungssektion hält sich jedoch nicht an diese Bestimmungen und spendiert nach Belieben. Zum Beispiel das millionenreiche Stift in Herzogenburg braucht Gartenriesel für seine ausgedehnten Gartenanlagen. Man wendet sich privat an den Herrn Militär und sofort wird den hochwürdigsten Herrn ein Waagon Gartenriesel gespendet. Und wie mit dem Riesel so wird es von diesen Herrn auch mit der Kohlenlöschung praktiziert. Ein hiesiger Fabrikant darf die Kohlenlöschung wegführen, ohne etwas zu zahlen. Kommt jedoch ein Arbeiter oder sonst ein armer Teufel und will nur ein Handwägel Lösches haben, so muß er für die Fuhr 80 S. zahlen. Ebenso auffällig ist die Abgabe der alten Schwellen. Die Oberbauarbeiter der k. k. Bahnerhaltungssektion warten vergeblich auf die Abgabe der Schwellen und müssen sich teures Brennholz kaufen. Dafür bekommt der Fabrikant Herr Werll 60 Stück und die Firma Gebrüder Grundmann 40 Stück Schwellen. Wir vermuten, daß der Herr Vorstand von dieser sonderbaren Manipulation seines Stellvertreters keine Kenntnis haben dürfte und erwarten, daß den Arbeitern der ihnen zustehende Bezug von Schwellen anstandslos zuerkannt wird.

Bassau. Alljährlich mit Uebergang von der Sommerfahrordnung zur Winterfahrordnung macht sich bei den Schnellzügen der Platzmangel unheimlich fühlbar. Während bei den Personenzügen bis 15. Oktober noch die Sonntagverlängerungen zu rollen haben, nimmt man bei den Schnellzügen mit 1. Oktober einfach Wagen weg ohne Rücksicht auf den bis Ende Oktober andauernden stärkeren Verkehr. Die Folge davon sind Reibereien zwischen den Kondukteuren und diensthabenden Beamten einerseits und den Kondukteuren und Reisenden andererseits.

Um nun dem Platzmangel wirksam zu begegnen, hat der Bahnamtvorstand in Bassau, Herr Inspektor Rejranek, ein Mittel erunden, das wirklich prämiert zu werden verdient. Er „befiehlt“ einfach den Kondukteuren, den Reisenden in die total überfüllten Wagen einfach die Plätze anzuweisen. Daß die Kondukteure diesem Befehl nicht nachkommen können, ist begreiflich. Die Hauptsache für den Herrn Inspektor ist, den Reisenden zu demonstrieren, daß die vielen Beamten mit Goldtragen auf der Eisenbahn doch nicht umsonst da sind, wie immer behauptet wird. Was für einen Effekt solche Aufritte zeitigen, ist jedem klar. Schließlich muß doch ein Wagen beige stellt werden. Dadurch werden oft unnütze Verpätungen gemacht, welche nachher wieder eingebracht werden sollen. Auf welcher Seite bei einem solchen Vorgang die Bildung zu suchen ist, beim Kondukteur, welcher dem Herrn Inspektor meldet, daß der Wagen vollkommen überfüllt ist, daher keine Plätze mehr angewiesen werden können, oder beim Herrn Inspektor, welcher die Kondukteure vor dem reisenden Publikum „alte Weiber, Nachtwächter“ u. s. w. tituliert. Das zu beurteilen überlassen wir der Offenheit. Daß sich die Reisenden über solch ein unqualifizierbares Vorgehen des Herrn Inspektors nicht lobend aussprechen, ist begreiflich, und es werden Aufzeichnungen laut, die nicht gerade schmeichelfhaft genannt werden können. Instruktion XX, Artikel 6, Punkt 8, bestimmt ausdrücklich, daß Befehle und dienstliche Weisungen an Untergebene kurz und bestimmt zu erteilen sind und vor dem Publikum jeder Streit, jede Zurechtweisung oder Bemerkung mit lauter Stimme sorgfältig zu vermeiden ist, auf welche Bestimmung der Herr Inspektor höchlich aufmerksam gemacht wird.

Pettau. Der Rettungsanker des Reichsbundes deutscher Eisenbahner in Pettau ist ein Schneidermeisterlein! Grad vom Gasthaus komme ich heraus! O, Ernad, o Reichsbund, wie schaut du aus! Unglaublich! Nicht möglich, so sagten sich die Leute, als sie hörten, daß aus dem Gebante des Reichsbundes eine Leuerungsversammlung hervorlam! Das wäre nichts Unmögliches! Aber (Wst! Bitte ruhig!) daß aus den Kreisen des Reichsbundes deutscher Eisenbahner der Gebante hervorging, ein Schneiderlein zum Vorsitzenden für eine Versammlung zu wählen, das war noch nicht da! Und doch ist's geschehen!! Diese so groß angelegte Versammlung war von Witle, keine Aufregung! sage und schreibe 25 Mann besucht. (Das waren aber nicht alle deutsche Eisenbahner, denn mit diesen schaut's sehr bitter aus.) Als das Schneider, Barbon der Vorsitzende, die Erschienenen, darunter auch den Herrn Regierungsvertreter Dr. Högl (O Teufel!) sowie den Stadtmittelfizianten Schindler, welcher als Schriftführer fungierte, begrüßte, erhielt Kamerad Wunderlich das Wort, welches er eine gute Viertelstunde brauchte und welches tofenden Beifall (Das kann man sich denken!) erntete. (Montag war es aber anders zu hören!) Hierauf lam Herr — Linhart zu Worte, welcher etwas länger schwefelte, aber sonst schön brav war. Nachdem auch dieser ausgesprochen, forderte der Schneider (Bitte um Entschuldigung!), der Vorsitzende Herr Anton Masten, die Anwesenden auf, sich zu Worte zu melden, doch die paar Nahi hatten sichtlich keine Schneid mehr. Auf das lam abermals Kamerad Wunderlich, und es hatte schon den Anschein, als müßte die Auflösung der Versammlung erfolgen, so stürmisch sprach dieser, doch lam es nicht so weit! Auch die Polizei brauchte nicht in Aktion zu treten. (Wohl schade, nicht wahr, Herr Zentrich?) Eines ist sehr bedeutend! Kamerad Wunderlich betonte, daß man dahin wirken müsse, daß auch der Reichsbund endlich höheren Orts anerkannt werden müsse! (Hört, so steht's?) Er gab ein Beispiel zum besten von einem schwimmenden Flosse, welches zum Sinken war (Wie der Reichsbund in Pettau!) und wo er sagte: „Es ist Zeit, es ist Zeit! Aber auch für uns Deutsche ist die höchste Zeit, daß wir....“ Da mir von dem Schwefel schlecht wurde, mußte ich hinaus und überhörte die Schlußworte; jedenfalls

aber sagte Herr Wunderlich: „Daß wir einmal geschneidert werden!“ Bei der nächsten Versammlung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner in Pettau wird ein Schuster den Vorst führen! So steht es in Pettau mit diesen Herren! Große Einladungen! Großer Pomp! Wenig Hirn! Kein Vorsitzender außer einen Schneider, das kann sich der Reichsbund leisten! Arm im Geiste, reich an Dummheit, sind seine Anhänger, welche kaum 15 Mann in der ganzen Station Pettau zählen. Den Leuten die Augen auswischen (Jall Repotoznik und Lazar), das ist sein Werk! Und noch gibt es so Strohschäbel, welche sich nicht trennen können, alles nur um des Gratissieres und „Weines zuliebe! Heil! Mein Magen knurrt! Heil! Herr Schneidermeister Masten aber hat das eine Gute zu erwarten, daß er für seine Güte Kundschaffen bekommt. Wir gratulieren nur zu solchen Erfolgen! Den Reichsbündern, welche die meisten Slowenen sind, raten wir, sich dreimal an die Brust zu klopfen und zu sagen: „O Herr, verzeihe uns, wir wissen nicht, was wir tun! Amen!“

Klostergrab. Am 20. September d. J. ereignete sich in der Station Klostergrab ein schrecklicher Unfall. Am genannten Tage fuhr um 6 Uhr früh ein Bahnwagen mit elf Mann von Eichwald gegen Klostergrab. Als sich der Bahnwagen, welcher Bahnrichter Rudolf führte, dem Verschiebepfad näherte und schon darüber hinaus war, stieß derselbe mit furchtbarer Gewalt an eine Maschine, welche einen Kastenwagen zur Mitscherlich-Fabrik schob, an. Neun Mann, darunter auch der Bahnrichter Rudolf, retteten sich noch durch Abspringen, dabei wurden mehrere nicht unerheblich verletzt. Zwei Mann konnten sich nicht retten und wurden mit furchtbarer Gewalt an den Güterwagen geschleudert, so daß der eine, mit Namen Klausnizer, gräßlich verkrümelt wurde. Es wurde ihm Arme und Beine zermalmt und auch an anderen Körperteilen erlitt er schreckliche Verletzungen, so daß er bewußlos nach Klostergrab geschafft wurde. Von da wurde Klausnizer mittels Sanitätswagens in das Sattenger Krankenhaus überführt, wo er um 9 Uhr vormittags seinen Verletzungen erlegen ist. Glücklicher kam der zweite davon. Dieser erlitt mehrere Rippenbrüche und eine Verletzung der Lunge.

Komotau. (Erholungsurlaube und Wohnungsmisere der k. k. Staatsbahnen.) Unter Zahl 621/y 18 910 vom 2. März 1911 wurde von der k. k. Staatsbahndirektion in Prag ein Schreiben erlassen, in welchem es im letzten Absatz heißt:

„Außer dem Erholungsurlaub haben die Wächter die Möglichkeit, auch noch fallweise Urlaub zu erhalten und sind diesbezüglich die Befugnisse der Dienstvorstände seither erweitert worden.“

Und wie schaut diese Erweiterung aus? Wenn ein Wächter nach Maßgabe des § 59 der Dienstordnung seinen Erholungsurlaub beansprucht, werden ihm nur sechs Tage gewährt, außerdem geht ihm sein dienstfreier Tag verloren, der gewöhnlich in den Urlaub eingerechnet wird, so daß derselbe anstatt sechs überhaupt nur fünf Tage erhält, da von seiten der Vorgesetzten erklärt wird, sobald mehr als zwei Tage für den Monat, wo der Retent den Urlaub erhält, nicht gewährt werden. Seit Erlass des Zirkulars sind die Urlaube nicht verbessert, sondern verschlechtert worden, weil den Wächtern der dienstfreie Tag genommen wird. Ob dieser Miß bei allen Bahnerhaltungssektionen eingeführt ist, wissen wir nicht, aber bei der k. k. Bahnerhaltungssektion Komotau besteht er.

Als Herr Bauoberkommissar Schwarzbart im Jahre 1910 nach Komotau versetzt wurde, waren die Wächter der Meinung, daß endlich in dieser Angelegenheit Reform geschaffen wird. Es wurde von den Wächtern eine stramme Disziplin verlangt und es sollte den Ansehen erwecken, als sollte tatsächlich Vorzüge getroffen werden. Doch welche Täuschung! Den zweiten dienstfreien Tag hat man ihnen weggenommen.

Herr Schwarzbart schaute auch im Anfang in den Wächterhäusern immer nach, ob diese recht gehalten werden und reparaturbedürftig sind. Dabei überfah er aber so manche Reparatur in den Wohnungen, obzwar ihm die Wächter aufmerksam machten.

Jetzt, wo der rauhe Herbst seinen Einzug bereits gehalten hat und der Winter vor der Tür steht, der Wind durch die Fenster faust, daß der Fuß von der Decke fällt, bekommen es die Wächter mit ihren Familien wieder recht empfindlich zu verspüren, daß Herr Schwarzbart auf alles vergessen hat, auch auf das, auf das ihn die Wächter besonders aufmerksam machten.

Wir werden ja sehen, ob diese Zeilen genügen, Herrn Schwarzbart zu bewegen, in den Wächterhäusern bezüglich solcher Uebelstände etwas mehr Umsicht zu halten und auch dafür zu sorgen, daß dieselben beseitigt werden, andernfalls wir gezwungen wären, öfters und noch mit anderen Mitteln in die Öffentlichkeit zu treten. Die Wächter sind gewohnt, ihre Vorgesetzten zu respektieren, hoffen aber auch, daß ihren Witten und Beschwerden Rechnung getragen wird. Jenen Wächtern aber, die nach außerhalb unserer Organisation gehen und ihre Rechte vertreten haben wollen, rufen wir zu, sich zu organisieren, indem sie dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein beitreten.

Waidhofen an der Ybbs. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft und insbesondere die Frauenorganisation hat einen unersehlichen Verlust erlitten. Die frühere Obmännin der Frauenorganisation, Frau Karoline Leopold ist eines plötzlichen Todes gestorben. Das Leichenbegängnis gestaltete sich großartig. Am offenen Grabe hielten Genosse Grieser und Genossin Schneidleitner Ansprachen. Die Sängereintonierten einen Trauerchor. Genosse Rudolf Leopold, Obmann der Eisenbahnergruppe, dankt allen Teilnehmern und insbesondere den Eisenbahnern sowie den Deputierten von Amstetten und Gilm-Rematen.

Brück. (Streckensektion der Auffig-Teplitzer Eisenbahn.) Der Herr Streckenvorstand Oberingenieur Gentner und der Streckeningenieur Herr Rothorn haben sich die Aufgabe gestellt, denjenigen Wächtern, welche ihnen nicht zu Gesicht stehen, durch allerlei Schikanen den Dienst soviel als möglich zu verkleiden. Nicht genug, wenn die ungeheure Teuerung die niederen Bediensteten in der grausamsten Weise heimfucht, wußten diese Herren dieses Elend durch allerlei unnötige und ungerechtfertigte Quälereien ins Unerträgliche zu steigern.

Das Dienstverhältnis der Wächter ist das denkbar rüchständigste. Bei dem äußerst lebhaften Zugverkehr müssen dieselben heute noch 18stündigen Dienst verrichten, auf welchen eine 12stündige Ruhezeit folgt, und zwar jahraus, jahrein ohne Abwechslung. Wollen sie den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden, benötigen sie die ganze dienstfreie Zeit zur Ruhe. Doch wie ist es damit bestellt! Einmal wird der Wächter früh um 6 Uhr, einmal um 12 Uhr mittags, dann wieder um 6 Uhr abends oder um Mitternacht abgelöst. Nun stelle man sich vor, wie es einem solchen Wächter möglich ist, auszurufen. Er müßte das Kunststück zuwege bringen, auf Kommando einschlafen zu können. Außerdem sind die Wächter durch die miserable Bezahlung gezwungen, sich nach einem Zuschuß zu ihrem Verdienst dadurch zu verschaffen, daß sie das Befehlsgewalt, Felderstücke und Obst von der Direktion pachten, um so durch das Halten einer Kuh oder Ziege die Wirtschaftslagen zu verringern. Daß sowohl die Vergütung des Futters als auch die Verwertung des gepachteten Obstes dem Wächter viele Stunden seiner Ruhezeit raubt, scheinen diese Herren ebenfalls nicht zu wissen. Früher, als der Verkehr noch bedeutend geringer war, und auch noch keine Verriegelungsanlagen in den Stationen bestanden, ist zum Grasputzen stets eine größere Anzahl von Frauen aufgenommen worden. Herr Oberingenieur Gentner sah dies jedoch als eine überflüssige Ausgabe an.

Sein Verdienst ist es, wenn diese Frauen heute nicht mehr zu dieser Arbeit aufgenommen werden, und zwar nur deshalb, um der Direktion zeigen zu können, was für ein Sparmeister er ist und dafür durch rasches Avancement und außerordentliche Remunerationen belohnt zu werden.

Wir wollen dem Herrn Streckenvorstand den Rat geben, bei Hinausgabe von solchen Zirkularen bekanntzugeben, wenn die Wächter diese Arbeit eigentlich verrichten sollen, oder ob sie sich hierzu Leute aufnehmen und von ihrem Verdienst bezahlen sollen. Ebenso möchten wir ihn ersuchen, die Bediensteten wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht einzuschüchtern oder mit Schädigungen zu drohen, da es unserer Meinung nach ihn gar nichts angeht, welcher politischen Partei oder Organisation die Bediensteten angehören.

Sollte sich der Verwaltungsrat darüber wundern, daß die Presse der A.-L. G. kein Loblied singt, wie er dies von den bezahlten „Bohemia“ und anderen bürgerlichen Blättern gewohnt ist, dann mag er das — durch Herrn Enders eingeführte „System der eisernen Faust“ beseitigen und für alle Bedienstetengruppen menschenwürdige Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse schaffen.

Leobersdorf. Der Herr Stationschef Oberreident Neusser betrachtet das ihm unterstehende Personal nicht als Eisenbahnbedienstete, sondern glaubt, einen jeden als Stubenmädchen behandeln zu können. Da Herr Neusser im Dienst sehr wenig oder gar nichts zu beanstanden findet und seine dienstliche Verrichtung nur im Unterschreiben besteht, so verlegt er sich auf die Stationsreinigung. Reinlichkeit ist die Zierde eines jeden Hauses, aber was er in diesem Fach leistet, das macht ihm so leicht keinen nach. Die abgebrannten Streichhölzchen zwischen den Schienen, Papierchen auf der Böschung zusammenklauben, Fensterputzen der Wächterhütten (wenn auch keine Glastafeln darinnen sind) und Wechselputzen, das sind die Hauptarbeiten der Wächter. Verschub und Zugverkehr sind Nebenache. Infolge des schon zehn Jahre projektierten Umbaus der Station wurde an den Wächterhütten schon seit Jahren keine Reparatur mehr vorgenommen, und Wind und Regen finden reichlich Einlaß. Für die Verschleber wurde schon vor einem Jahre ein alter abmontierter Kastenwagen in die Station gebracht, welcher noch bis heute auf seinem Abladeplatz unberührt steht. Die Verschleber müssen sich trotz wiederholten Bitten wachsfrei auch im kommenden Winter in den luftigen Personenwagen Rheumatismus und andere Krankheiten holen.

Kommt man erst in das Stationsgebäude, so erblickt man dort das Stellwerk, eine Sicherungsanlage trotz seines fünfjährigen Bestandes, an alte Zeiten erinnernd, für jedermann zugänglich, allen Sturm, Staub und Wetter ausgesetzt, und ohne Stodensignalfahlgwerk, ohne Vorläutwerk, als einziges Verbandsmittel zu stehen über die Köpfe der Beamten. Person befähigten Reisenden, welches einige Herren Beamte besonders gut können, „aber“ gepust muß es sein, alles andere ist Nebenache für den Herrn Chef.

Nun zu den in nächster Nähe des Herrn Chefs befindlichen Eilgut- und Stationsarbeitern, welche einen 24stündigen Dienst haben und infolge des Ueberganges auf die k. k. Staatsbahn viel Arbeit haben; nun sollte man glauben, daß sie ihren großen Lohn schon mit der normalen Arbeit verdienen würden, aber weit gefehlt; sobald sich auch nur die geringste Pause zeigt, ist der gute Herr Chef auch schon hinter ihnen her, und da heißt es putzen und Türen und Fenster mit Petroleum anschmieren, bis die ganze Station davon stinkt.

Dabei kann man von diesem Herrn auch recht schöne Ausdrücke hören, wie zum Beispiel, wenn er die Leute gerade beim Gabelstift essen überfaßt; da äußerte er sich vor kurzer Zeit, das Gefindel sieht man nur immer freieren, ich werde ihnen den Brotkorb schon noch höher hängen. Wir könnten auch noch andere Zitate dieses Herrn bringen, welche er gegenüber den Bediensteten gebraucht, wollen aber diesmal davon Abstand nehmen.

Das Verschubpersonal scheint dem Herrn Chef ein besonderer Dorn im Auge zu sein, warum kann der Herr wohl selbst nicht sagen, da unseres Erachtens die Leute ihren gefahrvollen Dienst ordnungsgemäß versehen; auf die Einschüchterungen des Herrn Assistenten Till, soll der Herr Stationschef nicht zu viel geben, da der Herr schon zur Genüge seine Unfähigkeit zum Verkehrsdienst bewiesen hat. Wir werden uns schon noch mit diesem Herrn näher befassen müssen, der Herr scheint nämlich nur im Dienst zu sein, um die Leute zu verunglimpfen und beim Herrn Chef unwahre Angaben zu machen. Die Bediensteten und Arbeiter haben das Recht, eine menschenwürdige Behandlung vom Herrn Vorgesetzten zu verlangen. Hoffen wir, daß es auf diese Reizen besser wird. Den Bediensteten rufen wir aber zu: Sinein in die Organisation bis zum letzten Mann! Laßt euch nicht von dem Herrn zum Südbahnerverband zwingen, es genügt keinem Mann, daß er aus Angst vor den Vorgesetzten Mitglied des Südbahnerverbandes wird.

Billich. (Abtschiesseier.) Donnerstag den 28. September abends fand sich im Vereinslokal der Eisenbahnerorganisation I, im Unterlassener Gasthaus in Lind, eine große Anzahl Genossen und Genossinnen ein, um den aus „Dienstverhältnissen“ nach Leoben versetzten Genossen Pirker und Heißel Lebenswohl zu sagen. Der Besuch bewies am besten, welches Vertrauen sich die beiden Genossen, besonders unter den Eisenbahnern, erworben haben, und nicht allzu leicht wird die Lüge, die ihre Versekung reizt, wieder ausgefüllt werden können, obwohl sich alle Genossen gelobten, nicht locker zu lassen, und unter den Eisenbahnern noch eine Fülle von Kraft für die Organisation vorhanden ist. Bei der Feier hielten die Genossen Auzinger für die Ortsgruppe I, Genosse Brandl für die Dienstkollegen, Genossin Bösl für die Frauenorganisation, Genosse Ruzizka für die Ortsgruppe II, Genosse Bösl für den Gewerkschaftsverband und Genosse Schatzmayer für die Partei kurze Abschiedsreden, die alle dahin ausliefen, auch weiterhin der Idee des Sozialismus treu zu bleiben. Es wurde von den einzelnen Rednern hervorgehoben, daß die verdeckten Maßregelungen der beiden Genossen lediglich ein Machwerk der nationalen Herren ist, die damit nur den Beweis liefern, daß ihnen alle ihre Lügen und Verleumdungen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nichts genützt haben. Obwohl die Nationalen über ganze Scharen von Professoren, Doktoren, Direktoren, Kommissären, Ingenieuren, Lehrern und anderen mehr als Agitatoren verfügen, obwohl sie die ganze Intelligenz auf ihrer Seite haben, sind sie an Argumenten so arm, daß sie den Kampf nur dann erfolgreich führen zu können hoffen, wenn sie unsere Genossen auf solch jämmerliche Art aus dem Wege räumen. Daß sich die nationalen Herolde damit nur ein Armutzeugnis ausstellen, scheinen ihre „intelligenten“ Kreuzzümpfer gar nicht zu begreifen. Alle Versuche dieser Herrschaften, unsere Organisation auf eine solche Art zu zerstören, sollen an der Tatkraft und Entschlossenheit des Personals zuschanden werden. Nach wie vor werden die Genossen und Genossinnen mit den Scheidenden eines Sinnes sein und Dank und Anerkennung sei ihr Lohn. Die Genossen Pirker und Heißel dankten und verabschieden, auch ihrerseits sich nicht „zu bessern“, sondern weiterzuarbeiten wie bisher. Damit war der offizielle Teil erledigt, aber noch lange blieben die Genossen und Genossinnen bei den Vorträgen des Eisenbahnergesangs „Flugrad“, der geradezu Vorzügliches leistete, und den Redner-Vorlesungen des Genossen Rothwangel in frohlicher Stimmung beizumischen. Noch einmal ein herzliches Lebenswohl und ein kräftiges „Bahn frei!“ den beiden Genossen, die auch in Leoben ihren Platz ausfüllen werden, so daß die Dienstverhältnisse ihren Zweck nicht erfüllen.

Magenfurt. (Ein Lausbubenstück.) Ein paar deutschnationale Wuden haben, um sich in ihrer ohnmächtigen Wut zu rächen, folgende Tat vollbracht: Sie schickten an die Redaktion des sozialdemokratischen „Arbeiterwille“ in Graz ein Schreiben, worin sie unseren Genossen in der gemeinsten Weise verleumdeten. Um nun diesem Schwindel den Schein der Echtheit zu geben, stellten sie in ihrem Schreiben die Sache so dar, als ob in einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerführung der Beschluß gefaßt wurde, die erdichteten Schandthaten der Genossen Florian und Wildling in unserem Landesparteiorgan, dem „Arbeiterwille“, zu veröffentlichen.

Um der Zuschrift den Stempel der Glaubwürdigkeit aufzudrücken, fälschten die nationalen Strauchritter die Unterschriften der Genossen Waidich, Pirch und Hütter und freuten sich im stillen ihrer gemeinen Tat. Die Helben hatten jedoch wenig Glück. Die Sache war trotz der künstlich verzogenen Schrift so plump stilisiert, daß die Redaktion sofort Verdacht schöpfte und Erkundigungen einzog. Dadurch waren die Schwindler entlarvt. Wir haben diese Probe deutschnationaler Kampfesweise nicht deshalb angeführt, um dagegen zu polemisieren, sondern um zu beweisen, wie leichtgläubig die Redaktionen deutschbürgerlicher Blätter ihren treudienstlichen Eifersenden oft aufpassen. Jetzt versehen wir, aus welcher Quelle die „Wiltacher Zeitung“ und die „Freien Stimmen“ ihre Unratkübel füllen. Wer sich von den Genossen für die neuesten Gemeinheiten der deutschnationalen Strauchritter interessiert, der kann bei Genossen Florian Einseitig nehmen. Vielleicht gelingt es uns, die Schreiber dieses Pamphlets ausfindig zu machen.

Selzthal. (Nachruf.) Die organisierten Eisenbahner von Selzthal rufen ihrem nach Amstetten versetzten Genossen Obmannstellvertreter Karl Steuerregger ein herzliches Lebenswohl nach und beglückwünschen die Amstetter Genossen zu diesem tätigen und strammen Genossen.

Kittelfeld. Es diene den werten Mitgliedern zu Kenntnis, daß sich das Vereinslokal im Volksheim, am Hauptplatz Nr. 2, befindet, woselbst jeden Sonntag Einzählungen der Mitgliedsbeiträge stattfinden. Die Bibliothek ist jetzt zentralisiert und umfaßt 1000 Bände, welche jeden Samstag abends von 7 bis 9 Uhr und Sonntag vormittags von 9 bis 11 Uhr zur Ausgabe gelangen. Die Monatsversammlungen werden am ersten Samstag im Monat veranstaltet und werden die Kollegen eruchtet, dieselben zahlreich zu besuchen. Ferner befindet sich im gleichen Haus das Arbeiterssekretariat, in welchem Rechtsauskünfte aller Art erteilt und Besuche sowie Klagen und so weiter verfaßt werden. Auch eine Jugendbibliothek befindet sich da, aus welcher die Kinder der Genossen und Genossinnen Bücher entlehnt erhalten. Dieses alles wurde geschaffen aus der Kraft des Proletariats und ist es Pflicht der Genossen, für den Ausbau ihrer Organisation zu sorgen.

Komotan. (K. k. Staatsbahnen.) Wiederholt hatten wir Gelegenheit, die Protektionswirtschaft und das Denunziantenwesen, das jetzt unter dem Regime des Vorstandes Herrn Hanl prächtige Früchte zeitigt, zu beleuchten. Früher zeigte sich der Herr Vorstand unparteiisch und es war ihm gleichgültig, ob er einen Sozialdemokraten oder einen Nationalen vor sich hatte.

Doch in letzter Zeit tritt er, wahrscheinlich gezwungen durch seinen bösen Geist, den stramm deutschnationalen Stationsmeister Mupprich, der seinerzeit als Obmann bei der „Rebnota“ in Währten fungierte, offen gegen die Sozialdemokraten auf.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns erlauben, an den Herrn Vorstand die Anfrage zu richten, wer bei Personalangelegenheiten eigentlich disponiert. Der Herr Vorstand oder der Herr Mupprich? Es wäre wünschenswert, wenn Herr Hanl der Ehrenbläse der Herrn Mupprich nicht so viel Gehör geben würde und als streng unparteiischer Vorgesetzter handeln möchte. Das Personal läßt sich von seinen schönen Worten nicht mehr irreführen, es hat den Wolf im Schafspelze bereits erkannt.

Die Ungleich der Herr Vorstand vorgeht, zeigen einige Fälle. Der Oberbauarbeiter Gräfner, der 14 Tage am Oberbau arbeitete, wurde allen Bediensteten vorgezogen und in der Station verwendet, trotzdem viel ältere Arbeiter vorhanden sind.

Der Herr Vorstand ist über dessen Arbeit des Lobes voll, doch meinen wir, daß sich der Herr Vorstand von den Leistungen nur sehr oberflächlich überzeugt haben dürfte.

Böse Leute behaupten, es wäre eine besondere Protektion im Spiele. Ein anderer Bediensteter, der schon einige Jahre bei der Bahn bedienstet ist und von der Direktion als Verschleber aufgenommen wurde, dem werden Hindernisse in den Weg gelegt, indem er sich noch einmal ärztlich untersuchen lassen muß, obwohl er bereits bei der Aufnahme und bei der Einreichung in den Provisionsfonds ärztlich untersucht wurde. Durch dieses Scheinmandat soll der Arzt einen Fehler an ihm finden, damit ihm nicht die Gelegenheit geboten ist, in die Station zu kommen.

Warum wird dieser Vorgang nicht prangiert bei solchen Leuten, die von der Station oder vom Magazin zum Fahrtdienst verwendet werden? Hier scheint der Herr Vorstand dem Mupprich zu folgen, der nur Leute vom Reichsbund in Vorschlag bringt. Hat sich der Herr Vorstand bei der Aufnahme für den Stationsdienst bei anderen Bediensteten auch so gestellt? Wurden die anderen auch noch einmal zur Untersuchung geschickt? Bei gewissen Individuen wäre es wohl gerechtfertigt gewesen, diese einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, oder hat es bei Reichsbundlern keine Bedeutung, wenn er nur ein Auge hat und nebenbei schwerhörig ist? Was hier die Hauptrolle spielt, wollen wir vorläufig für uns behalten, hoffen aber, daß diese Zeilen den Herrn Vorstand belehren, daß er dem Personal gegenüber als unparteiischer Vorgesetzter gelten soll. Wir hoffen, daß er den § 20 der Dienstordnung kennt und die Protektionswirtschaft beseitigt, da andernfalls die Äußerungen des Herrn Vorstandes geeignet sind, die Disziplin unter dem Personal zu lockern.

Versammlungsberichte.

Selzthal. Am Samstag den 30. September fand hier in Hubmanns Gasthaus eine äußerst gutbesuchte Eisenbahnerversammlung statt, zu der auch eine Deputation der Beamenschaft erschien. Der Obmann Genosse Kolub erteilte nach den Einleitungsworten dem von der Zentrale entsendeten Referenten Genossen Somitsch zur Tagesordnung: „Die Feuerung und die gegenwärtige Bewegung der Eisenbahner“ das Wort. Der Referent erörterte in seiner zweistündigen Rede, die gegenwärtige Bewegung der Eisenbahner, verweise auf die herrschende Feuerung aller Bedarfsartikel, insbesondere des Fleisches und geistelte hierbei in temperamentvoller Weise den Hungerlohn, der vom alten Kurienparlament beschlossen wurde. Uebergehend auf die Besprechung der Lage der Eisenbahner, besprach Redner die Kämpfe der Eisenbahner in den Jahren 1905 und 1908, bei welchen die Forderungen nur zum Teil bewilligt wurden. Der Referent schilderte die Bewegung der Wiener Arbeiter und das Verhalten der Wiener bürgerlichen Presse gegenüber den Verzweigungsaustrücker der Wiener Bevölkerung. Eingehend besprach er sodann das Communiqué der Regierung und das Verhalten der Gegner und berichtete über die Vorgesprachen der Deputationen beim Eisenbahnministerium und der Abgeordneten beim Minister-

präsidenten. Schließlich hielt er der Versammlung die Notwendigkeit der Solidarität des Personals vor Augen. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Beamenschaft führte Herr Assistent Till aus, daß die herrschende Feuerung auch schon den Mittelstand ergreife und sprach sich sodann gegen die Äußerungen des Referenten in Bezug auf die Schreitweise der nationalen Presse über die Wiener Vorfälle aus. Betreffs des Austrittes des Beamtenvereins aus der Koalition verwies Herr Till auf die Einigkeit des Personals auf der Streda. Genosse Somitsch antwortete hierauf in vortrefflichen Ausführungen, daß eine derartige Einigkeit auch für weiterhin notwendig sei, nicht bloß zur Zeit eines bevorstehenden wirtschaftlichen Kampfes, daß hier nur ein internationaler Zusammenschluß helfen könne und daß die Nationalen sich nur dann solidarisch zeigen, wenn große Kämpfe bevorstehen, wenn die Not beten lernt.

Herr Till verteidigte hierauf die Vereinigung auf nationaler Basis und schloß sich im übrigen den Ausführungen des Referenten an. (Beifall.)

Genosse Kolub schloß hierauf um 11 Uhr nachts die imposante Versammlung, die zeigte, daß das Selzthaler Personal einig und gerüstet ist.

Oberberg. (Eine deutschnationale Versammlung.) Am Freitag den 29. v. M. war ein kritischer Tag erster Ordnung für die österreichische Regierung und den Lebensmittelwucherern. Der deutschpolitische Arbeiterverein für Schlesien, dessen Obermänner, der Abgeordnete Seidl, den Agrariern verpflichtet ist, hatte den deutschsprechenden Arbeitern mittels Flugzettel mitteilen lassen, daß er sich die Feuerung nicht mehr länger gefallen lasse. Der genannte Verein berief eine freie öffentliche Volksversammlung mit folgender Tagesordnung ein: „Die Forderungen der Eisenbahner und Stellungnahme der deutschen Arbeiter zu der Lebensmittel- und Wohnungssteuerung“. Referent Sekretär Franz Heindl aus Jägerndorf. Die Geschichte ging nicht so aus, als sich die Deutschnationalen gedacht hatten, denn die bösen Sozi und darunter wirkliche echte Eisenbahner waren in starker Anzahl erschienen, um sich die Forderungen der Reichsbundler anzuhören. Man konnte aber alles, nur von Eisenbahnerforderungen keine Silbe hören. Das Herz fiel dem Herrn Heindl in die Hosen, wie er der Sozi anständig wurde. Flugs sollte die öffentliche Volksversammlung in eine Vereinsversammlung umgewandelt werden, und es bedurfte der energischen Intervention unseres Genossen Riehler, um den Herren begreiflich zu machen, daß die Versammlung auf diesen Schwindel nicht eingehe. Also wurde mit schwerem Herzen beschlossen, die Vorstehenden wählen zu lassen. In den Vorsteh wurden von deutschnationaler Seite Herr Gürtler und Genosse Rudolf Lindovski gewählt. Und nun gings los. Herr Heindl bestieg als erster Redner die Bühne und donnerte gegen die Feuerung, gegen die Kartelle und gegen die Regierung eine ganze Stunde, und brachte dabei das Kunststück zumege, das Parlament nicht mit einem Wort zu berühren. Er stellte die nationale Koalition als die einzige Retterin der Eisenbahner den Versammelten vor, was einige Zwischenrufe hervorrief. Das eine mußte man Herrn Heindl lassen, schöne Worte zu dreseln und damit nichts zu sagen, das versteht dieser Herr aus dem ff. Aber mit des Schicksals Mächten ist kein Bund zu flechten. Jetzt meldete sich ein wirklicher deutscher Arbeiter, Genosse Riehler aus Oberberg, zum Wort und dieser zeigte dem Herrn Sekretär und seinen Mannen an der Hand eines beweiskräftigen Tatsachenmaterials den nationalen Schwindel auf, den die Herren vom Nationalverband als rationelles Geschäft betreiben. Jedes Wort des Genossen Riehler war eine tiefgründige, schmerzliche Ohrfeige. Es war dem Redner ein leichtes, den Versammelten das Janusgesicht der nationalen Herren vor Augen zu führen und diesen die Masse herunterzureißen. In einer langen Reihe von sozialpolitischen Anträgen, die im Parlament zur Abstimmung gelangen, wies er den nationalen Volksbetrug nach und Herr Heindl bekam in dieser Versammlung sowohl vom Genossen Riehler als auch von unseren Teilnehmern Worte zu hören, die ihm wohl auf lange Zeiten den Appetit verderben haben dürften, wieder nach Oberberg zu kommen. Stürmischer Beifall lohnte die Ausführungen unseres Redners und die paar nationalen Herren stimmten ein Wutgeheul an. Es war aber gefessen. Die Charakterisierung der deutschnationalen Arbeiterführer à la Seidel, Ertl, Wurschopsky, Chuhla und andere mehr war ihnen auf die Herzen gegangen und hatte sie um den Rest ihres bisherigen Verbandes gebracht. Die Versammlungsteilnehmer lauschten mausehntlich den Ausführungen des Genossen Riehler. Nach Genossen Riehler meldete sich Herr Wader, Gastwirt aus Oberberg, Obmann der Gastwirtegenossenschaft für Oberberg und Umgebung, zum Wort. Er wendete sich gegen die Wucherpolitik der Brauereikartelle und unterzog auch die allgemeine Verteuerungspolitik der Regierung und die Kartellwirtschaft sowie die Urteile der Wiener Gerichte anlässlich der Demonstration am 17. September einer scharfen Kritik. In längeren Ausführungen begründete er die Haltung der Wirte, die heute zum größten Teil von den Brauereien abhängig seien und daher gezwungen wären, den Befehlen derselben zu gehorchen. Er meinte zum Schluß, die Bevölkerung solle den Wirten in ihren schweren Kämpfen beifällig sein, aber nicht das Bier zu konsumieren, da den Wirten dadurch ein großer Schaden erwachse. Herr Wader hatte im großen und ganzen sehr sachlich gesprochen, wenn man von einigen Entgleisungen und den etwas weilschweifigen Ausführungen abliest. Aber das eine müssen wir konstatieren, daß für einen Teil der Wirte keine Notwendigkeit besteht, die Bierpreise zu erhöhen, da es auch Brauereien gibt, die nicht die Preise erhöht haben (zum Beispiel Radwaner Brauerei). Weiters bemerkten wir, daß der einzig wirksame Kampf in diesem Falle der Boykott ist. Wir eruchten daher die Bevölkerung von Oberberg und Umgebung, kein verteuertes Bier zu trinken. War die Debatte bis zu diesem Moment so ziemlich sachlich, so änderte sich das mit einem Schläge, als Herr Auß, seines Zeichens Stationsmeister und Reichsbundler, die Tribüne bestieg. Man glaube bei den ersten Worten, ein verrücktes Kasperl habe zu viel Wasser geschluckt. Er gurgelte unverständliche Worte, und der ganzen Jeremiade Schluß war ein kübel stufender Jauche, der über die sozialdemokratischen Organisationen und deren Führer ergossen wurde. Man erkannte sofort, daß dieser Mann ein ganzer Reichsbundler sei. Speziell mußten die Willen der Genossen Kemner und Bernerstorfer und die Ringstrahlenpalais des Genossen Komtsch herhalten, nach dem alten Grundsatz: „Verleumde nur fest darauf los, etwas bleibt schon hängen!“ Wir werden dem Herrn Gelegenheit geben, die Wahrheitsbeweise für seine Behauptungen bei Gericht zu erbringen. Nun kam nochmals Genosse Riehler zum Wort, welcher sich zuerst mit den Ausführungen des Herrn Wader beschäftigte, und den Wirten die Hilfe der Arbeiterschaft zusicherte, falls der Kampf von den Wirten mit allem Ernst gegen die Brauereiproben aufgenommen würde. Dann rechnete er mit Herrn Auß ab, aber gründlich, so daß dieses Herrchen Tollwutanfälle bekam und sogar mit einer Klage drohte. Zum Schluß bekam nochmals Herr Heindl das Wort. Er versuchte die Annürde des Genossen Riehler zu entkräften, was ihm aber gar nicht gelingen wollte. Im Gegenteil: Er ließ die Nationalverbändler und Herrn Seidl fallen, gab weiters zu, daß die deutschnationalen Kandidaten mit 80.000 Kr. Wahlunterstützung ins Parlament gebracht wurden, weil sich die Herren Industriellen — gar so sehr für das Parlament interessieren und die gewählten National-

verbändler wieder für die eisernen Kassen der Herren Unternehmer. Kurz, die Erwiderung war ein Schnitt ins eigene Fleisch. Er mag das auch bemerkt haben. Es kann mit gutem Recht behauptet werden, daß für die Herren Nationalen diese Versammlung ein Kreuzweg im wahrsten Sinne des Wortes gewesen war, während die Sozialdemokraten einen starken moralischen Erfolg davontrugen. So erfolgten auch mehrere Beitritte in die politische Organisation, trotz der Lügen und Verleumdungen der Herren Heindl und Aust und trotz ihrer Phrasen und dem Wutgeheul der Herren Nationalen. Der einzige Erfolg, den die Nationalen aufzuweisen haben, ist der, daß sie den Genossen Pichler nach der Versammlung aus seiner Stellung herauszubringen vermochten, in der Absicht, ihn so von Oberberg loszubringen. Letzteres wird denselben wohl nicht gelingen und die Leute, die in der Frage der Feuerung nichts anderes zu tun wissen, als Phrasen zu dreschen, können sich also nur der traurigen Tat rühmen, einen deutschen Arbeiter um seine Existenz gebracht zu haben.

Braunau am Inn. Sonntag den 17. September wurde von der Ortsgruppe Braunau in Mühlfeld eine § 2-Eisenbahnerversammlung abgehalten. Als Referent war Genosse Ehart aus Linz anwesend, welcher über die Lage des gesamten Eisenbahnerpersonals sprach.

Wißah. Am 9. August fand hier in Frau Unterloffer's Gasthaus eine sehr gut besuchte Wächterversammlung der Strecke Marburg-Franzensbrunn statt, in der Personalkommissionsmitglied Genosse Herzog, welcher eben zur Erholung in Magensfurt weilte, referierte. Anschließend an dieses Referat entspann sich eine lebhaftige Debatte, zu der viele Wächter das Wort ergriffen. Schließlich wurde dem Genossen Herzog Dank und Vertrauen für sein bisheriges Wirken ausgesprochen, mit der Aufforderung, auch für alle Zukunft die Interessen der Wächter mit Innerschonenheit zu vertreten.

Weiters wurden zwei Resolutionen angenommen, eine dahingehend, welche den Mißbrauch der Lohnerhaltungssektion verurteilt, womit dieselben stets einen Urlaub von 24 Stunden für anderthalb Tage berechnen, was im schroffen Widerspruch zu dem diesbezüglich geltenden Erlaß der Vaudirektion steht; die zweite dahingehend, daß die Wächter die anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit in die Pension verlangen, unbedingt aber daran festhalten müsse, daß mit 30 Dienstjahren die volle Pension erreicht wird, andernfalls ihre Vertreter im Pensionsausschuß eine Reform zu gunsten nur einer oder einiger Kategorien zu negieren hat.

Zum Schluß wurde für die künftige Personalkommission einstimmig Genosse Herzog als Kandidat vorgeschlagen, weiters wurden auch noch die Genossen Luchner und Regensburger als Kandidaten in Vorschlag gebracht.

Mährisch-Schönberg. Am 30. September fand im Arbeiterheim eine sehr stark besuchte Eisenbahnerversammlung statt. Diese Versammlung hat die hiesige Ortsgruppenleitung zu diesem Zwecke einberufen, um die Eisenbahner über das demagogische Treiben der nationalen Vereine (die sogenannte neue Koalition) aufzuklären und es vor unüberlegten Schritten zu warnen.

Im Verlauf der Debatte wurde der Beschluß gefaßt, die Zentralkommission aufzufordern, bei der im Zuge befindlichen Aktion dahin zu wirken, daß insbesondere auf die Forderungen der Arbeiter, die Ernennung der jahrelang im Dienste stehenden Aushilfsbedienten zu Aushilfskondukteuren, respektive Kondukteuren, auf die Stabilisierung der Werkstättenarbeiter und auf den Ausgleich der durch die Regulierung ungerecht zurückgebliebenen länger dienenden Bediensteten mit aller Macht gedrungen wird. Ueberhaupt soll diese Aktion alle Kategorien von Arbeitern und Bediensteten umfassen. Es wurde die Befürchtung in dieser Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß es wieder nur die Beamten sein werden, die den Löwenanteil davontragen werden, für Arbeiter und Bedienstete aber nichts übrig bleibt.

Aus den Organisationen.

Stauding. Die hiesigen Mitglieder und Funktionäre sprechen dem langjährigen unserer Zastelle angehörigen Mitglied Franz Lieblich, Lokomotivführer der St. E. G., welcher infolge Verletzung in den Ruhestand ausschied, für seine Tätigkeit und insbesondere für das Geschenk von 26 Büchern zur Ausstattung unserer Bibliothek den wärmsten Dank aus.

Neu-Nigen. In der außerordentlichen Generalversammlung der Zastelle Neu-Nigen am 1. Oktober wurden folgende Funktionäre gewählt: Ferdinand Pölzinger, Obmann; Anton Rothbauer, Kassier; Leopold Prater, Schriftführer; Johann Schlager, Bibliothekar; Ignaz Bayer, Kontrolleur; Franz Wirth, Johann Nuhner, Johann Weno, Ausschussmitglieder. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Ferdinand Pölzinger, Wächterhaus 80a, Post Neu-Nigen.

Technisches.

Sandstreuer für Lokomotiven. Im Sommer pflegen sich alljährlich die Eisenbahnkatastrophen zu mehren, ähnlich wie die Unglücksfälle in den Alpen. Da kommt es denn jedem mit verstärkter Kraft zum Bewußtsein, daß auch die kleinste Verbesserung der bestehenden Vorrichtungen für die Sicherstellung von Rügen von unberechenbarem Wert ist. Mit der Verhütung von Entgleisungen in Kopfstationen und auf toten Geleisen ist man schon einigermaßen fertig geworden, nachdem endlich jemand das Kolumbussei gefunden hatte, daß man ja nur das Ende des Geleises genügend mit Sand zu bestreuen braucht, um unter allen Umständen zu verhindern, daß die Lokomotive über die Puffer hinausfahren könnte. Gewissermaßen eine Erleichterung dieser Einrichtung ist ein von dem Franzosen Lambert erfundener Apparat, der für Lokomotiven etwa dasselbe bezweckt, wie der Sandstreuer bei den elektrischen Straßenbahnen und auch ungefähr dieselben Mittel dazu anwendet. Der Gedanke ist auch für eigentliche Eisenbahnzüge längst nicht mehr neu, vielmehr kommt eine große Zahl verschiedener Konstruktionen von Sandstreuern vor, die aber, abgesehen von einem zuweilen ziemlich hohen Preis, den Fehler haben, leicht zu versagen, wenn der Sand nicht durchaus trocken gehalten wird, weil er sonst nicht schnell genug aus dem Apparat heraus auf das Geleise fließt. Diesen Mangel hat Lambert, ein Ingenieur einer der größten französischen Eisenbahngesellschaften, durch diese Erfindung zu vermeiden gesucht. Er verzichtet von vornherein auf trockenen Sand, sondern mischt ihn gleich mit einer genügenden Menge Wassers, aber doch so, daß er eine hinreichende Bremswirkung hervorbringt. In Frankreich sind bereits 350 Lokomotiven mit dem neuen Apparat ausgestattet worden, der sich durchaus bewährt hat, sogar bei Versuchen im vorigen Winter zur Zeit eines starken Frostes. Die Vorrichtung soll nicht allein die Bremswirkung steigern, sondern das Gleiten der Maschinen auf den Geleisen bei zu großer Glätte, namentlich bei starkem Bewälte der Strecke, verhindern.

Abonniert die Arbeiterpresse.

Verschiedenes.

Das amtliche Roß.

Das Wiener Landesgericht hat einen Demonstranten, der am 17. September mit einem Spazierstock den Pferd eines berittenen Wachmannes einen Schlag versetzte, zu einem Jahr schweren Kerker verurteilt.

Die fatten Herren vom Wiener Gericht, Sihen in zwei Senaten Und richten, was am Siebzehnten, Die Wiener Hungernden taten.

Summarisch schlägt ihr Verfahren ein, Auf ein und zwei Jahre, Ob Fensterheibe, ob Polizist, Sie kennen nur eine Ware.

Ich war mir, als ich alles las, Sofort über sie im Reinen, Doch ihre Spezialität Sah ich nur an dem einen:

Ein Armer, dem die Polizei Kam nahe ins Gebege, Versetzte dem Pferd des Reitwachtmanns, Im Kerker zwei sanfte Schläge.

Hätt' er dem Wachmann sie versetzt, Sechs Monate nur braucht er brummen. Doch da er sich am Roß vergriff, Muß er ein Jahr verstummen!

Ein Jahr für einen Pferdeschlag — O, Vaterland, sei gepriesen! Der achtundsiebziger Paragraf Entwickelte sich zum Riesen.

Der Hunger tut uns nicht mehr weh, Es gibt noch gerechte Richter, Die züchtigen nach Herzenslust Das hungernde Geschlecht.

Was schreien wir gegen Teuerung? Im Kerker gibst du essen, Da wird kein Gaultsch und kein Gericht Auf uns're Versorgung vergessen. „Salzburger Wacht.“

Eine Bahnwärterin rettet 900 Soldaten. Für einen Militärsenderzug, der etwa 900 Mann (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) in das Manövergelände im Weidenburgischen bringen sollte, war auf der Station Schönberg (Medlenburg) ein Aufenthalt von 18 Minuten vorgesehen. Anstatt in Schönberg zu halten, fuhr der Sonderzug durch die Station hindurch und geriet hinter Schönberg auf das Geleise, das wenige Augenblicke später der D-Zug Kleinen-Lübeck-Hamburg, für den bereits freie Fahrt gegeben war, in entgegengesetzter Richtung passieren mußte. Am nächsten Bahnhofsgebäude, in der Richtung Grevesmühlen, hatte die Frau des Bahnwärter's den Dienst zu versehen; sie hörte die fortwährenden Bremsignale der Lokomotive des Militärsendes und sah den Zug dann trotzdem durch die Station Schönberg hindurchfahren. Ohne sich lange zu besinnen, entfaltete die geistesgegenwärtige Frau ihre rote Fahne und stürzte dem D-Zuge, den sie wegen einer Kurve zwar noch nicht sehen konnte, aber bereits fernher hörte, entgegen und brachte ihn glücklicherweise eine ganze Strecke vor dem Militärsenderzug, der inzwischen auch zum Halten gebracht wurde, zum Stehen. Das Unglück, wenn beide Züge ineinander hineingefahren wären, wäre unbeschreiblich gewesen.

Mitteilungen des Rechtsbureaus.

Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die juristische Sprechstunde ab Dienstag den 3. Oktober 1911 von 6 bis 7 Uhr abends (anstatt wie bisher von 7 bis 8 Uhr abends) an jedem Dienstag abgehalten werden wird. Ist Dienstag ein Feiertag, so ist die Sprechstunde am vorhergehenden Montag, auch von 6 bis 7 Uhr abends.

Die jetzige Ansetzung der Sprechstunde erleichtert auch den Mitgliedern aus der Provinz den Besuch der Sprechstunde, da sie noch die Abendzüge bequem erreichen können.

In dieser Sprechstunde werden auch in privaten Angelegenheiten von den die Sprechstunde abhaltenden Herren Dr. Harpner und Dr. Kay Auskünfte erteilt. Im Interesse aller Genossen ist es gelegen, von dieser Einrichtung gegebenenfalls Nutzen zu ziehen.

Das Zentralsekretariat für das Rechtsbüreau: Dusek.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 28. September 1911. — Entgegennahme des Berichtes des Administrators über verschiedene administrative Angelegenheiten. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Sprechsaal.

Achtung! Bedienstete und Arbeiter der k. k. Oesterreichischen Staatsbahnen. — Mitglieder des Provisionsinstituts für Bedienstete und Arbeiter Achtung!

Eisenbahner, Kollegen, Genossen!

Die Funktionsperiode des Ausschusses des Provisionsinstituts für Bedienstete und Arbeiter der k. k. österreichischen Staatsbahnen ist zu Ende und es finden demnach die Neuwahlen in den Ausschuß des Provisionsinstituts statt.

In Anbetracht der eminenten Wichtigkeit dieser Institution, in welcher nicht nur über die statutarischen Rechte der Mitglieder mitentschieden wird, sondern auch die besonders wichtigen Aufgaben, die der Erledigung noch harren, und deren Durchführung unerlässlich, ihrer Pflicht bewußte Männer erfordert, ist es notwendig, daß die Mitglieder dieses Instituts wie ein Mann für die von der Organisation empfohlenen Kandidaten eintreten.

Kollegen, Genossen! Die Organisation, die im Verein mit den Vertrauensmännern die Kandidaten nominierte, empfiehlt euch bewährte Männer, die zum großen Teil dem Ausschuß bereits angehört und auf dem Gebiet der Alters-

versorgung bereits Erfahrung besitzen und die ihre Tüchtigkeit und ihr Pflichtgefühl bereits betätigt haben.

Dem die verfloßene Tätigkeitsperiode des Ausschusses des Provisionsinstituts war nicht nur reich an Arbeit, sondern auch reich an Erfolgen, und die abtretenden Männer können sich rühmen, der Altersversorgung bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen neue Wege erschlossen zu haben, und diese zum Wohle der Mitglieder ausgestaltet zu haben.

In der abgelassenen Periode ist nicht nur die Anrechnung der 40prozentigen Quartiergehloquote, die anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit zur Bemessung der Provisionsgrundlage für das Zugbegleitungspersonal, die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das im Taglohn stehende Personal von 70 Prozent auf 85 Prozent, sondern auch eine Menge anderer ebenfalls wichtiger Angelegenheiten, die in das Gebiet der Wahrung der statutarischen Rechte der Mitglieder fallen, durchgeführt worden; ebenfalls ist es den Ausschußmitgliedern gelungen, betreffs der Aufnahme der Arbeiter Maßnahmen zu schaffen, die es ermöglichen, daß die Schikanen, denen der Arbeiter in früheren Zeiten ausgesetzt war, auf ein Minimum reduziert wurden. Es ist dem Ausschuß auch gelungen, nicht nur die Vereinigung des Provisionsfonds der O. N. B. B. mit dem des k. k. Staatsbahnsfonds unter günstigen Bedingungen durchzuführen, sondern auch für die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen Begünstigungen, sowohl betreffs der Aufnahme in das Provisionsinstitut der k. k. Staatsbahnen, als auch betreffs der Nachzahlung der früher bei den Privatbahnen zugebrachten Jahren zu erreichen.

Auch in der Wohnungsfürsorge hat der abtretende Ausschuß Großartiges geleistet und die auf den Strecken der k. k. österreichischen Staatsbahnen stehenden Personalhäuser geben bereitetes Zeugnis für die intensive Tätigkeit des Ausschusses.

Eine Fülle von erfolgreicher Arbeit! Und noch harren des künftigen Ausschusses schwierige Aufgaben, die zu lösen sind, um das vom früheren Ausschuß begonnene Werk zu vollenden.

In erster Reihe ist das berechtigte Verlangen nach der anderthalbfachen Anrechnung der Dienstzeit für das Versuchspersonal; die Ausdehnung der Berechnung der 40prozentigen Quartiergehloquote auf Witwen und Waisen der Provisionsfondsmittelglieder; der Reduzierung der allgemeinen Dienstzeit von 35 auf 30 Jahre; die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Arbeiter von 85 Prozent auf 100 Prozent; die anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit für das gesamte im Exekutivdienst stehende Personal sowie für die Kesselschmiede durchzuführen; ebenfalls müssen die berechtigten Wünsche der Mitglieder der ehemaligen St. E. G. vertreten werden. Auch das Verlangen nach einer Statutenänderung des Provisionsfonds, wodurch der Wirkungsbereich des Ausschusses erweitert werden soll, muß neuerdings in Behandlung genommen werden. Nicht zuletzt ist es mit Rücksicht auf die bereits zu einer Katastrophe anwachsende Wohnungskalamität notwendig, daß der künftige Ausschuß mit aller Energie sich dafür einsetzt, daß die Wohnungsfürsorge, sowie es die Mittel des Provisionsfonds gestatten, in ein rasches Tempo gebracht wird.

Daß zu dieser Arbeit ganze Männer berufen werden müssen, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Und diese Männer empfiehlt euch die Organisation im Verein mit den Vertrauensmännern der organisierten Eisenbahner Oesterreichs zur Wahl.

Laßt euch nicht durch Verleumdungen und Drohungen, die unsere Gegner, ihre Schwäche erkennend, bei jeder Wahl so gerne gebrauchen, einschüchtern! Folget dem Ruf eures Verstandes, welcher euch sagt:

„Angesichts dieser erfolgreichen Tätigkeit ist keine andere Wahl möglich, als jene zu wählen, die so treu und so energisch für die Interessen der Mitgliedschaft eingetreten sind und eintreten werden.“

Wir empfehlen euch nachstehende Kandidaten zur Wahl:

Ausschußmitglieder:

1. Lamprecht Rudolf, Lokomotivführer, Heizhaus Hütteldorf;
2. Straßer Karl, Oberkondukteur, Wien I;
3. Aneidinger Konstantin, Platzmeister, Wien II;
4. Herzog Johann, Kondukteur, Wien II;
5. Röhler Josef II, Kondukteur, Stabau;
6. Seider Eberhard, Schlosser, Lokomotivwerkstätte Floridsdorf;
7. Souzar Leopold, Aushilfswagenschreiber, Wien, Nordbahn;
8. Beck Alois, Tischler, Werkstätte Jedlese;
9. Neu Theodor, Werkmann, Werkstätte Wien I;
10. Schneider Ferdinand, Maurer, Bahnerhaltungssektion Wien III;
11. Schnobrich Josef, Blocksignaldiener, Penzing;
12. Gollerstepper Josef, Werkmann, Hauptzollamt.

Ersatzmänner:

1. Kubner Josef, Lokomotivführer, Heizhaus Hütteldorf;
2. Drey Dominik, Heizer, Heiligenstadt;
3. Moser Matthias, Verschieber, Wien II;
4. Rauthner Leopold, Oberkondukteur, Wien II;
5. Dolzal August, Verschieber, Wien, St. E. G. Frachtenbahnhof;
6. Pollak Josef, Magazinsarbeiter, Wien I;
7. Feisenhammer Matthias, Gepädsträger, Wien, Nordbahn;
8. Fuchs Stefan, Magazinsarbeiter, Wien, N. B. B.;
9. Vogt Johann, Werkmann, Wien I, Werkstätte;
10. Suttner August, Maurer, Wien II, Bahnerhaltungssektion;
11. Loidold Karl, Oberbauarbeiter, Penzing, Bahnerhaltungssektion;
12. Petzfleisch Blasius, Vorarbeiter, Hauptzollamt.

Eisenbahner, Kollegen, Genossen! Wählt im eigenen Interesse nur die oben angeführten Kandidaten, welche von den Vertrauensmännern der organisierten Eisenbahner aufgestellt und euch zur Wahl empfohlen werden.

Ueber jeden Wahlzettel und jede Wahlstützung wolle man sofort einen wahrheitsgetreuen Bericht mit Angabe von Zeugen an die Redaktion des „Eisenbahner“, Wien V, Bentzengasse 5, einfinden.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Offene Anfragen.

An die k. k. Direktion der Oesterreichischen Nordwestbahn.

Die Wagenpücker der Station Trautau haben am 16. Oktober 1910 ein Gesuch um Aufnahme als Aushilfswagenpücker an die Direktion überreicht, bis heute ist jedoch noch keine Erledigung erfolgt. Auf das hin wollten die Betroffenen, unter denen sich Leute befinden, die sich bereits 4, 10 und 12 Jahre im Bahndienst befinden, zur Audienz gehen, um ihre Bitte nochmals mündlich vorzubringen. Doch wurde den Leuten gesagt, daß eine Audienz „beizt zwecklos“ sei.

Da nun die Kategorie der Wagenpücker eine der schlechtestbezahltesten ist, so ersuchen diese eine k. k. Direktion um Anhörung und Prüfung ihres gerechten Ansuchens.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Prag.

Die Oberbauarbeiter der k. k. Bahnerhaltungsektion in Prag haben trotz wiederholten Bitten die den Bediensteten zugesprochenen Altschwellen nicht erhalten.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Zahlstelle Admont. Die Generalversammlung wird am 22. Oktober um 10 Uhr vormittags im Gasthaus des Herrn Kraus abgehalten.

Zahlstelle Austerlitz. Den Mitgliedern wird bekanntgegeben, daß die Monatsversammlungen ab Oktober wiederum im Vereinslokal (Hotel Schindegger) abgehalten werden.

Inhalt der Nummer 28 vom 1. Oktober 1911.

Große, öffentliche Eisenbahnerversammlung.

Artikel: Von der Parlamentsöffnung. Der Verlauf der Bewegung unter den Eisenbahner. Teuerungsevolutions. Freifahrtscheine nach Argentinien.

Feuilleton: Eine gewerkschaftliche Sonntagsandacht.

Inland: Die Getreideernte und die Teuerung. Frachtermäßigungen zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung.

Bild: Die Wohnungsmisere in Wien.

Ausland: Der britische Gewerkschaftskongress über den Transportarbeiterstreik in England.

Streiflichter: Die Macher vom Reichsbund deutscher Eisenbahner als Mord-Agenten.

Nach Schluß des Blattes: Zur Bewegung auf den Staatsbahnen.

Korrespondenzen: Znaim, Wodenbach, Brünn, Amstetten, Leoben, Mitteldorf-Hading, Leoben, Pragerhof, Schwarzbach-St. Veit, Böhmisches Stannitz, Wien-Penzing, Selthal, Mannersdorf a. d. L., Roderham, Krems a. d. Donau, Mollbau, Passau, Bruned in Tirol, Lindau-Neuten, Klein-Reifling, Teplitz-Waldtor, Znamsbrud, Brünn, Wien-Nordbahn.

Versammlungsberichte: Die Protestversammlung der Eisenbahner in Villach, Ungarn, Wien IX, Oberfurf, Jägerndorf, Deutsch-Wagram, Zittau, Zittau, Franzensfeste, Herzogenburg, Pottau a. d. D.

Aus den Organisationen: St. Pölten, Eisenstein.

Rechte Nachricht: Zur Bewegung der Eisenbahner.

Technisches: Eine Desinfektionsanlage für Eisenbahnwagen.

Verschiedenes: Rechts und links der Eisenbahn.

Literatur: Schlechte Romane.

Bekanntmachung der Administration.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Linz-Prägartern, Marchegg, St. Michael ob Leoben.

Sprechsaal: Bahnrichter, Partieführer und Vorarbeiter der Krainerlinie! Eisenbahner von Znamsbrud und Umgebung!

Offene Anfragen: An die Nordbahndirektion, an das Eisenbahnministerium, an die Staatsbahndirektion Olmütz, an die Verkehrsverwaltung der Südbahn, an das Eisenbahnministerium, an die Staatsbahndirektion Bilsen.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Neufall, St. Valentin, Aßling, Hannsdorf, Purkersdorf, Turnau, Linz, Leoben.

Inferate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Für Herren! Winterulster, Winterrock, Wetterfragen, Winteranzug. Preise von 18 bis 40 Kronen.

Eigene Abteilung für Maßbestellungen. Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem P. T. Eisenbahnerpersonal und Beschäftigten Personal deren Werkstatt 5 Prozent Rabatt von den festgesetzten ersichtlichen Preisen.

Dankfagung. Gefertigter dankt hiermit allen seinen Arbeitskollegen sowie auch jedem einzelnen in der Werkstatt und im Haushalt für die seiner Familie während seines Lebenswunders angedachten und geschehenen Unterstützung.

Die neue Adresse unseres Druckereibetriebes bitten wir genau zu beachten: Druck- und Verlagsanstalt 'Vorwärts' Swoboda & Co. V, Rechte Wienzeile 97

MÖBEL Auf der Herren Eisenbahner! Wlons beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnkreisen altbekannte o langjährig bestehende Fünfhauser Möbelniederlage M. Eisenhammer 142 Wien, XV, Mariahilferstrasse Nr. 142

Gelegenheitskauf! Garantiert echter Hirschbart. Preis 6 Kronen. Seltene Gelegenheit! Versand per Nachnahme Gernsbartbinder Benichel, Wien IX, Altmützg. 3/100

Weltberühmt. Die extraflache amerik. 14-karat. Gold Double, 36stündige Anker-Remont-Taschenuhr.

90 h! Ein Messer für Alle 90 h! mit zwei prima scharf geschliffenen Stabstiften und feinen Drab-Metallschalen.

Blauwe Schlofferhemden, sehr kräftig und groß, K 1.60. Blauwe Schlofferanzüge aus schwerem blauen Stoff.

„OLLA“ Hygien. Spezialitäten. Beste existierende Marke. Per Dutz. K 4.-, 6.-, 8.-, 10.-.

Gutbezahlte Stellung. fanden stets diejenigen, die sich der weltberühmten Selbstunterrichtslehre 'System Karndachfeld' zu ihrer Weiterbildung bedienten.

Wichtig, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!! Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.

Wem daran liegt mit dreijähriger schriftlicher Garantie eine moderne Sprechmaschine mit oder ohne Trichter ohne Anzahlung?

Männerkrank. besten und nervenschwachen Spezialarzt Dr. Kuntzer. Neueste Lehrreife Blutgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankungen.

Petroleum-Heizofen. neuester Konstruktion, auch zum Kochen zu benutzen, geruchlos, kein Ofenrohr, ganz enorme Heizkraft.

Billige böhmische Bettfedern. 1 Kilo graue geschliffene K 2.-, bessere K 2.40, halbweisse K 2.60, weisse K 4.20.

Eidernwolle. Dieses vorzügliche nicht einlaufende Strickgarn liefert auch an Private zollfrei.

Der jetzigen Teuerung bietet man die Stirne. durch direkten Einkauf beim Erzeuger. 40 Meter Kette, 4 bis 16 Meter lang.

Mechanische Strickereien und Strickgarnhändler. Kauffleute und Konsumvereine kaufen Strickgarne (Baumwolle oder Schafwollgarne) am besten und am vorteilhaftesten in der besten Strickgarnfabrik.

Grässlich hohe Preise werden oft für Herren- und Damenstoffe gezahlt. Dies kann jeder Private vermeiden, wenn er seinen Bedarf in diesen als auch in schliesslichen Leinen- und Wäschwaren direkt vom Fabrikplatz deckt. — Verlangen Sie daher kostenlose Zusendung meiner reichhaltigen Herbst- und Winter-Musterkollektion und geben Sie gefl. an, ob Sie feine oder billigere Ware zu kaufen beabsichtigen. Führe nur erstklassige Erzeugnisse. 194

Tuchversandhaus Franz Schmidt
Jägerndorf Nr. 76, Oest.-Schles.

Uhren
(in eigener Werkstatt reguliert und passiert, daher streng verlässlich und genau funktionierend).

Gold-, Silber- u. optische Waren
in neuen, sorgfältig gewählten Modellen erhalten Sie unter weitestgehenden Garantien gegen

mässige Teilzahlungen im Teilzahlungshaus
Max Eckstein
handelsgerichtlich. protok. Uhrmacher
Wien I, Wildpretmarkt 5
I. Stock (im eigenen Hause). 190
Verlangen Sie meine reich illustrierte Preisliste.

Kaufe bei Kraus
war edle schöne Leinen schätzt!
Zu Reklamepreisen: 137

1 Stück Irlander Webe 80 Zentimeter breit, 23 Meter lang . . . K 11-50
Leintücher ohne Naht aus sehr schöner, bester Flachleinwand, 150x225 Zentimeter gross . . . K 16-20

Reste sehr schöner weisser Wäschewebe
feinfädig, für jede Wäscheart haltbarst . . . per Meter Mindestabgabe 3 bis 4 Roste, zusammen zirka 40 Meter. 55 h

1 Dutzend Leinwandhandtücher 50x110 Zentimeter gross. K 6-
Doppeldamast Prachthandtücher, reinl. 60x120 gross K 12-
Versand per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII (Böhmen).
Muster jeder Art nur gediegenster Webwaren für Haushalt und Ausstattung gratis.
44jähriges bestes Renommee verbürgt Solidität

Die Weltmeisterchaft in der Uhren-Industrie
Extraflach! endlich erobert! Hochelegant!
Kavalier Gold-double Uhr
prämiierter Marke nur fr. 4.90. Dieselbe besitzt ein gutes 36stünd. Aufwerk und ist auf elektrischem Wege mit echtem 18karat. Gold überzogen. Garantie für präzisen Gang 4 Jahre. 1 Stück fr. 4.90, 2 Stück fr. 9.80. Jeder Uhr wird eine fein vergoldete Kette umsonst beigelegt. Gleiche Damenuhre in gleicher und eleganter Ausführung fr. 5.90. Kiffelohr, Umtausch erlaubt, eventuell Geld retour. Versand per Nachnahme.

Solzer & Wohl, Kratau Nr. 51, Desterreich.

Brünner Stoffe
für Herrenkleider zu billigsten Fabrikspreisen kauft man am besten bei 195

Etzler & Dostal
Brünn Nr. 93

Lieferanten des Lehrerbundes und des Staatsbeamtenvereines.

Durch direkten Stoffeinkauf vom Fabrikplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch das kleinste Mass wird geschnitten.
Reichhaltige Musterkollektion postfrei zur Ansicht.

Beste billigste Bezugsquelle!
Bettfedern, Daunen

JOSEF BLAHUT DESCHENITZ

1 Kilo neue, graue, geschliffene Bettfedern K 2.-, bessere K 2.40, halbwelche prima K 2.80, weiße K 4.-, bessere K 6.-, Gertschalttschliff, schneeweiß K 8.-, Daunen, grau K 6.-, 7.- und 8.-, Daunen, weiß K 10.-, Brusthaum K 12.-, Kaiserhaum K 14.-, von 5 Kilo an franco.

Fertige Betten
aus dichtfäbigem roten, blauen, gelben oder weissen Plüsch. 1 Tuchent zirka 180/180 cm groß, samt 2 Koppkissen, diese zirka 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Federn, K 16.-, Halbdaunen K 20.-, Daunen K 24.-, Tuchent allein K 12.-, 14.- und 16.-, Koppkissen allein K 3.-, 3.50, feiner K 4.-, Tuchent, zirka 180/140 cm, K 15.-, 18.- und 20.-, Koppkissen, zirka 90/70 cm, K 4.50, 5.- und 5.50, Unterbett, zirka 180/110 cm, K 13.-, 15.- und 18.-, Kinderbetten, Bettüberzüge, Betttücher, Matratzen, Steppdecken, Planeldecken u. f. w. billigt, versendet per Nachnahme, Verpackung gratis, von K 10.- an franco

Josef Blahut, Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).
Nichtpassendes umgetauscht oder Geld retour. Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franco.

Heile die Trunksucht
ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.
Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird.
Coom ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.
Coom ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.
Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.
Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trünke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose Coom einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brantwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom-Institut, Kopenhagen, Dänemark:
Ich bitte so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à K 10.—. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trünke ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt und sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmal dankend, verbleibe, ich Sie ehrend, R. F., Diögyör gyartelep 1610, XI/23, Ungarn.

Das Coom-Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch: 218

COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.
Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.

Franz Damiani Lederhandlung und Schuhoberteilfabrikation Innsbruck
Größtes und billigstes Lager aller erdenklichen **Ledersorten.** 240
Anfertigung von Oberteil-Spezialitäten nach Maß und Duzendware, Gummiabfälle, Schuhcreme, Zugehör und Werkzeug.

Dankfagung.
Tucherhande, mich bei jedem einzelnen für die so zahlreiche Beteiligung am Feidenbegangnis meines leider so plötzlich verstorbenen Gatten zu bedanken, spreche ich sowie meine Tochter auf diesem Wege allen jenen, die meinen innigst geliebten Gatten zur letzten Ruhe begleitet, meinen tiefgefühlten Dank aus, insbesondere bei Jubiläen Friedhof (Weg) der Crisgruppe Götting-Gelisch) und den Genossen aus Brünn. Ferner bitte ich alle, für die herrlichen Kranzsenden meinen besten Dank entgegenzunehmen zu wollen.

Mizzi Degeer als Tochter, Marie Degeer als Gattin.

Billige Bettfedern und Daunen

1 Kilo graue geschliffene K 2.-, bessere K 2.40, halbwelche prima K 2.80, weiße K 4.-, prima daunenweiße K 6.-, hochprima K 7.-, 8.- und 9.00, Daunen, graue, K 6.-, 7.-, weiße prima K 10.-, Brusthaum K 12.- von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten
aus dichtfäbigem, roten, blauen, gelben oder weissen Plüsch (Nanking). 1 Tuchent, ca. 180 Cm. lang, 60 Cm. breit, samt 2 Koppkissen, jeber ca. 80 Cm. lang, 60 Cm. breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, haumigen und dauerhaften Bettfedern K 16.-, Halbdaunen K 20.-, Daunenfedern K 24.-, Einzelne Tuchente K 10.-, 12.-, 14.-, 16.-, Einzelne Koppkissen K 3.-, 3.50, 4.-, Tuchente, 200x140 Cm. groß, K 13.-, 15.-, 18.-, 20.-, Koppkissen, 90x70 Cm. groß, K 4.50, 5.-, 5.50. Untertuchente aus bestem Bettgarn, 180x110 Cm. groß, K 13.- und K 15.-, versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Mag Berger in Deschenitz Nr. 423 a, Böhmerwald.
Seltu Riffe, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige illust. Preisliste aller Bettwaren gratis.

Die **„Patent-Korkkappe“**
ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken
Wilhelm Beck & Söhne
Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Erklärung.
Ich Gefertigter Leopold Riedl erkläre, daß ich die Berechtigung, welche ich am 8. September 1911 am Bahnhof in Leitnitz öffentlich gegen Herrn Med. Dr. Rosenbaum, Zahnarzt in Leitnitz, gemacht habe und erliche Herrn Med. Dr. Rosenbaum um Verzeihung.

Leopold Riedl,
Eisenbahnbediensteter in Leitnitz ober Leititz.

Schriften über **Bruch, Kropf, Prostatahypertrophie**
Hindarmenentzündung, Balddrüsen und d. Prostata d. Anhalt werden auf Wunsch vom Sanatorium Dr. Jullin in Wilsen einzeln gratis ausgefickt.

HAMMERBROT
1/8 KILO SCHWERER

BEI DEN STEIGENDEN MEHLPREISEN

bedeutet dies bis zum Jahreschluss andauernde Gewichtserhöhung eine erhebliche Mehrbelastung unseres Unternehmens. Wir wollen jedoch damit in den Zeiten der drückendsten Teuerung eine allgemeine Brotverbilligung durchsetzen, und erwarten, dass die konsumierende Bevölkerung unsere Bemühungen zur Erreichung dieses gemeinnützigen Zweckes tatkräftig unterstützen wird

DER AUFSICHTSRAT DER HAMMERBROTWERKE UND DAMPFMÜHLE
SKARET, HANUSCH & CO

Diese Schilder bezeichnen unsere Verkaufsstellen **BROT** Diese Schilder bezeichnen unsere Verkaufsstellen

Herausgeber Josef Tomšič. — Verantwortlicher Redakteur Franz Vill.
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Slovoboda & Co.
Wien, V., Rechte Wienzeile 97.

Parteigenossen!
Bestellet Euch jeder ein Packet schlechtester Reste, enthaltend: Besten Hemdenoxid, feinen Hemden- und Kleiderzephyr, hochprima Bettkanovas, starke Hemdenleinand, Blaudruck, Barchent, Blusen- und Kleiderstoffe etc., alles nur in prima Qualität

40 Meter um 16 K
per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4—10 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Ihr werdet staunen über die Billigkeit und Güte der Waren.

LEOPOLD WLÖEK
Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen.
Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Neueste Erfindung!
RADIUM- Leucht-Wecker-Uhr

20 cm hoch, Nickel, Zifferblatt und Zeiger mit radiohaltiger Substanz eingelassen, leuchtet herrlich schön im Dunkeln, so dass man die Zeit deutlich lesen kann. Leuchtkraft ewig. (Kein Phosphor.)

Preis per Stück . . . K 4.-
Mit Doppelglocken . . . 5.-
Mit vier Glocken . . . 6.-
Mit Musikwerk . . . 8.-
Baby-Wecker ohne Radium . . . 2.-

3 Jahre schriftliche Garantie. Versand per Nachnahme.
Max Böhnel
Wien IV, Margarethenstr. 27/9
Original Fabriks-Preisliste gratis. 231